

*Fabian Lemmes*

## »Ausländereinsatz« und Zwangsarbeit im Ersten und Zweiten Weltkrieg: neuere Forschungen und Ansätze

Die Forschung zur Zwangsarbeit im Nationalsozialismus hat im Anschluss an Ulrich Herberts Pionierstudie von 1985 und vor allem im Zuge der Entschädigungsdebatte seit den späten 1990er Jahren einen beispiellosen Boom erlebt.<sup>1</sup> Dieser hatte zur Folge, dass sich der Einsatz von Kriegsgefangenen, ausländischen Zivilarbeitern und KZ-Häftlingen in der Kriegswirtschaft des ›Dritten Reichs‹ aus einer Position der Marginalität zu einem eigenen Forschungsfeld entwickelt hat und inzwischen – trotz mancher noch bestehender Desiderate – als gut untersucht gelten kann.

Die öffentliche Aufmerksamkeit, die ihren Höhepunkt mit den Debatten um die Zwangsarbeiterentschädigung und die Einrichtung der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« (EVZ) zu Beginn des neuen Jahrtausends erreichte, ist inzwischen abgeebbt; auch die wissenschaftliche Beschäftigung hat nach einer Phase der Hochkonjunktur etwas an Intensität nachgelassen. Die Zahl der Publikationen zur Zwangsarbeit im Ersten und Zweiten Weltkrieg erreichte ihren Höhepunkt in den Jahren 2000 bis 2005, ging danach spürbar zurück, blieb aber auf einem vergleichsweise hohem Niveau (in etwa identisch mit dem der späten 1990er Jahre)<sup>2</sup>, das die ungebrochene Relevanz des Themas belegt. Indes beginnen sich Perspektive, Fragestellungen und Aufgaben der Historiker zu wandeln. In dieser Situation erscheint ein bilanzierender Blick auf die Forschungsergebnisse der vergangenen Jahre ebenso angebracht wie ein Blick auf neue Trends und Perspektiven für die weitere Forschung.

Die wissenschaftliche Literatur zur Zwangsarbeit – insbesondere zur Zwangsarbeit im ›Dritten Reich‹ – hat inzwischen einen solchen Umfang erreicht, dass sie auch für Spezialisten kaum mehr zu überblicken ist. Ziel der folgenden Ausführungen ist es nicht, eine nach Vollständigkeit strebende kommentierte Übersicht über die Publikationen der letzten Jahre zu geben – dies wäre weder sinnvoll noch überhaupt zu leisten. Vielmehr geht es darum, zentrale Tendenzen innerhalb der Forschung auszumachen und so eine Bresche durch die Masse der jüngeren Veröffentlichungen zu schlagen. Insbesondere sollen neue Gegenstände, Fragestellungen und Ansätze herausgearbeitet und anhand ausgewählter Publikationen expliziert werden. Eine gewisse Subjektivität der Auswahl lässt sich dabei kaum vermeiden; gleichwohl wurde darauf geachtet, der großen inhaltlichen wie formalen Bandbreite der Literatur Rechnung zu tragen. Der Fokus liegt dabei auf der deutschsprachigen Literatur.

### I. ALLGEMEINE TENDENZEN

Die Zwangsarbeit im ›Dritten Reich‹ ist nach wie vor Gegenstand der großen Mehrheit der Forschungsarbeiten zur Zwangsarbeit im Zeitalter der Weltkriege. Auch für Studien, die über diesen Rahmen ganz oder teilweise hinausgehen, etwa vergleichende Untersu-

1 *Ulrich Herbert*, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Bonn 1985, erg. Neuauf., Bonn 1999.

2 Nachvollziehen lässt sich diese Entwicklung anhand der Einträge zum Schlagwort »Zwangsarbeit« im Katalog der Deutschen Nationalbibliothek ebenso wie in den Katalogen der Bayerischen Staatsbibliothek und der Staatsbibliothek zu Berlin.

chungen oder Arbeiten zum Ersten Weltkrieg, bleibt der nationalsozialistische »Ausländereinsatz« vielfach explizit oder implizit Fluchtpunkt und Matrix. Dies ist angesichts seiner besonders verbrecherischen und menschenverachtenden Qualität ebenso verständlich wie aufgrund seiner quantitativen Dimension. Innerhalb der Forschung zur Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz lässt sich allerdings eine Verschiebung der Akzente und Schwerpunkte beobachten. Indem die Faktenerhebung in den Hintergrund tritt, der flächendeckende Einsatz von Zwangsarbeitern in sämtlichen Bereichen der deutschen Wirtschaft erwiesen und im öffentlichen Bewusstsein verankert ist und die großen Entwicklungslinien des »Ausländereinsatzes« als etabliert gelten können, tritt insbesondere die Perspektive der Opfer in den Mittelpunkt. Diese Entwicklung manifestiert sich namentlich in zahlreichen Oral History-Projekten unterschiedlicher Dimension, die von kleinen lokalen Initiativen bis hin zu internationalen Großprojekten reichen. Zugleich hat sich die Forschung verstärkt auf die verbliebenen »weißen Flecken« der Geschichte des »Reichseinsatzes« gerichtet, etwa auf die Rolle der Kommunen und der Kirchen, aber auch – meist im Rahmen umfassender unternehmensgeschichtlicher Studien – auf die Handlungsspielräume einzelner Unternehmer und Unternehmen.

Obwohl also Studien zum »Reichseinsatz« im Zweiten Weltkrieg noch immer dominieren, zeichnen sich in jüngerer Zeit verstärkt Entwicklungen ab, die geografisch, zeitlich und methodisch über den Rahmen des Deutschen Reichs während der Jahre 1938/39 bis 1945 hinausweisen. Hier lassen sich fünf Tendenzen ausmachen:

1. Die erste Tendenz betrifft die geografische Ausweitung der Forschung auf die vom nationalsozialistischen Deutschland besetzten Gebiete. So wurde der (Zwangs-)Arbeitseinsatz für deutsche Zwecke in den besetzten Gebieten als wichtiges Untersuchungsfeld, mehr noch: als das wohl zentrale Desiderat der Forschung zur Zwangsarbeit im Nationalsozialismus erkannt; seit einigen Jahren hat sich diese Erkenntnis auch in einer vermehrten Zahl von Forschungsprojekten niederschlagen, die sich den besetzten Gebieten widmen. Hier liegen inzwischen erste Ergebnisse vor.
2. Ferner ist der Einsatz von Kriegsgefangenen und ausländischen Zivilarbeitern in der deutschen Kriegswirtschaft des Ersten Weltkriegs, obgleich schon Mitte der 1980er Jahre von Ulrich Herbert als zentrales »Erfahrungsfeld« für den Zwangseinsatz im Zweiten Weltkrieg benannt und thematisiert<sup>3</sup>, nun auch zum Gegenstand eigenständiger, quellengesättigter Monografien geworden.
3. Daneben richtet sich der Blick nicht mehr nur auf Zwangsarbeit in beziehungsweise für Deutschland, sondern auch, wenngleich noch vereinzelt und unsystematisch, auf die Verwendung von ausländischen Arbeitskräften und Zwangsarbeit durch andere Staaten während oder im Umfeld der Weltkriege.
4. Darüber hinaus wächst das wissenschaftliche Interesse am Schicksal ehemaliger Zwangsarbeiter nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, am Umgang mit ihnen und mit diesem Teil der Geschichte in den »Opfer-« wie auch in den »Tätergesellschaften«, an den Fragen des Erinnerns, Gedenkens und der Wiedergutmachung bis hin zur Arbeit der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«. Dieses Interesse schlägt sich in jüngeren Veröffentlichungen wie auch in laufenden Forschungsprojekten nieder.
5. All diese Entwicklungen tragen schließlich dazu bei, dass komparative Perspektiven und Fragestellungen an Bedeutung gewinnen. Teils synchron, teils diachron vergleichen sie unterschiedliche Gebiete deutscher Herrschaft, besetzte Gebiete mit dem Reichsgebiet, Ersten und Zweiten Weltkrieg, Zwangsarbeitssituationen oder -systeme

<sup>3</sup> Herbert, *Fremdarbeiter*, Kapitel II: Der Erste Weltkrieg als Erfahrungsfeld, S. 27–40; ders., *Zwangsarbeit als Lernprozess. Zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter in der westdeutschen Industrie im Ersten Weltkrieg*, in: *AfS* 24, 1984, S. 285–304.

in unterschiedlichen Staaten oder den Umgang mit ehemaligen Zwangsarbeitern und dem Thema »Zwangsarbeit« in unterschiedlichen Gesellschaften nach dem Zweiten Weltkrieg.

Besonders deutlich werden diese Entwicklungen und neuen Fragestellungen am Projekt »Zwangsarbeit im deutschen Kohlenbergbau«, das seit Oktober 2000 am Institut für soziale Bewegungen in Bochum durchgeführt worden ist. Die meisten Projektergebnisse liegen inzwischen vor und sind in der auf zehn Bände angelegten Schriftenreihe »Arbeitseinsatz und Zwangsarbeit im Bergbau während des Ersten und Zweiten Weltkrieges« publiziert.<sup>4</sup> Durch den branchengeschichtlichen Zugriff auf diesen Kernbereich der deutschen Kriegswirtschaft nimmt sich das Projekt nicht nur eines bedeutenden Desiderats der Forschung zur Zwangsarbeit (wie allgemein zur Sozialgeschichte) im »Dritten Reich« an. Zu seinen konzeptionellen Verdiensten zählt es gerade auch, über die Reichsgrenzen hinaus die besetzten Gebiete (namentlich die nordfranzösischen und belgischen Kohlereviere, das ukrainische Donezbecken und die slowenischen und serbischen Bergbauregionen) systematisch einbezogen und auch den Ruhrbergbau im Ersten Weltkrieg berücksichtigt zu haben.<sup>5</sup> Der aus der Abschlusskonferenz des Projekts hervorgegangene Sammelband widmet sich schließlich ganz der vergleichenden Einordnung der NS-Zwangsarbeit in die Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sowie der Erinnerung und dem gesellschaftlichen Umgang mit dem Thema »Zwangsarbeit« in Deutschland und Europa nach 1945.<sup>6</sup> Auf einzelne Publikationen dieses Projekts wird in den folgenden Abschnitten noch näher eingegangen.

Die fünf skizzierten Tendenzen und die zuvor genannten Akzentverschiebungen innerhalb der Forschung zum »Ausländereinsatz« im »Dritten Reich« sollen im Folgenden anhand einschlägiger neuerer Veröffentlichungen genauer ausgeführt werden. Abschnitt II widmet sich dem Einsatz ausländischer Arbeitskräfte in der deutschen Kriegswirtschaft während des Ersten Weltkriegs. Anschließend werden in einem längeren Abschnitt (III)

- 4 Zum Projekt »Zwangsarbeit im deutschen Kohlenbergbau« vgl. die Internetseite des Instituts für soziale Bewegungen, URL: <<http://www.ruhr-uni-bochum.de/iga/isb/isb-hauptframe/forschung/forsch-sei.htm>> [12.7.2010], ferner die Berichte von Hans-Christoph Seidel im Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 2001, H. 26, S. 253–260; 2003, H. 28, S. 269–274; 2004, H. 31, S. 331–335, und insbesondere den Abschlussbericht in: ebd., 2006, H. 36, S. 233–245.
- 5 Vgl. *Nathalie Piquet*, Charbon – Travail forcé – Collaboration. Der nordfranzösische und belgische Bergbau unter deutscher Besatzung, 1940 bis 1944 (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Schriftenreihe C: Arbeitseinsatz und Zwangsarbeit im Bergbau, Bd. 6), Klartext, Essen 2008, 373 S., geb., 34,95 € (das Buch wird besprochen in den folgenden Abschnitten IV und V); *Tanja Penter*, Kohle für Stalin und Hitler. Die Bergleute im Donbass, 1929 bis 1953 (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Schriftenreihe C: Arbeitseinsatz und Zwangsarbeit im Bergbau, Bd. 9), Essen 2010 (im Erscheinen); *Kai Rawe*, »... wir werden sie schon zur Arbeit bringen!« Ausländerbeschäftigung und Zwangsarbeit im Ruhrkohlenbergbau während des Ersten Weltkriegs (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Schriftenreihe C: Arbeitseinsatz und Zwangsarbeit im Bergbau, Bd. 3), Klartext, Essen 2005, 284 S., geb., 29,90 € (das Buch wird in Abschnitt II besprochen). Noch nicht abgeschlossen sind die Arbeiten von Sabine Rutar über den Arbeitseinsatz im jugoslawischen Bergbau während des Zweiten Weltkriegs und von Valentina Maria Stefanski über den Bergbau im besetzten und annektierten Ostoberschlesien. Vgl. außerdem den Sammelband: *Klaus Tenfelde/Hans-Christoph Seidel* (Hrsg.), Zwangsarbeit im Bergwerk. Der Arbeitseinsatz im Kohlenbergbau des Deutschen Reiches und der besetzten Gebiete im Ersten und Zweiten Weltkrieg (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Schriftenreihe C: Arbeitseinsatz und Zwangsarbeit im Bergbau, Bd. 1 und 2), 2 Bde., Essen 2005.
- 6 *Hans-Christoph Seidel/Klaus Tenfelde* (Hrsg.), Zwangsarbeit im Europa des 20. Jahrhunderts. Bewältigung und vergleichende Aspekte (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Schriftenreihe C: Arbeitseinsatz und Zwangsarbeit im Bergbau, Bd. 5), Klartext, Essen 2007, 253 S., geb., 29,90 € (das Buch wird in den Abschnitten V und VI besprochen).

aktuelle Schwerpunkte der Forschung zur Zwangsarbeit im nationalsozialistischen Deutschland unter die Lupe genommen. Danach wird der (Zwangs-)Arbeitseinsatz für deutsche Zwecke in den während des Zweiten Weltkriegs besetzten Gebieten betrachtet (Abschnitt IV). Abschnitt V thematisiert den Rückgriff auf Zwangsarbeit durch andere Staaten und widmet sich vergleichenden Ansätzen. Abschließend werden das Schicksal der ehemaligen Zwangsarbeiter nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und die Themenkomplexe »Erinnerung«, »Aufarbeitung« und »Wiedergutmachung« in den Blick genommen (Abschnitt VI).

## II. DER EINSATZ AUSLÄNDISCHER ARBEITSKRÄFTE IM ERSTEN WELTKRIEG

Nicht nur das Deutsche Reich beschäftigte im Ersten Weltkrieg Kriegsgefangene und ausländische Zivilarbeiter, gleichwohl bildete es im europäischen Vergleich quantitativ und qualitativ einen Sonderfall. In keinem anderen Krieg führenden Land lag die Zahl ausländischer Beschäftigter auch nur annähernd so hoch: Zu Kriegsende betrug sie knapp drei Millionen, von denen knapp zwei Millionen Kriegsgefangene waren. Damit machten Ausländer im letzten Kriegsjahr fast ein Siebtel aller Erwerbstätigen in Deutschland aus.<sup>7</sup> Zum Vergleich: Frankreich setzte nur knapp 100.000 seiner 500.000 Kriegsgefangenen zur Arbeit ein. Außerdem kamen im Laufe des Kriegs insgesamt 662.000 zivile Arbeitskräfte nach Frankreich; wegen der hohen Fluktuation lag die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Ausländer jedoch immer deutlich niedriger.<sup>8</sup> In Großbritannien spielte Ausländerbeschäftigung nur eine geringe Rolle. Lediglich 60.000 deutsche Kriegsgefangene waren im Herbst 1918 auf den britischen Inseln eingesetzt, hinzu kam die Beschäftigung von etwa 25.000 belgischen Flüchtlingen.<sup>9</sup> Die größte Gruppe ausländischer Arbeitskräfte auf britischer Seite bildeten ca. 100.000 zwischen 1916 und 1918 rekrutierte Chinesen, die als »Chinese Labour Corps« bei der britischen Armee in Frankreich eingesetzt wurden. Wie die ungefähr 40.000 von der französischen Armee beschäftigten chinesischen Zivilarbeiter wurden sie zumeist in Frontnähe für Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten verwendet. Nach dem Krieg kamen diese chinesischen Arbeiter zum Teil auch bei den Wiederaufbaumaßnahmen in Frankreich und Belgien zum Einsatz.<sup>10</sup>

Im Vergleich dazu wurde die deutsche Kriegswirtschaft in weitaus höherem Maße von ausländischen Arbeitskräften abhängig. »Ohne die Internationalisierung des Arbeitskräftepotentials«, so Klaus Bade, »wäre die deutsche ›Heimatfront‹ sehr viel früher zusammengebrochen, hätte der Krieg von deutscher Seite nicht so lange fortgeführt werden können.«<sup>11</sup> Eine weitere Besonderheit der deutschen Situation: Die meisten ausländischen Zivilarbeiter stammten aus dem »feindlichen Ausland«, während etwa in Frankreich vor allem Arbeitskräfte aus neutralen Staaten (allen voran aus Spanien) und den Kolonien be-

7 Klaus J. Bade, *Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, durchges. Sonderausg., München 2002 (zuerst 2000), S. 240 f.

8 Da keine Angaben darüber vorliegen, wie viele der bereits vor dem Krieg in Frankreich wohnhaften Ausländer auch nach Kriegsbeginn im Land verblieben, lässt sich die Gesamtzahl der ausländischen Zivilisten, die während des Kriegs in Frankreich arbeiteten, nicht exakt beziffern.

9 Bade, *Europa*, S. 236 und 240.

10 Die von Briten und Franzosen im Ersten Weltkrieg eingesetzten chinesischen Arbeitskräfte waren jüngst Thema einer großen internationalen Tagung, die vom 26. bis 30. Mai 2010 unter dem Titel »Les travailleurs chinois dans la Première guerre mondiale/Chinese Workers in the First World War« in Boulogne-sur-Mer und Ypern stattfand. Programm und Abstracts der Beiträge sind zugänglich auf der Internetseite der Konferenz unter URL: <<http://www.iccwww1.org/Conference-2010>> [16.6.2006].

11 Bade, *Europa*, S. 240.

schäftigt waren. Wichtigste Rekrutierungsgebiete der deutschen Kriegswirtschaft waren das seit November 1914 fast in Gänze von deutschen Truppen besetzte Belgien und das 1915 besetzte Russisch-Polen. Hinzu kamen in geringerem Umfang Arbeitskräfte aus dem neutralen Ausland, insbesondere ca. 100.000 Niederländer, außerdem einige Schweizer, Dänen, Norweger und Italiener.<sup>12</sup>

Die Ausländerbeschäftigung in Deutschland wurde im Kriegsverlauf immer stärker durch Zwangsarbeit geprägt. Es »verwischten und verschoben sich zunehmend die Grenzen zwischen freiwilliger Meldung, Nötigung zur Meldung und zwangsweiser Deportation.«<sup>13</sup> Bekannt ist in diesem Zusammenhang vor allem die Deportation von etwa 61.000 Belgiern zwischen Oktober 1916 und Februar 1917, die schon zeitgenössisch für eine Flut internationaler Proteste sorgte und nach dem Krieg zu den Hauptpunkten unter den Deutschland vorgeworfenen Kriegsverbrechen zählte.

Diese Abläufe sind zwar in groben Zügen bekannt, jedoch besteht, wie Jens Thiel anmerkt, noch ein großes Informationsdefizit, welches sich unter anderem darin niederschlägt, dass Ausländerbeschäftigung und Zwangsarbeit in der Kriegswirtschaft bisher kaum Eingang in Handbücher und Gesamtdarstellungen zum Ersten Weltkrieg, zum Deutschen Kaiserreich oder zum 20. Jahrhundert gefunden haben.<sup>14</sup> In der historischen Forschung stand die Ausländerbeschäftigung im Ersten Weltkrieg stets im Schatten des nationalsozialistischen »Ausländereinsatzes« und wurde, wenn überhaupt, zumeist aus dessen Blickwinkel betrachtet. Ulrich Herbert untersuchte sie in den 1980er Jahren als Erfahrungshintergrund für den Zwangsarbeitereinsatz des ›Dritten Reichs‹ und interpretierte sie entsprechend als »Probelauf« beziehungsweise »Lernprozess« im Hinblick auf den Zweiten Weltkrieg.<sup>15</sup> Von wenigen Ausnahmen – insbesondere aus der Feder von Jochen Oltmer – abgesehen<sup>16</sup>, zog sie ansonsten nur wenig Aufmerksamkeit auf sich. Zu einem eigenständigen Forschungsfeld hat sie sich erst in den letzten Jahren entwickelt, vor allem dank der Dissertationsschriften von Kai Rawe und Jens Thiel, die im Folgenden näher betrachtet werden.<sup>17</sup>

Rawes Untersuchung zu »Ausländerbeschäftigung und Zwangsarbeit im Ruhrkohlenbergbau« und Thiels Studie über »Anwerbung, Deportation und Zwangsarbeit« belgischer Arbeitskräfte sind in hohem Maße komplementär. So konzentriert sich Thiel in Ge-

12 Ebd., S. 241 f.

13 Ulrich Herbert, *Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880–1980*, Berlin 1986, S. 91.

14 Jens Thiel, »Menschenbassin Belgien«. Anwerbung, Deportation und Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, Neue Folge, Bd. 20), Klartext, Essen 2007, 426 S., geb., 39,90 €, S. 10.

15 Herbert, *Fremdarbeiter*, Kapitel II: Der Erste Weltkrieg als Erfahrungsfeld, S. 27–40; *ders.*, *Zwangsarbeit als Lernprozess*.

16 Jochen Oltmer, *Bäuerliche Ökonomie und Arbeitskräftepolitik im Ersten Weltkrieg. Beschäftigungsstruktur, Arbeitsverhältnisse und Rekrutierung von Ersatzarbeitskräften in der Landwirtschaft des Emslandes 1914–1918*, Bramsche 1995; *ders.*, *Arbeitszwang und Zwangsarbeit – Kriegsgefangene und ausländische Zivilarbeitskräfte im Ersten Weltkrieg*, in: Rolf Spilker/Bernd Ulrich (Hrsg.), *Der Tod als Maschinist. Der industrialisierte Krieg 1914–1918*, Bramsche 1998, S. 97–107; Wolfgang Laufer, *Kriegsgefangene im preußischen Saarbergbau*, in: Lieselotte Kugler (Hrsg.), »Als der Krieg über uns gekommen war ...«. Die Saarregion und der Erste Weltkrieg, Merzig 1993, S. 206–221; außerdem Jürgen Rund, *Ernährungswirtschaft und Zwangsarbeit im Raum Hannover 1914 bis 1923*, Hannover 1992.

17 Rawe, »... wir werden sie schon zur Arbeit bringen!«; Thiel, *Menschenbassin Belgien*; vgl. zum Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen außerdem die Dissertationsschrift von Uta Hinz, *Gefangen im Großen Krieg. Kriegsgefangenschaft in Deutschland 1914–1921*, Essen 2006; sowie Jochen Oltmer (Hrsg.), *Kriegsgefangene im Europa des Ersten Weltkriegs*, Paderborn/München etc. 2006.

stalt der belgischen Zivilarbeiter auf eine der großen Ausländergruppen im Deutschen Reich und geht dieser von der Rekrutierung über den Einsatz in der deutschen Kriegswirtschaft (mit Fokus auf der Stahlindustrie) bis hin zu den lang andauernden Nachkriegsdebatten und -prozessen nach. Dagegen wählt Rawe einen branchengeschichtlichen Zugriff – seine Studie ist Teil des Bochumer Projekts »Zwangsarbeit im deutschen Kohlenbergbau« – und nimmt mit dem Ruhrbergbau einen zentralen Bereich der deutschen Kriegswirtschaft in den Blick. Für diesen untersucht er gleichermaßen den Einsatz von Kriegsgefangenen und ausländischen Zivilarbeitern, deren Beschäftigung er zu Recht als Aspekte ein und desselben Problems betrachtet.

Rawe fragt nach der Interaktion der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsinstanzen, nach der Arbeitseinsatzpolitik der Bergbauunternehmer und vor allem nach den Arbeits- und Lebensbedingungen der ausländischen Arbeitskräfte im Ruhrbergbau. Faktisch greift die Studie jedoch weit über den Kohlenbergbau hinaus: In der Untersuchung wird nämlich auch der deutschen Ausländerpolitik insgesamt, der Rekrutierungspraxis in Russisch-Polen und in Belgien und den ihr zugrunde liegenden zentralen Entscheidungsprozessen breiter Raum gewidmet. Demgegenüber kommt der vermeintlich zentrale Gegenstand – die »Arbeits- und Lebensverhältnisse« der Ausländer auf den Ruhrzechen<sup>18</sup> – fast ein wenig zu kurz.

Beiden Studien dient als analytischer Rahmen das von der neueren militärgeschichtlichen Forschung entwickelte Konzept des »totalen Kriegs«. <sup>19</sup> Dabei handelt es sich um einen Idealtyp, also qua Definition eine Abstraktion, ein komplexes Messinstrument gewissermaßen, das hilft, reale Ausprägungen – gerade durch ihre Abweichungen vom Idealtyp – analytisch schärfer zu fassen, genauer zu beschreiben und gegebenenfalls besser miteinander vergleichen zu können. Dass der Realtyp »Erster Weltkrieg« eben nur der Tendenz nach ein »totaler Krieg« war und dies deutlich weniger als der Zweite Weltkrieg, wird von beiden Autoren überzeugend herausgearbeitet (auch wenn Rawe, augenscheinlich bemüht um klare Aussagen einerseits und ihre gleichzeitige Relativierung andererseits, inhaltlich und begrifflich etwas herumlaviert zwischen »Totalisierung« und »Tendenz zur Totalisierung«<sup>20</sup>). Dabei bezieht sich Rawe primär auf die Totalisierung von Arbeitsmobilisierung und Zwangsarbeit *im Deutschen Reich*, während Thiel den Schwerpunkt auf die deutsche Arbeitskräftepolitik *im besetzten Belgien* legt und mit seiner Studie ebenso einen Beitrag zur Okkupationsforschung wie zur Zwangsarbeitsforschung leistet. Entscheidende Zäsur für die Wende hin zu einer tendenziell totalen Kriegführung war die Berufung der dritten Obersten Heeresleitung (OHL) unter Erich Ludendorff und Paul von Hindenburg im Sommer 1916.

Da die Arbeiten von Rawe und Thiel durchaus Pioniercharakter haben, lohnt sich ein genauerer Blick auf ihre Ergebnisse. Die wirtschaftlichen Folgen eines großen Kriegs waren in Deutschland ebenso wenig vorhergesehen worden wie in den anderen Krieg führenden Staaten. Die Belegschaftsstärke der Unternehmen des Ruhrbergbaus nahm durch die Mobilmachung zu Kriegsbeginn im Schnitt um 27 % ab. Bis Mitte 1915 sank sie noch weiter infolge weiterer Einberufungen sowie zunehmender Konkurrenz durch die steigen-

18 Rawe, »... wir werden sie schon zur Arbeit bringen!«, S. 13.

19 Vgl. programmatisch insbesondere *Stig Förster*, Das Zeitalter des totalen Kriegs 1861–1945. Konzeptionelle Überlegungen für einen historischen Strukturvergleich, in: *Mittelweg* 36, 1999, H. 8, S. 12–29; außerdem *ders.* (Hrsg.), *An der Schwelle zum Totalen Krieg. Die militärische Debatte über den Krieg der Zukunft 1919–1939*, Paderborn/München etc. 2002; *Roger Chickering*, *Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg*, München 2002; *ders./Stig Förster*, *Great War, Total War. Combat and Mobilization on the Western Front, 1914–1918*, Cambridge/New York etc. 2000.

20 So besonders ganz zu Ende des Buchs; vgl. Rawe, »... wir werden sie schon zur Arbeit bringen!«, S. 253 f.

den Löhne in der Rüstungsindustrie, aufgrund derer es zur Abwanderung von Bergleuten kam. Kohleförderung und Koksproduktion, die für die Kriegswirtschaft von fundamentaler Bedeutung waren, sanken kurzfristig sogar um die Hälfte. Dieser Entwicklung wirkte auch die vermehrte Beschäftigung von Jugendlichen und Frauen (wobei letztere aufgrund »sittlicher« Bedenken von den Gruben nur sehr zögerlich eingesetzt wurden) nicht wesentlich entgegen. Eine wirksame Abhilfe schuf erst der Einsatz von Kriegsgefangenen und ausländischen Zivilarbeitern ab 1915. Die ausländischen Arbeitskräfte gewannen eine zunehmende Bedeutung für die Ruhrzechen und bildeten ab 1916 gut 20, zeitweise sogar über 25 % der Kriegsbelegschaften.<sup>21</sup>

Mitte 1916 waren fast 90 % der Kriegsgefangenen im Deutschen Reich zur Arbeit eingesetzt, etwa die Hälfte davon in der Landwirtschaft und ein knappes Viertel in der Industrie, und zwar zunehmend, obschon völkerrechtswidrig, auch in der Rüstungsindustrie. Unter den industriell beschäftigten Kriegsgefangenen entfielen die mit Abstand meisten (insgesamt 170.000) auf den Bergbau.<sup>22</sup> Auf den Ruhrzechen wurden die ersten französischen und belgischen Kriegsgefangenen im Februar 1915 angelegt; ihren Höchststand erreichte die Zahl der dort eingesetzten Kriegsgefangenen – allen voran Russen und Franzosen – im August 1918 mit 73.000, was 16 % der Gesamtbelegschaft entsprach.<sup>23</sup> Außerdem wurden zeitweise bis zu 30.000 zivile ausländische Arbeitskräfte beschäftigt. Die größte Gruppe unter ihnen bildeten noch vor den Belgiern die zivilen Arbeitskräfte aus Russisch-Polen, deren Beschäftigung im Februar 1917 mit etwa 17.000 ihren quantitativen Höhepunkt erreichte.<sup>24</sup>

Die Zechen waren nicht dazu verpflichtet, Kriegsgefangene einzusetzen (einige wenige Ruhrzechen verzichteten auf sie), geschweige denn russisch-polnische oder belgische Zivilarbeiter. Vielmehr erfolgte die Entscheidung der Bergwerksunternehmer für den Einsatz von Arbeitskräften aus dem »feindlichen Ausland« im Wesentlichen aus betriebswirtschaftlichem Kalkül. Dabei betrachteten sie allerdings die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte aufgrund der geringeren Arbeitsleistung und der hohen Kosten (vor allem für Unterbringung, zudem für Anwerbung und Transport bei Zivilarbeitern, für Bewachung bei Kriegsgefangenen) weniger als »lohnendes Geschäft« denn als »alternativlose Notwendigkeit«.<sup>25</sup> Gleichwohl: »Ohne den massenhaften Einsatz von Kriegsgefangenen«, so urteilt Rawe, »wäre es den Bergbauunternehmen nicht annähernd möglich gewesen, die Kohleförderung in dem erreichten Ausmaß zu steigern.«<sup>26</sup> Damit leisteten die Kriegsgefangenen einen maßgeblichen Beitrag zur deutschen Kriegswirtschaft.

Die Unternehmen hatten auch hinsichtlich der Arbeits- und Lebensbedingungen der Kriegsgefangenen bedeutende Einflussmöglichkeiten. Einerseits konnten sie politisch Einfluss auf die Festsetzung der rechtlichen Rahmenbedingungen nehmen, andererseits verfügten sie auch innerhalb dieser über Handlungsspielräume. Die konkrete Ausgestaltung der vom preußischen Kriegsministerium erlassenen Bestimmungen blieb nämlich den Arbeitgebern überlassen. Die Bergbauunternehmen wurden unter anderem zuständig für die Unterbringung und Verpflegung der von ihnen beschäftigten Kriegsgefangenen und hatten Verantwortung und Kosten für die medizinische Versorgung zu tragen.<sup>27</sup> Die entspre-

21 Ebd., S. 12.

22 Ebd., S. 79.

23 Nach Nationalitäten setzten sich die im Ruhrbergbau angelegten Kriegsgefangenen im Februar 1918 folgendermaßen zusammen: 46 % Russen, 37 % Franzosen sowie etwa je 5 % Briten, Belgier, Italiener sowie einige Serben und Portugiesen; ebd., S. 86 f.

24 Ebd., S. 188. Erst im Mai 1915 wurde das für Arbeitskräfte aus Russisch-Polen geltende Zugungsverbot für Mittel- und Westdeutschland aufgehoben, mit dem bis dato ein Abwandern landwirtschaftlicher polnischer Saisonarbeiter in die Industrie hatte verhindert werden sollen.

25 Ebd., S. 252.

26 Ebd., S. 116.

27 Ebd., S. 92–94.

chenden Bestimmungen waren vor allem von der Sorge um die Gesundheit der deutschen Bevölkerung und den Erhalt der Arbeitskraft der Gefangenen geleitet. Aber immerhin sollten die Arbeitgeber gemäß einem Erlass des Kriegsministeriums vom Dezember 1917 »fürsorglich« mit den ihnen überlassenen Kriegsgefangenen umgehen.<sup>28</sup>

Die Unterbringung war nach Gestalt ebenso unterschiedlich (Barackenlager, angemietete Gasthausträume, Keller der Waschkaue) wie nach Qualität. Die Verpflegung der Kriegsgefangenen wurde den Anforderungen harter körperlicher Arbeit selten gerecht. Nicht nur war sie gemäß den geltenden Bestimmungen der Versorgung der einheimischen Bevölkerung stets nachgeordnet (dennoch kam es in der Bevölkerung zu Unmut über die angeblich zu gute Verpflegung der Gefangenen); auch blieben die offiziellen Ernährungssätze oft nur Absichtserklärungen.<sup>29</sup> Insgesamt wurden die Kriegsgefangenen aber, wie Rawe darlegt, trotz vieler Missstände und gewaltsamer Übergriffe »mit Anstand behandelt«, denn diese waren nicht Teil eines »Systems menschenverachtender Behandlung« wie im Zweiten Weltkrieg.<sup>30</sup>

Die Löhne der Kriegsgefangenen orientierten sich an denen deutscher Arbeiter, allerdings hatten die Unternehmen den Großteil des Lohns an die Heeresverwaltung abzuführen und nur etwa 25 % in bar oder in Form von Scheckmarken an die Gefangenen selbst auszuzahlen.<sup>31</sup> Die Arbeitsleistungen der in der Regel bergbaufremden Gefangenen lagen meist deutlich unter denen deutscher Stammkräfte, steigerten sich jedoch mit zunehmender Einarbeitung, bevor sie im späteren Kriegsverlauf infolge mangelhafter Lebensmittelversorgung wieder nachließen.<sup>32</sup> Allerdings war die Beurteilung der Leistungen durch die Unternehmen stark von nationalen und chauvinistischen Stereotypen geprägt.<sup>33</sup> Zudem weist Rawe darauf hin, dass Klagen über mangelnde Arbeitsleistung ein Mittel darstellen konnten, die Lohnkosten zu drücken. So gelang es den Zechen wiederholt, mit dem Hinweis auf die Minderleistung Kriegsgefangener eine Herabsetzung der an die Heeresleitung zu entrichtenden Löhne zu bewirken.<sup>34</sup>

Die Rekrutierung belgischer Zivilarbeiter untersuchen sowohl Jens Thiel als auch – entsprechend dem Fokus seiner Studie weniger facetten- und detailreich – Kai Rawe. Die westdeutsche Schwerindustrie gründete unter Beteiligung der Ruhrzechen 1915 das »Deutsche Industriebüro« in Brüssel als zentrale Anwerbestelle in Belgien. Grundsätzlich erfolgte die Anwerbung auf freiwilliger Basis mit Arbeitsverträgen von drei bis sechs Monaten, jedoch wurde massiver ökonomischer Druck durch die Besatzungsbehörden ausgeübt und die Freizügigkeit der Arbeiter in Deutschland durch das System der Inlandslegitimierung eingeschränkt. Die Anwerbeergebnisse blieben bis 1916 eher mäßig. Die entscheidende Zäsur – der Übergang zu direkten Zwangsmaßnahmen – vollzog sich im Anschluss an die Ernennung der dritten OHL im Spätsommer 1916, wie sowohl Rawe als auch Thiel darlegen. Thiel weist allerdings darauf hin, dass dieser Übergang keineswegs aus dem Nichts kam. Vielmehr hatte es schon seit Kriegsbeginn Planungen für Zwangsrekrutierungen gegeben. Auch war durch zwei Verordnungen »gegen die Arbeitsscheu« von August 1915 und Mai 1916 bereits die Möglichkeit geschaffen worden, Arbeitslose bei Ablehnung einer angebotenen Arbeit mit Gefängnis zu bestrafen beziehungsweise nach Deutschland »abzuschieben«. Eine Vorentscheidung für eine Verschärfung des KurSES war schließlich schon im Frühjahr 1916 gefallen.

28 Ebd., S. 123.

29 Ebd., S. 104 f.

30 Ebd., S. 251.

31 Ebd., S. 89 f.

32 Ebd., S. 113 f.

33 Ebd., S. 115.

34 Ebd., S. 92.

Die Arbeiterdeportationen, über deren völkerrechtswidrigen Charakter sich alle Beteiligten im Klaren waren, wurden auf Initiative der deutschen Militärführung gegen den Widerstand der Reichsführung, des Generalgouverneurs Moritz von Bissing und der deutschen Zivilverwaltung in Belgien durchgesetzt, jedoch unterstützt von Teilen der deutschen Wirtschaft, insbesondere von rheinisch-westfälischen Industriellen, aber auch von AEG-Präsident Walther Rathenau. Sie waren Teil einer Ende 1916 von der dritten OHL forcierten systematischen Ausplünderungspolitik in Belgien und bedeuteten den Sieg kurzfristiger Ausbeutungsinteressen gegenüber längerfristigen Zielen.<sup>35</sup> Wie Thiel zeigt, begannen die Deportationen zunächst im belgischen Operations- und Etappengebiet, wo insgesamt 60.000 Personen völkerrechtswidrig in sogenannten Zivil-Arbeiter-Bataillonen zur Zwangsarbeit im besetzten Gebiet herangezogen wurden, meist im Rahmen militärischer Infrastrukturarbeiten. Wenige Wochen später begannen auch die Deportationen aus dem (den Großteil Belgiens umfassenden) Generalgouvernement nach Deutschland. Von ihnen waren bis Februar 1917 etwa 60.000 Personen betroffen, entgegen deutschen Beteuerungen nicht nur Arbeitslose, sondern auch viele Berufstätige und Arbeitsunfähige. Die Aktionen waren hastig improvisiert, was zumindest teilweise die »katastrophalen Lebens- und Arbeitsbedingungen« erklärt.<sup>36</sup> Sie riefen stürmische internationale Proteste und auch Kritik in Deutschland hervor, auf die Thiel ausführlich eingeht. Interessant ist hierbei vor allem Thiels These, dass die Protestkampagnen in amerikanischen Großstädten den Kriegseintritt der USA mit vorbereiteten, was von der Forschung bislang kaum berücksichtigt worden ist. Dass die Deportationen nach Deutschland schon nach wenigen Monaten gestoppt wurden, war indes weniger den Protesten oder humanitären Skrupeln geschuldet als dem weitgehenden Misserfolg der Aktion, wie Rawe und Thiel übereinstimmend feststellen. Nur etwa ein Viertel der Deportierten konnte überhaupt einer Arbeit in der Kriegswirtschaft zugewiesen werden, während sich der Großteil weigerte. Das Ergebnis stand also in keinem Verhältnis zu Aufwand und Imageverlust. Wegen eines Einspruchs der Heeresleitung nicht beendet wurden dagegen die Zwangsaushebungen im belgischen Etappen- und Operationsgebiet. Ergänzt durch die Anwerbung Freiwilliger – ein »System aus Vergünstigungen und Drohungen« – dauerte diese Form der Zwangsarbeit im besetzten Gebiet bis Kriegsende an.<sup>37</sup>

Einen indirekten Erfolg kann man den Deportationen nach Deutschland gleichwohl bescheinigen: In der Folgezeit stiegen die Anwerbezahlen in Belgien deutlich an. Dies lässt sich neben anderen Faktoren – der besseren Organisation der Werbung, der Lockung mit zusätzlichen Vergünstigungen und der weiteren Erhöhung der Arbeitslosigkeit durch die Demontage von Industrieanlagen 1917 – auch durch das erhöhte Drohpotenzial erklären, das durch die zeitweiligen Deportationen nunmehr vor allem gegenüber Arbeitslosen im Raum stand.

Für die besetzten polnischen Gebiete ist eine Unterteilung in Phasen der Freiwilligkeit und des Zwangs dagegen unmöglich. Angewandt wurden grundsätzlich ähnliche Methoden wie in Belgien, insbesondere wurde über eine gezielte Erhöhung der Arbeitslosigkeit ökonomischer Druck ausgeübt. Allerdings verlief die Anwerbung deutlich erfolgreicher, wohl vor allem, weil die Besatzungsmacht bei Betriebsstilllegungen rücksichtsloser vorgeht und die wirtschaftliche und soziale Not nicht wie in Belgien teilweise durch die Tätigkeit internationaler Hilfsorganisationen abgefedert wurde. Arbeitsverträge wurden entweder direkt für die Dauer des Kriegs abgeschlossen, oder die in Deutschland befindlichen Arbeiter wurden nachträglich mit einem Rückkehrverbot belegt. Deportationen wie

35 Thiel, *Menschenbassin Belgien*, S. 45 f. Der Widerstand bei einem Teil der Entscheidungsträger gründete weniger auf ethisch-moralischen Skrupeln als auf völkerrechtlichen und außenpolitischen Bedenken und Angst vor alliierten Gegenmaßnahmen.

36 Ebd., S. 333.

37 Ebd.

in Belgien gab es dagegen nur für wenige Wochen, von diesen betroffen waren 5.000 Personen.

Im Fall der ausländischen Zivilarbeiter ist es ein zentrales Anliegen Rawes, die Trennlinie zwischen Freiwilligen und Zwangsarbeitern zu verdeutlichen, um die Kategorie der Zwangsarbeiter nicht zu verwässern. Zu letzteren gehören ohne Zweifel die zwischen Oktober 1916 und Februar 1917 ins Reich deportierten Belgier, die auch schon zeitgenössisch als »Zwangsarbeiter« bezeichnet wurden. Im Fall der Belgier und Polen, die freiwillig ein Arbeitsverhältnis in Deutschland eingingen, lässt sich die Grenze zwischen formaler und tatsächlicher Freiwilligkeit dagegen nur schwer ziehen. Fest steht, dass das Zwangsverhältnis für die Belgier höchstens ein befristetes war, da sie nach Ablauf ihres drei- bis sechsmonatigen Arbeitsvertrags grundsätzlich das Reich verlassen durften. Rechtlich und tariflich waren sie deutschen Arbeitern – wenigstens auf dem Papier – gleichgestellt und galten als »freie Ausländer«. Wie Thiel zeigt, waren sie in der Praxis allerdings oft diskriminierender Willkür der Vorgesetzten ausgesetzt; auch die deutsche Bevölkerung verhielt sich vielfach ablehnend. Für Arbeitskräfte aus Russisch-Polen stellte sich die Situation im Vergleich ungünstiger dar: Sie wurden nicht nur mit Rückkehrverbot belegt und so bis Kriegsende in Deutschland festgehalten, sondern unterstanden auch einem restriktiven Sonderrecht, das der »Polenerlass« vom Dezember 1916 festschrieb. Auch wenn die Illusion des freien Arbeitsverhältnisses aufrechterhalten werden sollte, hatten die Arbeitsverhältnisse der polnischen Zivilarbeiter im Ruhrbergbau »erheblichen Zwangscharakter«, wie Rawe konstatiert.<sup>38</sup> Deutlicher als die Belgier, so urteilte schon Klaus Tenfelde, können die russisch-polnischen Arbeiter im Ruhrbergbau des Ersten Weltkriegs folglich »als Zwangsarbeiter gelten«.<sup>39</sup>

Wie ist der »Ausländereinsatz« im Ersten Weltkrieg insgesamt zu bewerten? Trotz vieler Missstände, Unzulänglichkeiten und schlechter Arbeits- und Lebensbedingungen erkennt Rawe einen deutlichen qualitativen Unterschied zwischen dem »Ausländereinsatz« im Ruhrbergbau in den Jahren 1914 bis 1918 und 1939 bis 1945. Zwar kam es auch im Ersten Weltkrieg zu einzelnen Übergriffen, aber nicht zu Gewaltexzessen gegenüber Kriegsgefangenen wie im Zweiten Weltkrieg.<sup>40</sup> Gewalt war kein »konstituierender Bestandteil des Systems«, und die Presse berichtete zum Teil wohlwollend über die Verurteilung deutscher Gewalttäter.<sup>41</sup> Anders als im Zweiten Weltkrieg war die medizinische Versorgung der Kriegsgefangenen für die Unternehmer Pflicht und wurde, »soweit sich sagen lässt, auch gewährleistet«.<sup>42</sup> Sowohl Militärs als auch Unternehmer schreckten vor einer »Totalisierung der Zwangsarbeit« zurück, teilweise unter dem Druck der nationalen und internationalen Öffentlichkeit.<sup>43</sup>

Auch Thiel will die Kontinuitäten zwischen den beiden Weltkriegen nicht überbetont wissen, erkennt aber doch zwischen der deutschen Besatzung in Belgien im Ersten und im Zweiten Weltkrieg einen »Ideen- und Erfahrungstransfer«, dem er in seinem Buch ein eigenes Kapitel widmet. Die deutsche Arbeitskräftepolitik und -praxis von 1914 bis 1918 habe, so Thiel, rhetorisch und strukturell den Erfahrungshintergrund für die deutsche Arbeitskräftepolitik in Belgien im Zweiten Weltkrieg gebildet und zum »selbstver-

38 Rawe, »... wir werden sie schon zur Arbeit bringen!«, S. 186.

39 Klaus Tenfelde, Krupp in Krieg und Krisen. Unternehmensgeschichte der Fried. Krupp AG 1914 bis 1924/25, in: Lothar Gall (Hrsg.), Krupp im 20. Jahrhundert. Die Geschichte des Unternehmens vom Ersten Weltkrieg bis zur Gründung der Stiftung, Berlin 2002, S. 15–165, hier: S. 66, zit. nach Rawe, »... wir werden sie schon zur Arbeit bringen!«, S. 186.

40 Vgl. Hans-Christoph Seidel, Ausländerbeschäftigung und Zwangsarbeit im Ruhrbergbau während des Zweiten Weltkrieges, in: Westfälische Zeitschrift 153, 2003, S. 85–120.

41 Rawe, »... wir werden sie schon zur Arbeit bringen!«, S. 142.

42 Ebd., S. 124.

43 Ebd., S. 252.

ständlichen Herrschaftswissen« der deutschen Militärverwaltung in Belgien gehört.<sup>44</sup> Ähnliches gelte für die belgischen Proteste, die ebenfalls auf die Erfahrungen des Ersten Weltkriegs Bezug nahmen. Aufgrund dieses Erfahrungshintergrunds wandte sich die deutsche Militärverwaltung in Belgien während des Zweiten Weltkriegs auch gegen Zwangsrekrutierungen, und zwar mit der Begründung, Zwangsarbeiter seien niemals zur »fleißigen Arbeitsleistung« zu bewegen.<sup>45</sup> Ihre ablehnende Haltung verhinderte jedoch – wie schon im Ersten Weltkrieg – letztlich nicht den Übergang zur Zwangsrekrutierung, die dann freilich trotz struktureller Ähnlichkeiten andere Dimensionen annahm. Damit bestätigt Thiel grundsätzlich Ulrich Herberts These, wendet sich aber gleichzeitig gegen eine lineare Herleitung und vereinfachende Gleichsetzungen.

Interessant sind schließlich einige Befunde, die Rawe als Belege für das »Reformpotential des militärischen Konservatismus« deutet. So befürwortete das preußische Kriegsministerium 1916 zum einen die Mitwirkung ausländischer Zivilarbeiter in deutschen Gewerkschaften, was die kurze Zeit später durch das Hilfsdienstgesetz erfolgte faktische Anerkennung der Gewerkschaften präfigurierte.<sup>46</sup> Zum anderen wirkten die militärischen Generalkommandos über die von ihnen zur Kontrolle der Kriegsgefangenen- und später auch Zivilarbeiterlager eingesetzten Inspektionen disziplinarisch ins Unternehmerlager hinein und damit zumindest ansatzweise der »Herr-im-Haus«-Politik der Unternehmer entgegen.

Gemein ist beiden Untersuchungen, dass die Darlegung der tatsächlichen Arbeits- und Lebensbedingungen der ausländischen Arbeitskräfte und deren Beziehungen zur deutschen Bevölkerung recht kurz kommt. Das Schwergewicht der Darstellung liegt jeweils auf den administrativen Abläufen, den Verhandlungs- und Entscheidungsprozessen – eine Schwerpunktsetzung, die grundsätzlich ebenso verständlich wie berechtigt, wohl sogar notwendig ist, da die Autoren hier angesichts der Forschungslage zum Ersten Weltkrieg Grundlagenarbeit leisten müssen. In den Abschnitten, die sich mit den Arbeits- und Lebensbedingungen befassen, dominiert zumeist die Darstellung der Erlasslage, während man über die tatsächliche Praxis seltener etwas erfährt. Geschuldet ist dies nicht zuletzt einem Quellenproblem, da es zum Beispiel kaum Selbstzeugnisse ehemaliger ausländischer Arbeitskräfte gibt und zudem die Option von Zeitzeugenbefragungen für den Ersten Weltkrieg nicht mehr gegeben ist. Ob sich diese Lücke auf der Grundlage anderer Überlieferungen schließen lässt, muss die weitere Forschung erweisen. Sowohl Rawe als auch Thiel haben hierfür richtungsweisende Grundlagenforschungen geleistet.

Wenn Rawe mahnt, man dürfe den Ersten Weltkrieg nicht ausschließlich durch die Lupe des Zweiten betrachten, ist dem vorbehaltlos zuzustimmen. Die beiden Untersuchungen verdeutlichen aber auch, dass der Zweite Weltkrieg bei Studien zu Arbeitseinsatz und deutscher Besatzung im Ersten Weltkrieg fast unweigerlich zumindest als Vergleichspunkt mitschwingt (auch bei Rawe selbst dient der explizite Rekurs auf die NS-Zwangsarbeit als Beurteilungsmaßstab). Das ist keineswegs von Nachteil, solange der Zweite Weltkrieg nicht zur Interpretationsfolie *ex post* wird. Im Gegenteil: Wird der Vergleich explizit gemacht, kann er zu fruchtbaren Ergebnissen führen und eine bessere Einordnung der Arbeitsverhältnisse und -bedingungen im Ersten Weltkrieg ermöglichen.

### III. NEUE FORSCHUNGEN ZUR ZWANGSARBEIT IN DER KRIEGSWIRTSCHAFT DES ›DRITTEN REICHS‹

Der Boom, den die Zwangsarbeiterforschung seit den späten 1990er Jahren erlebte, hat dazu geführt, dass der »Ausländereinsatz« in der deutschen Kriegswirtschaft mittlerweile

44 Thiel, *Menschenbassin Belgien*, S. 322.

45 Ebd., S. 323.

46 Rawe, »... wir werden sie schon zur Arbeit bringen!«, S. 200 f.

zu den am besten untersuchten Bereichen der Geschichte des Nationalsozialismus, vielleicht sogar der jüngeren deutschen Geschichte gehört.<sup>47</sup> War es ehemals vordringlich, überhaupt ein Problembewusstsein für dieses Kapitel der deutschen Geschichte und der nationalsozialistischen Verbrechen zu wecken, geht es seit einigen Jahren vor allem darum, verbleibende Lücken zu schließen, eine flächendeckende Aufarbeitung mit Tiefenschärfe zu erreichen, die Handlungsspielräume von Unternehmen auszuloten und die erfahrungsgeschichtliche Dimension der Zwangsarbeit zu erfassen.

Blickt man auf die Entwicklungen und Tendenzen der Publikationen zum nationalsozialistischen »Ausländereinsatz« während der letzten Jahre, so lassen sich (mindestens) fünf Beobachtungen machen:

1. Bei der Mehrzahl der jüngeren Publikationen handelt es sich nach wie vor um Lokalstudien.
2. Einige wesentliche Forschungslücken hinsichtlich der Einsatzbereiche von Zwangsarbeitern konnten im Rahmen der Untersuchungen der letzten Jahre geschlossen werden beziehungsweise sind im Begriff geschlossen zu werden. Dies gilt etwa für die Zwangsarbeit bei den Kirchen, die Rolle der Kommunen im Rahmen des »Ausländereinsatzes« und die Zwangsarbeit im Kohlenbergbau.
3. Die erfahrungsgeschichtliche Dimension von Zwangsarbeit, insbesondere die Subjektivität der Opfer tritt in der Behandlung des Themas zunehmend in den Vordergrund.
4. Die intensiven Forschungen zu den KZ-Außen- und -Nebenlagern hat zu wichtigen Erkenntnisgewinnen im Bereich der Häftlingszwangsarbeit geführt.
5. Wesentliche Erkenntnisse zur NS-Zwangsarbeit hat in den vergangenen zehn Jahren die unternehmensgeschichtliche Forschung geliefert. Diese hat zum einen nach unternehmerischen Zwangslagen und Handlungsspielräumen gefragt, zum anderen nach möglichen Vorteilen (oder Nachteilen) und Gewinnen, die Unternehmen aus Zwangs- und/oder Sklavenarbeit ziehen konnten.

Auf diese Aspekte wird im Folgenden der Reihe nach eingegangen. Lediglich auf eine ausführliche Betrachtung der überaus umfangreichen unternehmensgeschichtlichen Forschung soll verzichtet werden, weil es sich hier meist nicht um Studien speziell zur Zwangsarbeit handelt und ihre Einbeziehung den Rahmen dieses Forschungsberichts sprengen würde. Deshalb möchte ich mich hinsichtlich der unternehmensgeschichtlichen Arbeiten an dieser Stelle auf zwei miteinander zusammenhängende Bemerkungen beschränken.

47 Historiografische Überblicke geben *Hans-Christoph Seidel/Klaus Tenfelde*, Einführung, in: *dies.*, Zwangsarbeit im Europa des 20. Jahrhunderts, S. 7–18, hier: S. 7–9; *Laura J. Hilton/John J. Delaney*, Forced Foreign Labourers, POW's and Jewish Slave Workers in the Third Reich. Regional Studies and New Directions, in: *German History* 23, 2005, S. 83–95; *Ralph Klein*, Neue Literatur zur Zwangsarbeit während der NS-Zeit, in: *IWK* 40, 2004, S. 56–90; zur von 1985 bis 1998 erschienenen Literatur siehe *Herbert*, Fremdarbeiter, S. 416–433, außerdem den Forschungsbericht von *Hans-Ulrich Ludwig*, Zwangsarbeit im Zweiten Weltkrieg. Forschungsstand und Ergebnisse regionaler und lokaler Fallstudien, in: *AfS* 31, 1991, S. 558–577; als Gesamtdarstellung sei verwiesen auf die Synthese von *Mark Spoerer*, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945, Stuttgart/München 2001, sowie auf die Beiträge zur Zwangsarbeit in *Jörg Echternkamp* (Hrsg.), Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945. Ausbeutung – Deutungen – Ausgrenzung (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 9/2), München 2005, namentlich: *Mark Spoerer*, Die soziale Differenzierung der ausländischen Zivilarbeiter, Kriegsgefangenen und Häftlinge im Deutschen Reich, in: ebd., S. 485–576; *Ela Hornung/Ernst Langenthaler/Sabine Schweitzer*, Zwangsarbeit in der Landwirtschaft, in: ebd., S. 577–666; *Oliver Rathkolb*, Zwangsarbeit in der Industrie, in: ebd., S. 667–728; *Rüdiger Overmans*, Die Kriegsgefangenenpolitik des Deutschen Reiches 1939 bis 1945, in: ebd., S. 729–875; vgl. auch *Ulrich Herbert* (Hrsg.), Europa und der »Reichseinsatz«. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991.

Die erste Bemerkung betrifft Stellung und Handlungsspielräume der Unternehmen im »Dritten Reich«. Hier hat die jüngere Forschung ergeben, dass bei den privatwirtschaftlich geführten Unternehmen auch im nationalsozialistischen Staat »ganz deutlich betriebswirtschaftliche Ziele im Vordergrund standen, also die Absicht, auf lange Frist nicht nur rentabel, sondern auch möglichst profitabel zu wirtschaften«. <sup>48</sup> Dabei verfügten die Unternehmen durchaus über Handlungsspielräume, da das Regime eben nicht nur mit Zwangsinstrumenten, sondern unter Ausnutzung ebendieses betriebswirtschaftlichen Rentabilitäts- und Profitstrebens – also des marktwirtschaftlichen Mechanismus schlechthin – vor allem auch mit Anreizen operierte. Die ältere These von der »Zwangswirtschaft« lässt sich demnach nicht aufrechterhalten (ebenso wenig freilich die These von der Interessenkongruenz zwischen Regime und Großunternehmen). <sup>49</sup> Für den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte bedeutet dies, dass der »Zwang«, auf sie zurückzugreifen, meist ein ökonomischer war (auch wenn das Risiko von Betriebsstilllegungen bei Minderauslastung nicht negiert werden darf). In jedem Fall verfügten die Unternehmen zum Teil über beträchtliche Handlungsspielräume im Hinblick darauf, wie sie den »Ausländereinsatz« im Betrieb gestalteten. <sup>50</sup>

Die zweite Bemerkung betrifft die immer wieder diskutierte Frage, inwieweit die Unternehmen von Zwangsarbeit profitierten und ob Zwangsarbeit »lukrativ« war. Primäres Motiv der Unternehmen beim Einsatz von Kriegsgefangenen, zivilen Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen war die Vermeidung von Minderauslastungen. Da der Millioneneinsatz von Ausländern genau eine solche verhinderte, gestattete er den Unternehmen auf dem Höhepunkt der Rüstungskonjunktur »erhebliche Gewinnmitnahmen«. Insofern war er lukrativ, auch wenn Zwangsarbeiter selten billiger und produktiver waren als deutsche Arbeitskräfte und somit keine »originären Mehrgewinne« aus der Zwangsarbeit erzielt werden konnten. <sup>51</sup> Darüber hinaus war Zwangsarbeit aber auch ein Mittel der Expansion <sup>52</sup> und eröffnete Möglichkeiten der betriebswirtschaftlichen Rationalisierung.

Ansonsten sei verwiesen auf die Forschungsberichte von Werner Plumpe und Christoph Buchheim zu den Unternehmen im Nationalsozialismus sowie den jüngst erschienenen, von Andreas Heusler, Mark Spoerer und Helmuth Trischler herausgegebenen Band »Rüstung, Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit im »Dritten Reich««. <sup>53</sup>

48 Andreas Heusler/Mark Spoerer/Helmuth Trischler, Rüstung und Zwangsarbeit im »Dritten Reich«. Eine Einführung, in: dies. (Hrsg.), Rüstung, Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit im »Dritten Reich«, München 2010, S. 1–13, hier: S. 2.

49 Vgl. Jonas Scherner, Das Verhältnis zwischen NS-Regime und Industrieunternehmen – Zwang oder Kooperation?, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 51, 2006, S. 166–190; Christoph Buchheim/Jonas Scherner, The Role of Private Property in the Nazi Economy. The Case of Industry, in: The Journal of Economic History 66, 2006, S. 390–416.

50 Auf diese hat bereits Mark Spoerer hingewiesen; vgl. Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 234.

51 Vgl. Manfred Grieger, Industrie und NS-Zwangsarbeitssystem. Eine Zwischenbilanz, in: Dittmar Dahlmann/Albert S. Kotowski/Norbert Schloßmacher u. a. (Hrsg.), Zwangsarbeiterforschung in Deutschland. Das Beispiel Bonn im Vergleich und im Kontext neuerer Untersuchungen (Migration in Geschichte und Gegenwart, Bd. 4), Klartext, Essen 2010, 269 S., kart., 29,95 €, S. 87–99, hier: S. 97. – Auch für KZ-Häftlinge hat Spoerer gezeigt, dass diese nicht oder allenfalls geringfügig billiger waren als deutsche Arbeitskräfte; vgl. Mark Spoerer, Profitierten Unternehmen von KZ-Arbeit? Eine kritische Analyse der Literatur, in: HZ Bd. 268, 1999, S. 61–95.

52 Kim Christian Priemel, Flick. Eine Konzerngeschichte vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik, Göttingen 2007, S. 479.

53 Werner Plumpe, Unternehmen im Nationalsozialismus. Eine Zwischenbilanz, in: Werner Abels-hauser/Jan-Ottmar Hesse/Werner Plumpe (Hrsg.), Wirtschaftsordnung, Staat und Unternehmen. Neue Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte des Nationalsozialismus. Festschrift für Dietmar Petzina zum 65. Geburtstag, Essen 2003, S. 243–266; Christoph Buchheim, Unternehmen in Deutschland und NS-Regime 1933–1945. Versuch einer Synthese, in: HZ Bd. 282, 2006, S. 351–390; Heusler/Spoerer/Trischler, Rüstung, Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit, darin insbesondere die Einleitung der Herausgeber, S. 1–13.

*Lokalstudien*

Unter den Neuerscheinungen zum Thema »NS-Zwangsarbeit« dominieren unverändert die regional-, lokal- und stadtgeschichtlichen Untersuchungen. Diese weisen indes eine enorme Vielfalt auf, unterscheiden sich nach Publikationsform und Umfang ebenso wie nach Qualität, Autorenschaft, Entstehungsprozess und Finanzierung. Man ist konfrontiert mit Arbeiten ausgewiesener Historiker, mit Magister- und Examensarbeiten, Publikationen lokaler Archive, lokaler Initiativen und engagierter Laien. Darunter finden sich voluminöse Bücher ebenso wie schmale Broschüren, Sammelbände wie Monografien, Ergebnisse universitärer Fachtagungen ebenso wie Publikationen von Geschichtswerkstätten. Manche sind das Werk Einzelner, andere gehen auf Vereine oder Initiativen zurück, die sich zum Teil eigens zur historischen Aufarbeitung des lokalen »Ausländereinsatzes« und zum Zweck der Erinnerungsarbeit zusammengefunden haben<sup>54</sup>, wieder andere wurden initiiert und unterstützt von Stadt- oder Gemeindeverwaltungen und/oder kommunalen Archiven.

Zur Schaffung eines öffentlichen Bewusstseins für das Schicksal der Zwangsarbeiter und für die Bildungs- und Erinnerungsarbeit ist der Wert solcher Studien kaum zu überschätzen, kann doch die Schilderung der Zwangsarbeit »nebenan« eine eindringlichere Wirkung entfalten als die abstrakte Zahl von schätzungsweise zwölf Millionen ausländischen Arbeitskräften, die während der Jahre 1939 bis 1945 auf dem Territorium des Deutschen Reichs zum Einsatz kamen.<sup>55</sup> Eine andere Frage ist, welchen Beitrag solche Fallstudien über die lokale Ebene hinaus zur Beantwortung übergeordneter Fragestellungen leisten, welchen Ertrag die Zwangsarbeiterforschung folglich aus ihnen ziehen kann. Diese Frage soll hier im Vordergrund stehen. Zunächst werde ich vier Publikationen skizzieren – zwei Sammelwerke und zwei Schriften »aus einer Hand« –, die die Bandbreite jüngerer lokalgeschichtlicher Untersuchungen zur NS-Zwangsarbeit veranschaulichen. Davon ausgehend werden im Anschluss einige generelle Beobachtungen zu Charakteristika, Trends, Problemen und Potenzialen lokaler Forschungen zur NS-Zwangsarbeit angestellt.

Christian Hallers Studie zum »Ausländereinsatz« in Pforzheim während des Zweiten Weltkrieges ist für Pforzheim der erste Versuch einer Stadtgeschichte der Kriegsjahre überhaupt.<sup>56</sup> Die bekannte Goldschmiedestadt war kein Zentrum kriegswichtiger Industrien, gleichwohl stellten auch hier, wie Haller entgegen älteren Thesen unterstreicht, lokale Feinmechanik- und Bijouteriebetriebe ihre Produktion zunehmend auf Rüstungsartikel um. Bei einer Wohnbevölkerung von knapp 80.000 im Jahr 1939 (diese zur Orientierung wichtige Zahl gibt Haller leider nicht an) waren »weit über 6000 ausländische Arbeitskräfte« in der Stadt eingesetzt, möglicherweise auch deutlich mehr. Die zeitgenössische Überlieferung im Stadtarchiv erweist sich als äußerst mager und beschränkt sich auf »winzige Einzelfragmente«.<sup>57</sup> Daher stützen sich Hallers Ausführungen ganz überwiegend auf Nachkriegsaussagen: einerseits Spruchkammerakten, andererseits knapp 100 Briefe ehemaliger Zwangsarbeiter aus Osteuropa, die im Zusammenhang mit dem Entschädigungsverfahren nach Pforzheim schrieben. Angesichts der dünnen Quellenlage bleibt die Darstellung der Arbeits- und Lebensbedingungen zwangsläufig blass. Auch über die Wahrnehmung der Ausländer durch die Bevölkerung erfährt man in dem eigens

54 So im Fall des Vereins »Walerjan Wróbel« in Bremen; vgl. *Vergessene Opfer. Die Erinnerungsarbeit des Vereins Walerjan Wróbel Verein Zwangsarbeit e. V. Bremen* (Kleine Schriften des Staatsarchivs Bremen, H. 40), hrsg. vom »Verein Walerjan Wróbel Verein Zwangsarbeit e. V.«, Bremen 2007, 237 S., kart., 10,00 €.

55 *Spoerer*, *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz*, S. 219–223.

56 *Christian Haller*, *Der »Ausländereinsatz« in Pforzheim während des Zweiten Weltkrieges*, Verlag Regionalkultur, Pforzheim 2004, 154 S., kart., 14,90 €.

57 *Ebd.*, S. 45.

diesem Thema gewidmeten Kapitel kaum etwas Konkretes. Aufschlussreich sind dagegen die Ausführungen zur Stadtverwaltung: Nicht nur setzte sie Kriegsgefangene für ihren eigenen Bedarf ein und ließ eine eigene Kriegsgefangenenbaracke errichten. Haller arbeitet auch deutlich heraus, dass sämtliche Bereiche der Stadtverwaltung in den »Ausländereinsatz« involviert waren, insbesondere im Zusammenhang mit Genehmigung und Bau von Unterkünften.

Da Haller wenig lokales Quellenmaterial zur Verfügung hat, wählt er oft den Umweg über die allgemeine Erlasslage (auf der Grundlage im Bundesarchiv ausgewerteter Primärquellen), die er, wo immer möglich, zur lokalen Praxis in Bezug setzt. Dabei verdeutlicht er, dass von unterschiedlichen Instanzen erlassene Verfügungen einander nicht selten widersprachen, Zuständigkeiten mehrfach wechselten, was zur Unübersichtlichkeit beitrug, und so bei Unternehmen, aber auch bei Behörden vielfach Unkenntnis über die zu einem bestimmten Zeitpunkt geltenden Bestimmungen herrschte.<sup>58</sup> Das Kompetenzgerangel zwischen Reichssicherheitshauptamt und Deutscher Arbeitsfront (DAF) wirkte sich hier nachhaltig und bis auf die lokale Ebene aus.

Wie in anderen Städten schlossen sich auch in Pforzheim mehrere Unternehmen für die Errichtung und Nutzung eines Ausländerlagers zu einer Lagergemeinschaft zusammen, die im hiesigen Fall unter dem Namen »Pforzheimer Barackengemeinschaft« firmierte. Dies geschah jedoch erst, nachdem das städtische Gesundheitsamt verlangt hatte, dass sich die untragbaren Zustände in den bis dato bei den Unternehmen bestehenden kleineren Ostarbeiterlagern ändern müssten. Am Beispiel des DAF-Lagerleiters König demonstriert Haller, dass Lagerleitungen durchaus über Handlungsspielräume verfügten. Im konkreten Fall nutzte der Lagerleiter diese offenbar zugunsten der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, indem er sich für zusätzliche Lebensmittel einsetzte oder für eine Beförderung zur Arbeit durch die Straßenbahn. Dahinter stand offenbar nicht zuletzt das ökonomische Argument der Erhaltung der Arbeitskraft.

Was das Verhältnis zwischen einheimischer Bevölkerung und ausländischen Arbeitskräften betrifft, so ist einerseits von der »Solidarität« einzelner Deutscher, aber auch besser versorgter Ausländer mit osteuropäischen Zwangsarbeitern die Rede.<sup>59</sup> Andererseits regte sich in der Bevölkerung starke Kritik daran, dass »Fremdarbeiter« sich in Pforzheim morgens mit der Straßenbahn zur Arbeit begeben dürften und sich die Deutschen zusammen mit den oft verlausten Ausländern (angesichts der Bedingungen in den Lagern kann es sich hierbei um reale Erfahrung ebenso handeln wie um ein Stereotyp) in die überfüllten Wagen drängen müssten. Der DAF-Lagerleiter König löste das Problem dadurch, dass er das Einsetzen morgendlicher Sonderzüge für die Zwangsarbeiter erwirkte.<sup>60</sup> Massiv diskriminiert wurden Ausländer beim Luftschutz. So wurden »Ostarbeiter«, wie auch aus anderen Städten bekannt, mit vorgehaltener Waffe gezwungen, Schutzräume zu verlassen, um Platz für »Volksgenossen« zu schaffen. Ob sich allein aus den vorliegenden Spruchkammerakten schließen lässt, die »meisten« Arbeitgeber hätten versucht, zusätzlich Lebensmittel für ihre ausländischen Arbeitskräfte zu beschaffen, ist indes fraglich.

Ein Produkt individuellen Engagements ebenso wie kollektiver lokaler Initiativen ist das Büchlein »Arbeiten für Groß-Deutschland. Zwangsarbeit in Bad Lauterberg« aus der Feder von Helmut Lüder, das in der Schriftenreihe des Vereins »Spurensuche Harzregion e. V.« erschienen ist.<sup>61</sup> Trotz der auch hier dürftigen Quellenlage – erhalten sind im Stadtarchiv fast nur standesamtliche Listen – haben jahrelange Recherchen des Autors und der Archivgemeinschaft Bad Lauterberg einige Erkenntnisse über den »Ausländereinsatz« in

58 Ebd., S. 41 f.

59 Ebd., S. 66.

60 Ebd., S. 59.

61 Helmut Lüder, *Arbeiten für Groß-Deutschland. Zwangsarbeit in Bad Lauterberg* (Spuren Harzer Zeitgeschichte, H. 3), Papierflieger, Clausthal-Zellerfeld 2008, 116 S., kart., 7,50 €.

der heute 12.000 Einwohner zählenden Stadt im Harz zutage fördern können. Knapp 4.300 ausländische Zivilpersonen waren zwischen 1939 und 1945 in Bad Lauterberg gemeldet (wie hoch die Wohnbevölkerung insgesamt war, verschweigt die Studie allerdings oder sie versteckt diese Information geschickt). Wichtigste Arbeitgeber waren die Metallwerke Odertal GmbH sowie die Otto Schickert & Co. KG, die in Bad Lauterberg ein Werk zur Wasserstoffperoxidherstellung errichtete.

Nicht zuletzt wegen des Mangels schriftlicher Quellen hat Lüder einige Interviews mit Zeitzeugen aus der lokalen Bevölkerung durchgeführt. Angesichts des flächendeckenden Einsatzes und der Omnipräsenz der Ausländer äußert sich der Autor halb erstaunt, halb befremdet darüber, wie wenig diese vermeintlich der einheimischen Bevölkerung im Gedächtnis geblieben sind. Viele Deutsche hätten sich »gleichgültig bis kollegial, manchmal wohl auch freundlich« verhalten.<sup>62</sup> Gleichzeitig wissen die deutschen Zeitzeugen oft von der schlechten Behandlung zu erzählen, die den Ausländern widerfuhr (freilich nie aus dem eigenen privaten oder betrieblichen Umfeld). Unmut regte sich in der deutschen Bevölkerung über einige »Ostarbeiterinnen« und Kroatinnen (obgleich letztere formal immerhin Angehörige eines verbündeten Staats waren!), da diese in Gemüse- und Kolonialwarenläden in Osterode im Harz einkauften, woraufhin die Waren beschlagnahmt wurden (durch wen, erfahren wir nicht).<sup>63</sup> Bemerkenswert ist auch ein weiterer Zwischenfall, bei dem eine Lagerleitung »Ostarbeiterinnen« Lebensmittel abnahm, die diese ganz legal von Landwirten als Entlohnung für in ihrer Freizeit geleistete Arbeit erhalten hatten. Ein umfangreicher Anhang mit Dokumenten, Fotos, Beschreibungen und Skizzen der größten örtlichen Lager runden eine bei den Quellennachweisen nicht immer wissenschaftlichen Standards entsprechende, aber im Rahmen ihrer Absichten und Möglichkeiten gelungene Studie ab.

Der Sammelband »Zwangsarbeiterforschung in Deutschland. Das Beispiel Bonn im Vergleich und im Kontext neuer Untersuchungen« macht die Beiträge einer im April 2006 veranstalteten Tagung im Bonner Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland der Öffentlichkeit zugänglich.<sup>64</sup> Die Tagung bildete den Abschluss eines gemeinsamen Projekts des Historischen Instituts der Universität Bonn und des Bonner Stadtarchivs zur Geschichte der Zwangsarbeit in der Stadt zwischen 1940 und 1945. Der erste Teil ist überregionalen Fragestellungen gewidmet und fasst in mehreren resümierenden Aufsätzen den Stand der Zwangsarbeiterforschung für bestimmte Ausländergruppen und Einsatzbereiche zusammen.<sup>65</sup> Im zweiten Teil werden (Zwischen-)Ergebnisse zum »Ausländereinsatz« in Bonn zusammengetragen.

Ein Manko des Buchs ist, dass der Leser in der Einleitung fast nichts über die Konzeption des Bandes, über die Ergebnisse des Projekts oder weiterführende Perspektiven erfährt. Da auch ein Fazit fehlt, stehen die Einzelbeiträge weitgehend unverbunden nebeneinander. Dessen ungeachtet sind die resümierenden Aufsätze angesichts einer stark diversifizierten und unübersichtlich gewordenen Forschungslandschaft sehr hilfreich. Hinsichtlich der lokalgeschichtlichen Beiträge fällt das Urteil ambivalent aus. Die Quellenlage scheint auch für Bonn sehr dürftig zu sein (oder der Stand der Quellenerschließung war zum Zeitpunkt des Abfassens der Beiträge noch nicht weit fortgeschritten); jedenfalls

62 Ebd., S. 41.

63 Ebd., S. 41 f.

64 *Dahlmann/Kotowski/Schloßmacher*, Zwangsarbeiterforschung.

65 Albert S. Kotowski über die Rekrutierung der Zwangsarbeiter im besetzten Polen, Andrea Renner-Palat über die rechtliche Lage und strafrechtliche Behandlung der polnischen Zwangsarbeiter im »Dritten Reich« 1939 bis 1945, Pavel Polian über die Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion, Manfred Grieger über »Industrie und NS-Zwangsarbeitersystem«, Uwe Kaminsky über die Evangelische Kirche und die Zwangsarbeit, Joachim Schröder über Stadtverwaltung und Zwangsarbeit am Beispiel Düsseldorf.

fassen einige Artikel vorwiegend die allgemeine Forschungsliteratur zur NS-Zwangsarbeit zusammen und streuen quellengestützte Verweise auf die Bonner Verhältnisse nur gelegentlich ein. Einige interessante Hinweise finden sich gleichwohl.

Um einen anderen Typ einer lokalgeschichtlichen Publikation handelt es sich schließlich bei dem Sammelband »Vergessene Opfer«, der vom »Verein Walerjan Wróbel Verein Zwangsarbeit e. V.« in Bremen herausgegeben worden ist.<sup>66</sup> Zwar widmet sich ein erster, sachgeschichtlicher Teil auch dem lokalen Zwangsarbeitseinsatz (Beiträge von Eva Determann über Zwangsarbeit in Bremen, von Hartmut Bickelmann über Zwangsarbeit in Bremerhaven und von Helga Bories-Sawala über den Alltag französischer Kriegsgefangener in Bremen). Der weitaus größte Teil des Buchs ist aber nicht den Ereignissen der Jahre 1939 bis 1945, sondern der Geschichte der lokalen politischen und gesellschaftlichen Aufarbeitung der Zwangsarbeit, insbesondere den Aktivitäten des Vereins »Walerjan Wróbel« selbst gewidmet.<sup>67</sup>

Anhand jüngerer lokalgeschichtlicher Publikationen und unter besonderer Berücksichtigung der soeben skizzierten Arbeiten lassen sich sechs Erkenntnisse formulieren:

1. Lokalstudien zur NS-Zwangsarbeit stellen nicht selten die ersten Versuche dar, sich der Sozialgeschichte einer Stadt während der Kriegsjahre überhaupt zu nähern. War das Thema vor zweieinhalb Jahrzehnten noch randständig, haben Studien zum nationalsozialistischen »Ausländereinsatz« in jüngerer Vergangenheit vielfach eine Vorreiter- und Schrittmacherrolle bei der Erschließung der Sozial- und Alltagsgeschichte einer Stadt oder Gemeinde im ›Dritten Reich‹ beziehungsweise im Zweiten Weltkrieg übernommen.
2. Die lokale Überlieferung ist vielfach schlecht, weshalb viele Lokalstudien auf einer dünnen bis sehr dünnen Quellenbasis beruhen. Das zeitweise sehr große öffentliche Interesse, der allgemeine Boom der Zwangsarbeiterforschung und die Bedeutung des Themas für die lokale Bildungs- und Erinnerungsarbeit (bisweilen sicher auch das Bedürfnis nach Legitimierung und Profilierung) hatten zur Folge, dass Lokalstudien auch zu Städten und Gemeinden verfasst wurden, für die die Quellenlage an sich keine eigenständige Untersuchung hergibt. Das ist nachvollziehbar und gesellschaftspolitisch durchaus zu begrüßen, der Erkenntniswert solcher Mikrostudien für die allgemeine Zwangsarbeiterforschung ist aber oft äußerst gering. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn die Lücken der lokalen Überlieferung so groß sind, dass sich in der Darstellung das Verhältnis von Kontext und konkreter Fallstudie umkehrt, weite Teile der Publikation somit eine Zusammenfassung der allgemeinen Literatur darstellen, während Verweise auf die spezifischen lokalen Verhältnisse nur akzessorisch eingestreut werden, wo immer sich eine Quelle finden lässt.<sup>68</sup> Diese Studien haben immer noch eine Bedeutung für den lokalen Kontext, bringen aber kaum einen überregionalen Erkenntnisgewinn mit sich. Auch hinsichtlich der konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen der ausländischen Arbeitskräfte bleiben sie vielfach blass.
3. Umgekehrt ist die lokale Ebene aber auch der Ort, an dem in der jüngeren Vergangenheit – vor allem im Zusammenhang mit dem Entschädigungsverfahren – besonders viele Quellen neu zugänglich gemacht oder sogar generiert worden sind. Zu nennen sind: die systematische Erschließung von Beständen durch kommunale Archive im Hinblick auf die Nachweisbeschaffung für ehemalige Zwangsarbeiter; ferner die Schreiben, die von ehemaligen Zwangsarbeitern an die Kommunen mit der Bitte um einen Nachweis

66 Vergessene Opfer.

67 Vgl. ausführlicher zum Buch »Vergessene Opfer« den Abschnitt VI dieses Forschungsberichts.

68 Dies ist etwa der Fall in den beiden Artikeln von *Joachim Scholtyssek*, Fremdarbeiter aus westeuropäischen Ländern in Bonn im Zweiten Weltkrieg, in: *Dahlmann/Kotowski/Schlossmacher*, Zwangsarbeiterforschung, S. 145–172; *ders.*, Italienische Fremdarbeiter und Militärinternierte in Bonn, in: ebd., S. 173–191.

- gesandt wurden, die vielfach in den Stadtarchiven aufbewahrt werden und von der Forschung unter Auflagen genutzt werden können<sup>69</sup>; schließlich auch Interviews mit Zeitzeugen, sei es mit ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern oder mit deutschen Zeitzeugen.
4. Lokalstudien bieten bei entsprechender Quellenlage die Möglichkeit, die Handlungsspielräume der für die konkrete Ausgestaltung des »Ausländereinsatzes« wesentlichen Akteure – der lokalen politischen Entscheidungsträger, Unternehmen und Lagerleitungen – zu ermitteln, der Praxis der Zwangsarbeit auf den Grund zu gehen und mögliche Unterschiede zwischen Erlasslage und tatsächlicher Handhabung aufzudecken. Dies ist umso wichtiger, als sich immer wieder zeigt, dass lokale Behörden und Unternehmen über die genauen Bestimmungen vielfach nur verspätet oder überhaupt nicht informiert waren.
  5. Aussagen zum Verhältnis zwischen Deutschen und Ausländern und zur Wahrnehmung der ausländischen Arbeitskräfte durch die einheimische Bevölkerung sind meist nur sehr schwer zu treffen.<sup>70</sup> Insgesamt deuten die in den letzten Jahren erschienenen Lokalstudien – insbesondere aber die lebensgeschichtlichen Interviews mit ehemaligen Zwangsarbeitern<sup>71</sup> – auf ein ambivalentes Verhältnis hin, das vielfach von Gleichgültigkeit, in manchen Fällen von Sympathie und Hilfsbereitschaft, nicht selten aber auch von Ablehnung, Xenophobie, »Futtereid« und Missgunst geprägt war. Damit bestätigen sie im Wesentlichen den bisherigen Stand der Forschung.
  6. Die neueren Lokalstudien liefern wertvolle Erkenntnisse zur Rolle der Kommunen. Insbesondere belegen sie, dass diese nicht nur selbst Nutznießer von Zwangsarbeit waren, sondern auch eine zentrale Funktion bei der Organisation des lokalen »Ausländereinsatzes« innehatten. Damit bestätigen sie die sich seit der Jahrtausendwende in dieser Frage herauskristallisierende Forschungsposition. Dies führt zum nächsten Punkt unserer Betrachtungen.

#### *Die Beseitigung »blinder Stellen«: Kommunen, Kirchen und Kohlenbergbau*

Nachdem die NS-Zwangsarbeit in ihren Grundzügen erforscht ist, geht es nunmehr darum, ein »Gesamtbild des Ausländereinsatzes im »Dritten Reich« mit größtmöglicher Tiefenschärfe zu entwerfen« und die noch immer vorhandenen »blinden Stellen« zu beseitigen.<sup>72</sup> Zu den kaum belichteten Bereichen gehörten noch vor zehn Jahren die Zwangsarbeit in den Bereichen der Kirchen und der Kommunen sowie die Zwangsarbeit im Kohlenbergbau.

Im Fall von Kirchen und Kommunen lieferten die Einrichtung der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«, das Entschädigungsverfahren sowie die öffentlichen Diskussionen über den Einsatz von Zwangsarbeitern in allen Bereichen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens und über die daraus resultierende Verantwortung einen direkten Anstoß für die historische Aufarbeitung. Denn sowohl kirchliche Einrichtungen als auch Kommunen mussten sich fragen beziehungsweise fragen lassen, inwieweit sie selbst Zwangsarbeiter beschäftigt hatten, in die Organisation des »Ausländereinsatzes«

69 So etwa bei Haller, »Ausländereinsatz«, oder bei meiner eigenen Studie: Fabian Lemmes, *Zwangsarbeit in Saarbrücken. Stadtverwaltung, lokale Wirtschaft und der Einsatz ausländischer Zivilarbeiter und Kriegsgefangener 1940–1945*, St. Ingbert 2004.

70 Vgl. Haller, »Ausländereinsatz«; Scholtyseck, *Fremdarbeiter aus westeuropäischen Ländern*, S. 162 f.; Lüder, *Arbeiten für Groß-Deutschland*.

71 Vgl. hierzu den übernächsten Unterabschnitt »Zwangsarbeiterschicksale: die erfahrungsgeschichtliche Perspektive«.

72 Thomas Urban, *Zwangsarbeit im Tagebau. Der Einsatz von Kriegsgefangenen und ausländischen Zivilarbeitern im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau 1939 bis 1945* (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Schriftenreihe C: Arbeitseinsatz und Zwangsarbeit im Bergbau, Bd. 4), Klartext, Essen 2006, 388 S., geb., 34,90 €, S. 13.

verstrickt waren und ob und in welcher Form sie sich gegebenenfalls an Entschädigungszahlungen beteiligen sollten oder zumindest ethisch-moralische Verantwortung zu übernehmen hatten.

Das Bild der »im nationalsozialistischen Staat macht- und einflusslosen Kommune« war für den Einsatz von Zwangsarbeitern bereits in den 1990er Jahren durch einige Regional- und Lokalstudien infrage gestellt worden.<sup>73</sup> Als eigenständige Fragestellung wird die Rolle der Kommunen im Rahmen des »Ausländereinsatzes« seit der Jahrtausendwende diskutiert.<sup>74</sup> Angesichts der öffentlichen Aufmerksamkeit und auf eine Empfehlung des Städtetags im Jahr 1999 hin ergriffen immer mehr Kommunen selbst die Initiative, sich mit diesem Kapitel ihrer Vergangenheit auseinanderzusetzen.<sup>75</sup> In vielen Städten wurden in der Folgezeit Ausstellungs-, Dokumentations-, Besuchs- und Forschungsprojekte ins Leben gerufen. Inzwischen liegen zahlreiche Untersuchungen zu einzelnen Stadtverwaltungen sowie Lokalstudien zur Zwangsarbeit vor, die auf die Rolle der Stadtverwaltung und der städtischen Betriebe ein besonderes Augenmerk richten.<sup>76</sup> Auf der Grundlage dieser Arbeiten lassen sich sechs zentrale Erkenntnisse formulieren:

1. Auch Kommunalverwaltungen und städtische Betriebe beschäftigten fast ausnahmslos ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene. Manche Kommunen griffen darüber hinaus auf die Arbeitskraft von KZ-Häftlingen zurück.
2. Quantitativ spielte der »Ausländereinsatz« bei den Kommunalverwaltungen zwar eine deutlich geringere Rolle als etwa in der Industrie. Zur Erfüllung der kommunalen Auf-

73 Joachim Schröder, Stadtverwaltung und NS-Zwangsarbeit. Das Beispiel Düsseldorf, in: *Dahlmann/Kotowski/Schloßmacher*, Zwangsarbeiterforschung, S. 117–133, hier: S. 118 f.

74 Vgl. *Karola Fings*, Kommunen und Zwangsarbeit, in: *Ulrike Winkler* (Hrsg.), *Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte*, Köln 2000, S. 108–129; *Annette Schäfer*, Zwangsarbeit in den Kommunen. »Ausländereinsatz« in Württemberg 1939–1945, in: *VfZ* 49, 2001, S. 53–75; *dies.*, Zur Rolle der Kommunen beim Zwangsarbeitereinsatz im Zweiten Weltkrieg, in: *Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento/Jahrbuch des italienisch-deutschen historischen Instituts in Trient* 28, 2002, S. 405–433; Themenheft »Zwangsarbeit und Kommunen« der *Informationen zur modernen Stadtgeschichte* 2001, H. 2, S. 3–38.

75 Der Deutsche Städtetag empfahl den Städten im Februar 1999, sich »intensiv mit diesem Kapitel deutscher Vergangenheit aus der ortsgeschichtlichen Perspektive auseinanderzusetzen, Erinnerungs- und Bildungsarbeit zu leisten, mit Besuchsprogrammen nach dem Vorbild von Städten, die derartige Programme entwickelt und durchgeführt haben, zur Versöhnung beizutragen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten in begründeten Einzelfällen auch humanitäre Hilfe zu leisten«; zit. nach *Horst Matzerath*, Zwangsarbeit: ein Thema mit Konjunktur?, in: *Informationen zur modernen Stadtgeschichte* 2001, H. 2, S. 3–6, hier: S. 4.

76 Ohne Anspruch auf Vollständigkeit: *Clemens von Looz-Corswarem* (Hrsg.), *Zwangsarbeit in Düsseldorf. »Ausländereinsatz« während des Zweiten Weltkrieges in einer rheinischen Großstadt*, Essen 2002; vgl. darin insb. *Rafael R. Leissa/Joachim Schröder*, *Zwangsarbeit in Düsseldorf. Struktur, Organisation und Alltag im Arbeitseinsatz von Ausländern im nationalsozialistischen Düsseldorf*, in: ebd., S. 19–362; jetzt auch *Schröder*, *Stadtverwaltung und NS-Zwangsarbeit*; *Marcus Meyer*, »... uns 100 Zivilausländer umgehend zu beschaffen.« Zwangsarbeit bei den Bremer Stadtwerken 1939–1945, Bremen 2002; *Hedwig Brüchert*, *Kommunalverwaltungen und Zwangsarbeit 1939 bis 1945 am Beispiel der Stadt Wiesbaden*, in: *dies./Michael Matheus* (Hrsg.), *Zwangsarbeit in Rheinland-Pfalz während des Zweiten Weltkriegs*, Stuttgart/Wiesbaden 2004, S. 137–154; *Lemmes*, *Zwangsarbeit in Saarbrücken*; *Albrecht Kirschner*, *Stadtverwaltung und Zwangsarbeit*, in: *Karin Brandes* (Hrsg.), *Zwangsarbeit in Marburg 1939 bis 1945. Geschichte, Entschädigung, Begegnung*, Marburg 2005, S. 107–123; *Karin Brandes*, *Einsatzort Stadtverwaltung Marburg*, in: ebd., S. 271–287; *Roland Schlenker*, *Vom Personalmangel zur Zwangsarbeit. Aufgabenstellung und Beschäftigungssituation rheinischer und westfälischer Kommunen 1936–1945*, in: *Sabine Mecking/Andreas Wirsching* (Hrsg.), *Stadtverwaltung im Nationalsozialismus. Systemstabilisierende Dimensionen kommunaler Herrschaft*, Paderborn/München etc. 2005, S. 181–213.

gaben und zur Aufrechterhaltung der Infrastruktur (Müllabfuhr, Straßenreinigung, Friedhofsverwaltung, Trümmerbeseitigung, Wartung und Instandsetzung, Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Gas und Elektrizität, Straßenbahnen) waren die Kommunen in der zweiten Kriegshälfte aber auf die Arbeitskraft der Zwangsarbeiter zunehmend angewiesen. Dies gilt insbesondere für Aufräum- und Instandsetzungsarbeiten nach Luftangriffen.

3. Kommunen bemühten sich aus diesem Grund meist aktiv darum, Kriegsgefangene, ausländische Zivilarbeiter, manchmal auch KZ-Häftlinge zu erhalten und einmal zugewiesene Zwangsarbeiter nicht abgeben zu müssen.<sup>77</sup> Wenn bei den Stadtverwaltungen dennoch vergleichsweise weniger Ausländer eingesetzt waren als in den meisten anderen Sektoren der Wirtschaft, so lag das weniger am mangelnden Interesse der Kommunen als an dem Umstand, dass sie bei der Zuweisung ausländischer Arbeitskräfte gegenüber der Industrie vielfach den Kürzeren zogen.
4. Kommunen waren nicht nur Nutznießer von Zwangsarbeit, sondern spielten auch und vor allem eine zentrale Rolle bei der Organisation des lokalen »Ausländereinsatzes«. Dabei waren nahezu alle städtischen Ämter involviert. Manche Stadtverwaltungen richteten zur Verwaltung kommunaler Ausländerlager eigene Stadtämter ein.
5. Einige Kommunalverwaltungen gingen dabei so weit, über den eigenen Bedarf hinaus in Eigenregie Lagerkapazitäten zur Unterbringung von Zwangsarbeitern zu errichten und diese gegen Entgelt lokalen Unternehmen zur Verfügung zu stellen, denen gegenüber sie somit eine Dienstleistungsfunktion übernahmen. Zwangsarbeiter aus städtischen Ausländerlagern wurden auch für kurzfristige Einsätze an private Arbeitgeber »verliehen« beziehungsweise »vermietet«, etwa an Handwerksbetriebe für Instandsetzungsarbeiten.
6. Profitierten die Kommunen auch finanziell von Zwangsarbeit? In der Tat lässt sich für einige Stadtverwaltungen nachweisen, dass die kommunalen Lager Gewinne abwarfen und die Stadtkasse an der Vermietung von Arbeitskräften an private Unternehmen verdiente.<sup>78</sup> Dies lässt sich aber wohl nicht generell annehmen. Was die bei städtischen Ämtern und Betrieben selbst eingesetzten Zwangsarbeiter betrifft, so bestand der Nutzen vor allem darin, dass die Kommunen zur Erfüllung ihrer Aufgaben in steigendem Maße schlichtweg auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen waren. Zu bedenken ist schließlich, dass die Kommunen über die Gewerbesteuereinnahmen von der Rüstungskonjunktur und damit zumindest indirekt auch von der Arbeitskraft der in der lokalen Industrie eingesetzten Zwangsarbeiter profitierten.<sup>79</sup>

Abschließend lässt sich festhalten, dass die Kommunen über bedeutende Handlungsspielräume verfügten und sich oft über das Maß hinaus bei der Organisation des »Ausländereinsatzes« engagierten, zu dem sie verpflichtet waren. Eine Gesamtdarstellung zum Zwangsarbeitereinsatz bei den Kommunen steht nach wie vor aus.

77 Für die KZ-Häftlinge der Baubrigaden belegt dies *Karola Fings*, *Krieg, Gesellschaft und KZ. Himmlers SS-Baubrigaden, Schöningh, Paderborn/München etc.* 2005, 412 S., geb., 45,00 € (Genauerer zu diesem Buch weiter unten im Unterabschnitt zur Häftlingsarbeit).

78 Belegt für Hannover; vgl. *Jane Anshütz/Irmtraud Heike*, *Feinde im eigenen Land. Zwangsarbeit in Hannover im Zweiten Weltkrieg, Bielefeld/Gütersloh* 2000, S. 100; für Metzgingen vgl. *Schäfer*, *Zwangsarbeit in den Kommunen*, S. 64; für die Stadt Brandenburg und die Gemeinde Wesseling vgl. *Fings*, *Kommunen*, S. 116 f.

79 So lässt sich für Saarbrücken nachweisen, dass die Gewerbesteuereinnahmen bis 1943/44 massiv anstiegen; vgl. *Lemmes*, *Zwangsarbeit in Saarbrücken*, S. 93.

Nach anfänglicher Zurückhaltung sind sowohl zur evangelischen Kirche<sup>80</sup> als auch zur katholischen Kirche<sup>81</sup> in den vergangenen zehn Jahren zahlreiche Forschungsarbeiten vorgelegt worden, sei es zu einzelnen Kirchenprovinzen, Diözesen beziehungsweise Bistümern, zu bestimmten Kommunen, einzelnen Gemeinden oder kirchlichen Einrichtungen. Die dabei gewonnenen Ergebnisse lassen sich zu drei zentralen Erkenntnissen bündeln:

1. Dass der »Ausländereinsatz« im Deutschen Reich universell und flächendeckend war, bestätigt sich auch für den kirchlichen Bereich. Grundsätzlich lassen sich auch bei den Kirchen ausländische Arbeitskräfte in sämtlichen Arbeitsfeldern antreffen.
2. Der Großteil der im kirchlichen Bereich eingesetzten Zwangsarbeiter ist nicht bei den Amtskirchen, sondern bei den kirchlichen Wohlfahrtseinrichtungen zu finden, das heißt im Fall der evangelischen Kirche bei der Inneren Mission (der heutigen Diakonie), im Fall der katholischen Kirche bei der Caritas. Die wichtigsten Einsatzbereiche waren zum einen die Hauswirtschaft, zum anderen der landwirtschaftliche Einsatz auf kirchlichen Gütern.
3. Insgesamt spielte Zwangsarbeit in Diensten der Kirchen quantitativ eine vergleichsweise geringe Rolle, da ausländische Arbeitskräfte – vom landwirtschaftlichen Einsatz auf großen kirchlichen Gütern abgesehen – üblicherweise einzeln oder in Kleingruppen eingesetzt waren. In evangelischen Einrichtungen im Rheinland betrug der Ausländeranteil im Januar 1943 durchschnittlich 5%.<sup>82</sup> Das ist zwar wenig im Vergleich zum Ausländeranteil in der deutschen Wirtschaft insgesamt, entspricht aber dem branchenüblichen Durchschnitt des Wirtschaftsbereichs »Volks Gesundheit und Gesundheitspflege« beziehungsweise »Gewerbe und häusliche Dienste«.<sup>83</sup> Was den Rückgriff auf Zwangsarbeiter betrifft, scheint es also keine wesentlichen Besonderheiten der kirchlichen gegenüber den nichtkirchlichen Einrichtungen gegeben zu haben.

Auf der Mikroebene haben die Studien zu kirchlichen Einrichtungen einen wichtigen Beitrag zur Erforschung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern in Bereichen geleistet, die bis dato nur wenig oder überhaupt nicht untersucht worden waren. Dies gilt neben dem landwirtschaftlichen Einsatz vor allem für Krankenhäuser und die Hauswirtschaft. Der individuelle Einsatz ausländischer Frauen im Gaststättengewerbe und in privaten Haushalten (hier bisweilen fließend in den landwirtschaftlichen Einsatz übergehend) ist von allen Facetten des »Ausländereinsatzes« am schlechtesten dokumentiert.<sup>84</sup> Zwar sind gerade die osteuropäischen Haushaltsgehilfinnen

80 Vgl. zusammenfassend *Jochen-Christoph Kaiser* (Hrsg.), *Zwangsarbeit in Kirche und Diakonie 1939–1945*, Stuttgart 2005; jetzt auch *Uwe Kaminsky*, *Die Evangelische Kirche und die Zwangsarbeit. Ein Resümee*, in: *Dahlmann/Kotowski/Schloßmacher*, *Zwangsarbeiterforschung*, S. 101–116 (mit weiterführenden Literaturhinweisen auf S. 102 f., Anm. 4).

81 Vgl. insbesondere *Klaus Barwig/Dieter R. Bauer/Karl-Joseph Hummel* (Hrsg.), *Zwangsarbeit in der Kirche. Entschädigung, Versöhnung und historische Aufarbeitung*, Stuttgart 2001 (sowohl zur katholischen als auch zur evangelischen Kirche); *Bernhard Frings/Peter Sieve*, *Zwangsarbeiter im Bistum Münster. Kirchliches Handeln im Spannungsfeld von Arbeitseinsatz, Seelsorge und Krankenpflege*, Münster 2003; *Baldur Hermans* (Hrsg.), *Zwang und Zuwendung. Katholische Kirche und Zwangsarbeit im Ruhrgebiet*, Bochum 2003; *Anne Ostermann*, »Fremdarbeiter« in Einrichtungen der katholischen Kirche in Düsseldorf, in: *von Looz-Corswarem*, *Zwangsarbeit in Düsseldorf*, S. 527–541; *Karl-Joseph Hummels/Christoph Kösters* (Hrsg.), *Zwangsarbeit und katholische Kirche 1939–1945. Eine Dokumentation*, Paderborn/München etc. 2008.

82 *Uwe Kaminsky*, *Dienen unter Zwang. Studien zu ausländischen Arbeitskräften in Evangelischer Kirche und Diakonie im Rheinland während des Zweiten Weltkriegs*. Mit einem Beitrag von Ulrike Winkler, 2., verb. Aufl., Bonn 2002, S. 256.

83 *Kaminsky*, *Evangelische Kirche*, S. 105.

84 Vgl. *Ulrike Winkler*, »Hauswirtschaftliche Ostarbeiterinnen« – Zwangsarbeit in deutschen Haushalten, in: *dies.*, *Stiften gehen*, S. 148–168.

in der Erinnerung der Zeitgenossen oftmals besonders präsent, da hier ein täglicher persönlicher Kontakt bestand, doch haben sie in den Akten der Behörden vergleichsweise wenige Spuren hinterlassen.

Nach der Landwirtschaft war der Kohlenbergbau der Wirtschaftssektor, in dem während des Zweiten Weltkriegs prozentual die meisten ausländischen Arbeitskräfte eingesetzt wurden.<sup>85</sup> Gleichwohl ist der Zwangsarbeitseinsatz in diesem für die deutsche Kriegswirtschaft so zentralen Sektor erstaunlicherweise bis vor einigen Jahren nicht systematisch untersucht worden. Die Arbeitsverhältnisse einschließlich des Aspekts »Zwangsarbeit« im Kohlenbergbau des Deutschen Reichs sowie in den für deutsche Zwecke arbeitenden Revieren der besetzten Gebiete systematisch zu erforschen, hat sich das bereits angesprochene Bochumer Projekt »Zwangsarbeit im deutschen Kohlenbergbau« zum Ziel gesetzt.<sup>86</sup> Als Band 1 und 2 der projekteigenen Schriftenreihe ist 2005 das voluminöse Werk »Zwangsarbeit im Bergwerk« erschienen, das einen umfangreichen Forschungsband und einen über 1.000-seitigen Quellenband umfasst.<sup>87</sup> Die achtzehn Beiträge des Forschungsbandes – acht zum Altreich 1939 bis 1945, acht zu den annektierten oder besetzten Gebieten, zwei zum Ersten Weltkrieg – machen erste Ergebnisse der von Bochumer Historikern bearbeiteten Teilprojekte zugänglich, ergänzt durch Aufsätze auswärtiger Historiker über Kohlereviere, die im Projekt selbst nicht behandelt werden. Auf diese Weise entsteht ein breiter Überblick, der für die Stein- und Braunkohlereviere des Altreichs während des Zweiten Weltkriegs nahezu flächendeckend ist.<sup>88</sup> Zum »Ausländereinsatz« im Altreich sind aus dem Bochumer Projekt außerdem zwei umfangreiche monografische Studien hervorgegangen: Thomas Urbans Dissertation zum mitteldeutschen Bergbau<sup>89</sup> sowie Hans-Christoph Seidels Habilitationsschrift zum Ruhrbergbau.<sup>90</sup>

Etwa zwei Drittel der Energieversorgung des Deutschen Reichs hingen Mitte der 1930er Jahre an der Steinkohle. Eine herausragende Bedeutung kam dabei dem Ruhrgebiet zu, auf das gut zwei Drittel der deutschen Steinkohleförderung sowie drei Viertel der Koksproduktion entfielen.<sup>91</sup> Aufgrund des geringen Mechanisierungsgrads des Untertagebaus stellte die Arbeitskraft in der Produktions- und Förderpolitik des Ruhrbergbaus einen wichtigeren Faktor dar als in den übrigen Industrien. Zentrales Mittel zur Produktionssteigerung war damit mehr als anderswo der Arbeitseinsatz. Hans-Christoph Seidel beschränkt sich in seiner Studie zum Ruhrrevier nicht auf eine Untersuchung des »Ausländereinsatzes«, sondern zielt darauf, »ausgehend von der Frage der Zwangsarbeit und immer wieder auf sie hinführend, eine breiter angelegte [...] Organisations- und Sozialgeschichte des Ruhrbergbaus während des Zweiten Weltkrieges« zu schreiben.<sup>92</sup> Entspre-

85 *Spoerer*, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 226.

86 Vgl. Abschnitt I dieses Forschungsberichts.

87 *Tenfelde/Seidel*, Zwangsarbeit im Bergwerk.

88 Behandelt werden neben dem Ruhrbergbau der Aachener Bergbau, der sächsische Steinkohlenbergbau, das Saarrevier, die Ibbenbürener Steinkohlenwerke, das niederschlesische Bergbau-  
revier, der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau und das rheinische Braunkohlerevier.

89 *Urban*, Zwangsarbeit.

90 *Hans-Christoph Seidel*, Der Ruhrbergbau im Zweiten Weltkrieg. Zechen – Bergarbeiter – Zwangsarbeiter (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Schriftenreihe C: Arbeitseinsatz und Zwangsarbeit im Bergbau, Bd. 7), Klartext, Essen 2010, 639 S., geb., 79,00 €; vgl. außerdem *ders.*, Ausländerbeschäftigung; *ders.*, Zwangsarbeit und Ausländerbeschäftigung im Steinkohlenbergbau an Ruhr und Saar während des Zweiten Weltkrieges, in: *Hans-Walter Hermann/Rainer Hudemann/Eva Kell* (Hrsg.), Forschungsaufgabe Industriekultur. Die Saarregion im Vergleich, Saarbrücken 2004, S. 211–230; *ders.*, »Ein buntes Völkergemisch hat eine Wanderung durch unsere Gruben gemacht.« Ausländereinsatz und Zwangsarbeit im Ruhrbergbau 1940 bis 1945, in: *Tenfelde/Seidel*, Zwangsarbeit im Bergwerk, Bd. 1, S. 75–159.

91 *Seidel*, Ruhrbergbau, S. 64–66.

92 *Ebd.*, S. 29.

chend fragt er nach Förder- und Absatzpolitik, rekonstruiert den »Ausländereinsatz« im Rahmen des gesamten Arbeitseinsatzes und untersucht die Praxis der Zwangsarbeit im allgemeinen Kontext der bergbaulichen Sozialpolitik, der sozialen Lage der Zechenbelegschaften und der betrieblichen Arbeits- und Sozialbeziehungen. Dabei stützt er sich vornehmlich auf Unternehmens- und Verbandsüberlieferungen, ergänzt durch zentrale staatliche Überlieferungen und Akten einzelner Bergämter.

Neben dem umfassenden Zugriff liegt die Besonderheit der Studie im branchengeschichtlichen Ansatz. Ein solcher bietet sich für den Ruhrkohlenbergbau wegen der »hohe[n] soziale[n] Homogenität der regionalen bergbaulichen Führungsschicht«<sup>93</sup>, vor allem aber wegen des hohen Maßes seiner Organisiertheit an. Ein besonderes Augenmerk legt der Autor folglich auch auf die Rolle der Verbände, der die jüngere wirtschaftsgeschichtliche Forschung zum »Dritten Reich« nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt hat. Seidel betont demgegenüber die zentrale Funktion der Wirtschaftsverbände für die Organisation der Zwangsarbeit, hier insbesondere die Rolle der Bezirksgruppe Ruhr der Wirtschaftsgruppe Bergbau, die seit 1942 auch als regionale Organisation der Reichsvereinigung Kohle fungierte. Seidels Arbeit leistet damit auch einen Beitrag zur Debatte über das Verhältnis von Staat und Wirtschaft im Nationalsozialismus.

Im Bereich der Förderpolitik herrschte zwischen staatlichen kohlenwirtschaftlichen Stellen und Vertretern des Ruhrbergbaus zwar weitgehend Konsens, dass die kriegswirtschaftlich notwendige Steigerung der Förderung weder durch eine Erweiterung der Förderkapazitäten noch durch Rationalisierung und Mechanisierung, sondern nur über den Faktor »Arbeitskraft« zu erreichen war (das heißt durch intensivere Nutzung der vorhandenen Arbeitskraft und Vergrößerung der Belegschaften). Zugleich traten dabei aber Konflikte zwischen den kurzfristigen Interessen der staatlichen Stellen und den langfristigen Interessen der Bergwerksunternehmen zutage. So begegneten letztere den staatlichen Maßnahmen zur Verlängerung der Schichten und Erhöhung der Zahl der Fördertage mit Skepsis – unter anderem aus Sorge um die längerfristige Leistungsfähigkeit der Belegschaften – und trugen auch gegenüber einer verstärkten Ausländerbeschäftigung Bedenken – nicht zuletzt aus Furcht vor Attraktivitätsverlust der bergmännischen Arbeit und einer vermehrten »Flucht aus dem Bergbau« seitens der Stammebelegschaften. Die Bedenken der Ruhrzechen (aber auch der DAF und der regionalen Parteistellen) gegenüber dem »Ausländereinsatz« führten 1940 zu dem Kompromiss, dass dieser auf ein notwendiges Minimum beschränkt und spätestens mit Kriegsende rückgängig gemacht werden sollte. Gingen die Initiativen zur Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte von den staatlichen Stellen aus, insbesondere vom Reichskohlenkommissar Paul Walter, so waren Koordination und Organisation des »Ausländereinsatzes« im Wesentlichen Sache der Bezirksgruppe Ruhr. Um diesen Wirtschaftsverband herum entwickelte sich in der Folgezeit ein »geschlossenes und zentral gesteuertes System der Ausländerzuweisungen«, das sich dem Einfluss lokaler und regionaler Rüstungs- und Arbeitseinsatzstellen weitgehend entzog – ein nach bisherigem Forschungsstand wohl einzigartiger Fall.<sup>94</sup>

Die wesentliche Zäsur für den Arbeits- und »Ausländereinsatz« auf den Ruhrzechen bildete quantitativ wie qualitativ der Beginn des »Russeneinsatzes« Anfang 1942. Nicht nur stieg die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte von knapp 35.000 zum Jahreswechsel 1941/42 sprunghaft an bis auf über 160.000 im September 1944, womit der Anteil der Ausländer an der Gesamtbelegschaft schließlich mehr als 40% betrug.<sup>95</sup> Auch wurde Zwangsarbeit von der Ausnahme zur Regel, die für die übergroße Mehrzahl der ausländischen Arbeitskräfte zutraf. Den Zechenleitungen kam die Umstellung auf Zwangsarbeiter insofern entgegen, als diese effektiver am »Kontraktbruch« gehindert werden konnten

93 Ebd., S. 22.

94 Ebd., S. 561.

95 Ebd., S. 562 und 400.

als die relative Freizügigkeit genießenden Italiener, Dänen, Kroaten oder auch Franzosen und Belgier bis wenigstens 1941/42. In Form der »Ostarbeiterinnen« kamen nun erstmals auch ausländische Frauen auf den Zechen zum Einsatz, wenngleich auf die Übertagebetriebe begrenzt und insgesamt in deutlich geringerem Maße als in anderen Industrien. Schließlich gewann mit dem Masseneinsatz sowjetischer Zwangsarbeiter die als kurzfristige Notstandsmaßnahme geplante Ausländerbeschäftigung eine langfristige Perspektive, auf die sich die Unternehmen einrichteten. Damit erschienen auch (vormals weitgehend unterbliebene) Maßnahmen zur Anlernung und Qualifizierung ausländischer Arbeitskräfte als lohnenswert. Die Anlernung zu »Hilfshauern« oder »Russenhauern« ging vielfach einher mit dem geschlossenen Anlegen sowjetischer Zwangsarbeiter in sogenannte »Russenstreben«, die eine extensivere Ausbeutung ihrer Arbeitskraft ermöglichten. Zwar blieben die Arbeitsleistungen der sowjetischen Arbeitskräfte im Ruhrbergbau aufgrund der Mangelernährung weiterhin niedriger als in anderen Branchen, die Förderergebnisse der »Russenstreben« übertrafen aber die Erwartungen der Bergwerksleitungen.

Innerhalb der staatlich festgesetzten Rahmenbedingungen zielte die Lohn-, Ernährungs- und Gesundheitspolitik der Ruhrzechen gegenüber den ausländischen Arbeitskräften darauf, Selbstkosten zu vermeiden, die Arbeitsfähigkeit und eine gewisse Arbeitsmotivation zu gewährleisten und eine sichtbare negative Differenz zur Lage der einheimischen Bergleute herzustellen. Dies führte zur faktischen Diskriminierung auch der formal mit Deutschen gleichgestellten Ausländergruppen, etwa über die Einstufung in niedrigere Tarifgruppen, Abzüge beim Leistungslohn, die Ernährung oder die Verweigerung von Leistungen der Gesundheitsfürsorge. Insbesondere im Fall der sowjetischen Zwangsarbeiter ging es dagegen tendenziell um Verbesserungen mit dem Ziel, ihre Arbeitsproduktivität zu erhöhen. Neben (geringen) Leistungsprämien und dem Bemühen um zusätzliche Lebensmittel bot einen Hebel hierfür die sogenannte »Leistungsernährung«, bei der die Rationen der Leistungsfähigsten zuungunsten der am wenigsten Leistungsfähigen erhöht wurden.

Für die Lage der sowjetischen Kriegsgefangenen im Ruhrbergbau hält Seidel angesichts der billigend in Kauf genommenen enormen Todesraten durch körperlichen Verschleiß bei völlig unzureichenden Lebensmittelrationen die Anwendung des Terminus »Vernichtung durch Arbeit« für gerechtfertigt. Dieses System wurde von den Bergwerksunternehmen nicht initiiert, auch bestand bei ihnen kein Vernichtungswille; wohl aber akzeptierten sie grundsätzlich die Bedingungen, unter denen sich der Masseneinsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen vollzog. Dabei gestattete ihnen die »Leistungsernährung«, die Arbeitskraft der als leistungsfähig eingestuften Rotarmisten auf Kosten der anderen längerfristig zu erhalten. Systematisch angewandt, kam sie faktisch einer Selektion der Kranken und Schwachen gleich.

Auch auf die Sozialbeziehungen im Ruhrbergbau wirkte sich der »Ausländereinsatz« bedeutend aus. Insbesondere führten bei den deutschen Bergleuten Gefühle der Benachteiligung gegenüber Westarbeitern und Angehörigen verbündeter Staaten, teilweise auch »nationalistische bis rassistische Ressentiments zu einer weit verbreiteten Abwehrhaltung.«<sup>96</sup> Zusammen mit einem allgemeinen und weiter zunehmenden »Grubenmilitarismus« waren sie Auslöser zahlreicher gewaltsamer Übergriffe deutscher Bergarbeiter und Steiger gegenüber sowjetischen Zwangsarbeitern und italienischen Militärinternierten. Zwar wurden Prügelexzesse von den Zechenleitungen untersagt, ernsthafte Sanktionen blieben jedoch aus. Stattdessen nutzten die Zechen zunehmend die Zusammenarbeit mit der Gestapo und die Überstellung in Arbeitserziehungslager als repressive Instrumente. »Das Erleiden von Gewalt«, so schließt Seidels Darstellung, »blieb eine vorherrschende Erfahrung der Zwangsarbeiter im Ruhrbergbau.«<sup>97</sup>

96 Ebd., S. 571.

97 Ebd.

Eine ähnlich große Bedeutung wie an der Ruhr hatte die Ausländerbeschäftigung im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, wie Thomas Urban in seiner 2006 veröffentlichten Dissertation nachweist. Der Höhepunkt des »Ausländereinsatzes« wurde dort im Herbst 1944 mit 38.000 Personen erreicht; damit waren etwa 40 % der durchschnittlich 94.000 angelegten Bergleute Ausländer.<sup>98</sup> Mit seiner Studie über den Einsatz von Kriegsgefangenen und ausländischen Zivilarbeitern im mitteldeutschen Braunkohlentagebau will Urban einerseits einen Beitrag zur Erforschung der Zwangsarbeit im deutschen Kohlenbergbau leisten. Andererseits verfolgt er die weitergehende sozialgeschichtliche Zielsetzung, auf diesem Weg Einblicke in die Arbeitsverhältnisse in diesem bisher wenig erforschten Bergbauzweig insgesamt zu gewinnen.<sup>99</sup> Er stützt sich vor allem auf Betriebsakten der Braunkohlenwerke (vornehmlich des Großtagebaus), ergänzt durch die Überlieferung staatlicher Behörden und der Wirtschaftsverbände. Geografisch liegt der Schwerpunkt der Untersuchung auf den »Kernrevieren« des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus, in denen in vergleichsweise großen Betriebseinheiten im Tagebau gearbeitet wurde und die große Mehrzahl der ausländischen Arbeitskräfte eingesetzt war. Angesichts des dürftigen Forschungsstands ist zu begrüßen, dass Urban zunächst einen ausführlichen Überblick über die Entwicklung des mitteldeutschen Bergbaus bis in die 1930er Jahre und seine Bedeutung für die deutsche Kriegswirtschaft gibt (Kapitel II und III).

Urban wendet sich – ähnlich wie Rawe in seiner Studie zum Ruhrbergbau im Ersten Weltkrieg<sup>100</sup> – gegen einen inflationären Gebrauch des Begriffs »Zwangsarbeit«. Dies schlägt sich in seiner Arbeitsdefinition von Zwangsarbeit nieder, für die er vier Kriterien festhält: Art der Rekrutierung, Vorhandensein beziehungsweise Fehlen eines vertraglichen Arbeitsverhältnisses, ethnische Herkunft und Lebensbedingungen. Damit verwendet er eine restriktive Definition, die insbesondere sämtliche Westarbeiter im Prinzip ausschließt, da diese normalerweise in einem vertraglich festgelegten Arbeitsverhältnis standen.<sup>101</sup> Auch wenn das Anliegen verständlich ist, begrifflich zwischen den vergleichsweise privilegierten nord- und westeuropäischen Zivilarbeitern einerseits und den besonders diskriminierten und schlecht behandelten Osteuropäern andererseits zu differenzieren, ist diese Definition kritikwürdig, denn sie erweist sich als unnötig komplex und zugleich als zu eingeschränkt. So sind »Rekrutierung unter Zwang« und »Fehlen eines vertraglichen Arbeitsverhältnisses« für das Vorliegen eines faktischen Zwangsarbeitsverhältnisses im Reich keineswegs notwendige Bedingungen.<sup>102</sup> Bezeichnenderweise revidiert Urban seine Definition im Laufe der Untersuchung faktisch selbst, indem er einräumt, dass sich die Situation von französischen und wallonischen Zivilarbeitern im Kriegsverlauf zunehmend zu einem »Zwangsarbeitsverhältnis« entwickelte und auch ehemals »Freiwillige« zu Zwangsarbeitern wurden.<sup>103</sup>

Zwangsarbeit war im mitteldeutschen Braunkohlentagebau wie im gesamten deutschen Wirtschaftsleben eine Massenerscheinung. Im Gegensatz zu vielen anderen Wirtschaftsbereichen wurde sie hier aber von Anfang an in die betrieblichen Planungen einbezogen. Dies galt bereits für den Einsatz polnischer Kriegsgefangener 1939, dann erneut 1941 für den Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener (die bereits im Juli dieses Jahres vom Reichswirtschaftsministerium für den Braunkohlenbergbau per Ausnahmeregelung freigegeben wurden!). In beiden Fällen übernahm der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau eine Vorrei-

98 Urban, Zwangsarbeit, S. 14 und 339.

99 Ebd., S. 15.

100 Rawe, »... wir werden sie schon zur Arbeit bringen!«; vgl. ausführlich Abschnitt II dieses Forschungsberichts.

101 Urban, Zwangsarbeit, S. 48.

102 Hierauf hat insbesondere Mark Spoerer hingewiesen; vgl. Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz.

103 Urban, Zwangsarbeit, S. 251 und 351 f.

terrolle. Das Verhalten unterschied sich damit von dem der Unternehmen des Ruhrbergbaus, die sich zunächst zögerlich verhielten und in Urbans Ausführungen immer wieder als Vergleichspunkt dienen. Nicht zuletzt lässt sich dieser Unterschied durch die »spezifischen Betriebsverhältnisse« der Branche erklären, denn im Gegensatz zum Untertagebau ließ sich ein Kolonneneinsatz ungelerner Arbeitskräfte unter Bewachung im Tagebau wesentlich besser realisieren und – trotz hohem Mechanisierungsgrad – produktiv in den Betriebsablauf integrieren. Insofern betrachtet Urban den Braunkohlentagebau als ein »typisches Arbeitsfeld für Zwangsarbeiter«. Zugleich gehörte der mitteldeutsche Braunkohlentagebau zu den Segmenten der deutschen Wirtschaft, in denen Kriegsgefangene und ausländische Zivilarbeiter »besonders extensiv« ausgebeutet wurden. Trotz mangelhafter Ernährung wurden ab 1942 vor allem die »Ostarbeiter« zu unverzichtbaren Arbeitskräften, mit denen sich die Betriebe – besonders mit den »Ostarbeiterinnen« – schnell zufrieden zeigten. Daher führten die Unternehmen seit 1942/43 für sie umfangreiche Anlehnmaßnahmen durch.<sup>104</sup> Zwar konnten die ausländischen Arbeitskräfte die Stammkräfte nicht vollwertig ersetzen, insgesamt trugen sie aber, so Urbans Urteil, »maßgeblich zur Fördersteigerung und zur Erfüllung der Kriegsaufgaben des Braunkohlenbergbau bei.«<sup>105</sup> Im Ganzen bleibt festzuhalten, dass Urban nicht nur einen wichtigen Beitrag zum »Ausländereinsatz« im Kohlenbergbau, sondern auch zur Diskussion über NS-Zwangsarbeit insgesamt geleistet hat.

Ein interessantes Nebenergebnis sei abschließend erwähnt: Die Studie belegt noch einmal auf der Mikroebene, wie sehr das Schicksal gerade der am stärksten diskriminierten Zwangsarbeitergruppen davon abhing, in welchem Maße Behörden oder Arbeitgeber davon ausgingen, ökonomisch auf ihre Arbeitskraft angewiesen zu sein. So schoben die Bergwerksunternehmen bis ins Jahr 1942 die nicht mehr arbeitsfähigen – und damit vielfach todgeweihten – sowjetischen Kriegsgefangenen bereitwillig ins »Stalag« (Stammlager) ab, um sich ihrer einfach zu entledigen. Von dieser Praxis kamen sie jedoch in dem Maße ab, in dem sich die Arbeitskräfteknappheit verschärfte und Ersatz nicht mehr ohne Weiteres zu beschaffen war. Diese Entwicklung spiegelt gewissermaßen im Kleinen die Logik des Umgangs mit den sowjetischen Kriegsgefangenen durch Reichs- und Militärführung im Großen. Dass die Behandlung der Zwangsarbeiter wesentlich vom Kriegsverlauf abhing, zeigt sich auch in anderen Fällen. So spiegelte die strafrechtliche Behandlung polnischer Zwangsarbeiter, wie Andrea Renner-Pallat dargelegt hat, den Kriegsverlauf dergestalt wider, dass Polen in der Phase der Sieges euphorie »besonders schikaniert« wurden, während man sie ab 1943 etwas besser behandelte.<sup>106</sup>

#### *Zwangsarbeiterschicksale: Die erfahrungsgeschichtliche Perspektive*

Die erfahrungsgeschichtliche Dimension hat in der Forschung zur NS-Zwangsarbeit in den vergangenen Jahren kontinuierlich an Bedeutung gewonnen. Hierfür lassen sich vor allem drei Gründe anführen. Zum einen ist die Entwicklung Teil eines allgemeinen historiografischen Trends hin zur stärkeren Betonung der Subjektivität. Im Rahmen der NS-Forschung manifestiert sich dieser Trend vor allem in dem gesteigerten Bemühen, die Perspektive der Opfer stärker zu berücksichtigen und ihre Stimmen selbst sprechen lassen. Methodisch ist hier vor allem die seit Ende der 1970er Jahren entwickelte Strategie der Oral History grundlegend, die in der Bundesrepublik in den 1980er Jahren von der Alltagsgeschichte aufgegriffen und im Rahmen erster großer, auf lebensgeschichtlichen Interviews mit Zeitzeugen basierenden Projekte angewandt wurde.

<sup>104</sup> Ebd., S. 323.

<sup>105</sup> Ebd., S. 347.

<sup>106</sup> Andrea Renner-Palat, Die rechtliche Lage und die strafrechtliche Behandlung der polnischen Zwangsarbeiter im Dritten Reich 1939–1945, in: Dahlmann/Kotowski/Schloßmacher, Zwangsarbeiterforschung, S. 33–62, hier: S. 61.

Zum anderen ist die Entwicklung – speziell im Rahmen der Zwangsarbeiterforschung – als eine Gegenbewegung zu der anfangs vorherrschenden Art der historischen Aufarbeitung zu verstehen, bei der es primär um die Ermittlung von Fakten, Zahlen und Abläufen ging, um die Rekonstruktion von Organisation, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten und um den Nachweis des spezifisch nationalsozialistischen Verbrechenscharakters. Diese Anliegen waren berechtigt und eminent wichtig. Beschränkt man sich allerdings auf eine solche Perspektive ›von oben‹, läuft man Gefahr, Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter nur als passive Opfer aufzufassen, nicht jedoch als handelnde Akteure, die ihr Schicksal – in welchem begrenztem Rahmen auch immer – mitgestalteten. Im Extremfall wird so ihre historische Opferrolle gewissermaßen historiografisch reproduziert. Die Perspektive ›von unten‹ erfüllt somit eine wesentliche Funktion, denn sie einzunehmen bedeutet, ausländische Arbeitskräfte im ›Dritten Reich‹ als denkende und handelnde Subjekte zu begreifen und als historische Akteure ernst zu nehmen.

Hinzu kommt als dritter Punkt, dass viele Quellen, aus denen sich die Perspektive und Erfahrung der ausländischen Arbeitskräfte rekonstruieren und darstellen lässt, erst auf das Entschädigungsverfahren und die es begleitende Mobilisierung der letzten Jahre direkt oder indirekt zurückgehen: Sei es, dass sie in diesem Zusammenhang systematisch erschlossen, durch das Verfahren direkt generiert (so im Fall schriftlicher Berichte ehemaliger »Fremdarbeiter« zum Nachweis ihrer Zwangsarbeit in Deutschland) oder indirekt angestoßen und ermöglicht wurden (durch die Herstellung von Kontakten zu ehemaligen Zwangsarbeitern, die Stärkung lokaler Initiativen oder die finanziellen Mittel, die die Stiftung EVZ und ihre Partnerorganisationen für die Sammlung von Erinnerungsberichten und das Durchführen von Interviews zur Verfügung hatten).

Die Konjunktur der erfahrungsgeschichtlichen Perspektive lässt sich bereits an den Lokalstudien festmachen, von denen heute kaum noch eine ohne die Befragung von Zeitzeugen oder zumindest das Zitieren aus schriftlichen Erfahrungsberichten ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter auskommt.<sup>107</sup> Sie wird aber auch deutlich an der Zahl der größeren und kleineren Oral History-Projekte und der in den letzten Jahren veröffentlichten Erinnerungsberichte und Zeitzeugeninterviews. Auf vier Publikationen dieser Art soll im Folgenden eingegangen werden.

Der Band »Geraubte Leben. Zwangsarbeiter berichten« wurde von der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« herausgegeben und macht 35 Erinnerungsberichte ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in deutscher Sprache der Öffentlichkeit zugänglich.<sup>108</sup> Die im August 2000 per Bundesgesetz eingerichtete Stiftung zahlte zwischen Juni 2001 und Juni 2007 an 1,66 Millionen Personen 4,36 Milliarden Euro aus und widmet sich seither der Aufgabe, die Erinnerung an die NS-Zwangsarbeit wach zu halten. Die Bearbeitung der Anträge selbst wurde von den Partnerorganisationen der Stiftung in Polen, Tschechien, der Ukraine, Weißrussland und Russland sowie von der Jewish Claims Conference in Frankfurt, Tel Aviv und New York und der International Organisation for Migration (IOM) in Genf geleistet. Gemäß dem Stiftungsgesetz sollte ferner eine Summe von 700 Millionen DM in einen Fonds zur Förderung von Projekten zum Thema »Zwangsarbeit« fließen.<sup>109</sup>

107 Vgl. etwa Haller, »Ausländereinsatz«; Lüder, Arbeiten für Groß-Deutschland; Julia Hildt, Zwangsarbeiterinnen, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene aus der Sowjetunion in Bonn, in: Dahlmann/Kotowski/Schloßmacher, Zwangsarbeiterforschung, S. 193–214; Jolanta Altmann-Radwanska, Polnische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in Bonn während des Zweiten Weltkrieges. Beschäftigungsbereiche, Arbeitsleistung und Behandlung, in: ebd., S. 215–229.

108 Geraubte Leben. Zwangsarbeiter berichten, hrsg. von der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«, bearb. von Kathrin Janka, Böhlau Verlag, Köln/Weimar etc. 2008, 357 S., geb., 22,90 €.

109 Vgl. Michael Jansen/Günter Saathoff (Hrsg.), »Gemeinsame Verantwortung und moralische Pflicht«. Abschlussbericht zu den Auszahlungsprogrammen der Stiftung »Erinnerung, Verant-

Die im vorliegenden Band edierten Berichte wurden nicht im Hinblick auf eine Veröffentlichung geschrieben, sondern sind im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Entschädigungsverfahren entstanden. So wurden die Antragsteller in den Formularen aufgefordert, ihr Verfolgungsschicksal darzulegen – eine Schilderung, die in vielen Fällen mangels erhaltener Dokumente den wichtigsten, wenn nicht einzigen ›Beweis‹ für die Berechtigung ihres Anspruchs darstellte. Nach Abschluss des Entschädigungsverfahrens wurden (beziehungsweise werden) die im Laufe der Antragstellung zusammengetragenen Dokumentationen von den Partnerorganisationen an die jeweiligen nationalen Archive übergeben. Da sie dort aus Datenschutzgründen oft nicht zugänglich sind, sei der Wunsch entstanden, diese zumindest in Ausschnitten der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, so Günther Saathoff, Vorstand der Stiftung EVZ, in seinem Vorwort.<sup>110</sup>

Entsprechend sind die abgedruckten Erinnerungsberichte, jeweils mit einer Kurzbiografie eingeleitet und durch Fotografien und Dokumente ergänzt, maßgeblich vom Kontext der Antragstellung geprägt. Sie stellen eine Mischung aus »beweisführender Darlegung historischer Fakten, Dialog und Erinnerungsarbeit dar.«<sup>111</sup> Diesen besonderen Entstehungskontext, auf den Kathrin Janka in einem ausführlichen Nachwort hinweist, gilt es bei der Interpretation und der Arbeit mit den Texten zu berücksichtigen. Was die Vielfalt der Erinnerungsberichte betrifft, ergibt sich aus dem Entstehungskontext leider eine Beschränkung auf die nach dem Stiftungsgesetz anspruchsberechtigten Opfergruppen. Nicht vertreten sind folglich Berichte von Zivilarbeitern aus Westeuropa, von sowjetischen und anderen Kriegsgefangenen und italienischen Militärinternierten. Der Auswahl der Berichte durch die Redaktionsgruppe lag ein Kriterienkatalog zugrunde, der das Verhältnis Männer/Frauen und Heimkehrer/Emigranten ebenso berücksichtigte wie »bestimmte Tatsachen oder Konstellationen«, die sich im Rahmen der Arbeit mit den Anträgen als »besonders wichtig, häufig oder charakteristisch« erwiesen hatten. Letztlich trat dieser jedoch gegenüber dem Kriterium der Aussagekraft der Berichte in den Hintergrund.<sup>112</sup> Eine »Editorische Bemerkung« und ein Register runden den Band ab.

Um einen anderen Typ von Egodokumenten geht es im zweiten hier zu besprechenden Band. Das Buch »Hitlers Sklaven« dokumentiert ein internationales Interviewprojekt, das in den Jahren 2005 und 2006 unter der Leitung von Alexander von Plato und dem Historischen Institut der Fernuniversität Hagen durchgeführt wurde.<sup>113</sup> Maßgeblich beteiligt waren außerdem die als Mitherausgeber fungierenden Almut Leh, unter anderem Organisationsleiterin der International Oral History Association, und Christoph Thonfeld, zum Zeitpunkt des Erscheinens des Bandes Postdoktorand am DFG-Graduiertenkolleg »Sklaverei – Knechtschaft und Frondienst – Zwangsarbeit« der Universität Trier. In Kooperation mit 32 Institutionen – universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ebenso wie Museen, Nichtregierungsorganisationen und Filmfirmen – wurden im Rahmen dieses Großprojekts 582 lebensgeschichtliche Interviews mit 590 Gesprächspartnern in 27 Ländern durchgeführt. Besonders begrüßenswert ist, dass die Auswahl der Gesprächspartner nicht nach den Vergaberichtlinien der Stiftung EVZ erfolgte, sondern auch nicht-

wortung und Zukunft«, Göttingen 2007; außerdem die Internetseite der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«, URL: <<http://www.stiftung-evz.de/>> [2.8.2010]; sowie Günther Saathoff, Vorwort, in: *Geraubte Leben*, S. 11–13; ders., Vorwort des Vorstandes der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«, in: *Alexander von Plato/Almut Leh/Christoph Thonfeld* (Hrsg.), *Hitlers Sklaven. Lebensgeschichtliche Analysen zur Zwangsarbeit im internationalen Vergleich*, Böhlau Verlag, Wien/Köln etc. 2008, 498 S., geb., 59,00 €, S. 5–7.

110 Saathoff, Vorwort, in: *Geraubte Leben*, S. 11 f.

111 Kathrin Janka, Nachwort: Zur Zusammenstellung und historischen Einordnung der Erinnerungsberichte, in: *Geraubte Leben*, S. 327–347, hier: S. 339.

112 Ebd., S. 340–342.

113 Von Plato/Leh/Thonfeld, *Hitlers Sklaven*.

anspruchsberechtigte Gruppen berücksichtigt wurden, also etwa westeuropäische Zwangsarbeiter, sowjetische Kriegsgefangene und italienische Militärinternierte. Ziel war, die Vielfalt der Zwangsarbeit im Nationalsozialismus einzufangen. Sämtliche Interviews wurden dabei als Audioquellen festgehalten, ein Viertel der Befragungen auch auf Video. Zu jeder Befragung wurden ferner ein Interviewprotokoll, ein Datenbogen und eine Kurzbiografie angelegt und Dokumente und Fotos gesammelt. Sämtliche Materialien werden in einem einheitlichen Bestand zusammengeführt. Darüber hinaus werden die Interviews derzeit unter dem Titel »Zwangsarbeit 1939–1945. Erinnerungen und Geschichte« in Kooperation mit der Freien Universität Berlin auf einer Online-Plattform zugänglich gemacht.

Der knapp 500-seitige Band »Hitlers Sklaven«, ebenso wie das gesamte Interviewprojekt finanziert von der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«, ist indes keine Quellenedition; vielmehr beschreibt und erklärt er ausführlich das Gesamtprojekt und dient somit als Anleitung und Schlüssel zur Auswertung der Interviews. Der Einleitung der Herausgeber folgen 28 »Länderberichte« (zu insgesamt 20 Ländern, wobei in manchen Ländern mehrere Projektgruppen arbeiteten), die die politisch-militärische Vorgeschichte der Besetzung durch deutsche Truppen und/oder der Zwangsarbeit darlegen, die Interviewpartner beschreiben und der Frage nachgehen, wie sich Besetzung und Zwangsarbeit jeweils auf die nationale Erinnerungskultur auswirkten. Vertreten sind hier Länder und Personengruppen, über die man in Sammelbänden zur NS-Zwangsarbeit üblicherweise nur selten etwas lesen kann, etwa Spanien, Slowenien, Kroatien und Litauen, die polnischen wie auch die bosnischen Roma. Die Berichte variieren nach Länge, Schwerpunktsetzung und Qualität; in jedem Fall sind sie aber für die Einordnung und Interpretation der Interviews hilfreich – nicht zuletzt, weil sie von den Interviewern selbst verfasst worden sind und damit Einblicke in die Gedankenwelt der Fragesteller geben. In einem anschließenden, kürzeren Teil werden länderübergreifend beziehungsweise international vergleichend die national geprägten Erinnerungskulturen und die jeweilige Rolle von Zwangs- und Sklavenarbeit behandelt. Der Anhang umfasst die Interview-Richtlinien, eine Chronik der Zwangsarbeit im »Dritten Reich« und der Entschädigung, eine Bibliografie sowie eine Übersicht der Interviewpartner und -partnerinnen.

Im Vergleich zu diesem Mammutprojekt, das nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ in Bezug auf Dokumentation und Aufbereitung wohl einzigartig ist, nehmen sich die beiden weiteren an dieser Stelle zu besprechenden Quellenpublikationen vom Umfang her bescheiden aus. Sie sind gleichwohl lesenswert. Es handelt sich um die Bände 9 und 11 der Reihe »Historische Notate«, die von der Historischen Kommunikation der Volkswagen AG herausgegeben wird.

Den Kern des Bandes »Abfahrt ins Ungewisse« bilden die Erinnerungsberichte dreier ehemaliger polnischer Zwangsarbeiter, Julian Banaś, Stanisław Latacz und Stefan Żurawicz, die im Jahr 1942 aus dem Generalgouvernement verschleppt wurden und bis 1945 im Volkswagenwerk und in einem Verlagerungsbetrieb in Neudek bei Karlsbad arbeiten mussten.<sup>114</sup> Eingeleitet werden die Berichte durch einen Beitrag von Dirk Schlinkert, der in den historischen Kontext einführt (mit Informationen zu den polnischen Zwangsarbeitern im Deutschen Reich und im Volkswagenwerk sowie zu den Ausweichbetrieben Eschershausen und Neudek), die »Mechanismen des Erinnerns« thematisiert und einige Angaben zur Entstehungsgeschichte der drei Berichte macht. So bestanden Kontakt und Austausch mit deutschen Historikern seit Mitte der 1980er Jahre; die im Zuge dessen ausgefüllten Fragebögen wurden durch einen oder mehrere ausführliche schriftliche Berichte

114 Julian Banaś/Stanisław Latacz/Stefan Żurawicz, *Abfahrt ins Ungewisse*. Drei Polen berichten über ihre Zeit als Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk von Herbst 1942 bis Sommer 1945 (Historische Notate, H. 9), hrsg. für die Historische Kommunikation der Volkswagen AG von Manfred Grieger/Ulrike Gutzmann/Dirk Schlinkert, Volkswagen AG, Wolfsburg 2004, 109 S., kart., 9,90 €.

und/oder ein bis zwei Interviews ergänzt. Bei zwei der drei abgedruckten »Erinnerungsberichte« handelt es sich entsprechend nicht um Texte aus einem Guss, sondern um Kompilationen. Wie genau diese sich im Einzelnen zusammensetzen, wird im edierten Text selbst allerdings nicht deutlich – hier hätte man sich mehr Klarheit seitens des Herausgebers gewünscht. Jedem Bericht wurde eine Kurzbiografie des Autors vorangestellt. Im Vordergrund der Zeugnisse der drei ehemaligen Zwangsarbeiter stehen Hunger, Diskriminierung und die alltäglichen Schikanierungen durch die Wachmannschaften. Das Verhältnis zu den Deutschen im Betrieb wird als ambivalent dargestellt: Einerseits wissen die Zeitzeugen von Sympathie und Menschlichkeit zu berichten, vor allem wenn es sich um direkte Vorgesetzte handelte, zu denen unmittelbarer Kontakt bestand, andererseits von Gewalt, Willkür und Brutalität – einer Erfahrung, die letztlich in den Berichten überwiegt.<sup>115</sup>

Der Band »Überleben in Angst«<sup>116</sup> enthält vier autobiografische Berichte von Juden, die in den Jahren 1943 bis 1945 im Volkswagenwerk unter völlig unterschiedlichen Vorzeichen arbeiteten. Während Moshe Shen und Julia Weiss (heute Julie Nicholson) 1944 aus Ungarn nach Auschwitz deportiert und von dort als jüdische KZ-Häftlinge zur Zwangsarbeit zu verschiedenen Volkswagen-Standorten gebracht wurden, konnten Sara Frenkel und Sally Perel unter Vorspiegelung einer falschen Identität (als polnische Katholikin beziehungsweise als Volksdeutscher) das Schlimmste abwenden und in einer vergleichsweise privilegierten Position im Volkswagenwerk arbeiten (als Krankenschwester auf der Krankenstation beziehungsweise als Werkzeugmacher). Die Berichte beruhen auf Interviews, die mit den Zeitzeugen in den Jahren 2004 und 2005 geführt wurden (von wem, erfährt der Leser nicht). Ähnlich wie im zuvor besprochenen Band wurde den Berichten jeweils eine Kurzbiografie vorangestellt; ganz am Anfang des Bandes steht eine historische Einführung aus der Feder von Susanne Urban.

### *Häftlingsarbeit*

Erkenntnisse über den Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen sind in den vergangenen Jahren durch das Zusammenwirken dreier Forschungsstränge gewonnen worden: der Konzentrationslagerforschung, der unternehmensgeschichtlichen Forschung sowie der sozial-, alltags- und lokalgeschichtlichen Forschung zum Nationalsozialismus.

Die Arbeit von KZ-Häftlingen ist bisher nur für die Hauptlager der großen KZ-Komplexe systematisch untersucht. Der Arbeitseinsatz fand aber vorwiegend in den während der letzten Kriegsphase weit verzweigten Netzen der Außen- und Nebenlager statt, deren Erforschung seit langem ein Desiderat darstellt und erst vor wenigen Jahren begonnen hat.<sup>117</sup> Im Folgenden soll ein Blick auf zwei Arbeiten geworfen werden, die sich exklusiv mit den Arbeitskommandos außerhalb der Hauptlager befassen, sich dabei aber nicht – wie die meisten anderen Untersuchungen – auf einen einzelnen Fall beschränken: die Dissertationsschriften von Karola Fings über die SS-Baubrigaden<sup>118</sup> und von Marc Buggeln über das Außenlagersystem des KZ Neuengamme.<sup>119</sup>

Zwischen 1942 und 1945 existierten fünf SS-Baubrigaden und acht SS-Eisenbahnbaubrigaden mit insgesamt 20.000 Häftlingen. Aufgestellt für Aufräumarbeiten nach Flieger-

115 Ebd., S. 40–43 und 87–89.

116 *Moshe Shen/Julie Nicholson/Sara Frenkel* u. a., *Überleben in Angst. Vier Juden berichten über ihre Zeit im Volkswagenwerk in den Jahren 1943–1945* (Historische Notate, H. 11), hrsg. für die Historische Kommunikation der Volkswagen AG von *Manfred Grieger/Ulrike Gutzmann/Dirk Schlinkert*, Volkswagen AG, Wolfsburg 2005, 98 S., kart., 8,90 €.

117 Vgl. hierzu den Forschungsbericht von *Karin Orth*, *Die Historiografie der Konzentrationslager und die neuere KZ-Forschung*, in: *AfS* 47, 2007, S. 579–598.

118 *Fings*, *Krieg, Gesellschaft und KZ*.

119 *Marc Buggeln*, *Arbeit & Gewalt. Das Außenlagersystem des KZ Neuengamme*, Wallstein, Göttingen 2009, 750 S., geb., 77,90 €.

angriffen auf Großstädte, markierten sie den Beginn der Ausweitung des Konzentrationslagersystems und bedeuteten im Altreich den frühesten Masseneinsatz von KZ-Häftlingen im öffentlichen Raum. Zugleich handelte es sich um die für eine breitere Öffentlichkeit sichtbarsten KZ-Außenlager. Fings' Hauptinteresse gilt der Frage nach der »Akzeptanz der Umgebungsgesellschaft für das KZ-System sowie nach den Wechselwirkungen zwischen Lager- und Umgebungsgesellschaft«.<sup>120</sup>

Das Konzept der Baubrigaden wurde im Frühjahr 1942 von Hans Kammler, dem obersten Bauherrn der SS, als Teil einer mit dem Rüstungsministerium koordinierten Erweiterung des SS-Bauwesens nicht zuletzt im Hinblick auf die Zeit nach dem »Endsieg« entworfen. Die Entsendung von KZ-Häftlingen in die Städte im Herbst 1942 erfolgte dann jedoch als »Form der Krisenintervention« im Bombenkrieg in enger Zusammenarbeit mit Albert Speer.<sup>121</sup> Erste Einsatzorte waren Düsseldorf, Duisburg, Bremen, Osnabrück, Köln und Essen, 1943/44 kamen Wilhelmshaven, Wuppertal, Hamburg und Berlin hinzu. Seit 1943 wurden Baubrigaden auch bei Industrieverlagerungen, zu Befestigungsarbeiten auf der besetzten britischen Kanalinsel Alderney, 1944 auch in Nordfrankreich zum Bau von Abschussrampen für die V-Waffen herangezogen.

Fings betrachtet Unterstellungsverhältnisse, Lagerführung und Wachmannschaften ebenso wie den von erdrückendem Arbeitsterror gekennzeichneten Arbeitseinsatz. Gemessen an Arbeitsleistung und Resonanz seitens der Kommunen waren die Baubrigaden ein großer »Erfolg«, mit dessen Ausmaß selbst das Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt der SS nicht gerechnet hatte. Die Stadtverwaltungen, die erheblich von der Arbeit der Baubrigaden profitierten, setzten allenthalben eine Verlängerung des Einsatzes auf meist ein- bis eineinhalb Jahre durch, so dass aus dem geplanten Provisorium die ersten KZ-Außenlager entstanden.

Das Kernstück der Arbeit ist das vierte Kapitel, in dem Fings das Verhältnis von Lager- und Umgebungsgesellschaft analysiert. Ausgehend von der Feststellung höchst unterschiedlicher Todesraten wird mittels eines Vergleichs der verschiedenen Standorte untersucht, von welchen Faktoren die Überlebenschancen der Häftlinge abhingen. Dabei erweisen sich zwei Faktoren als ausschlaggebend: die Persönlichkeit des Lagerkommandanten und die Initiative der Häftlinge selbst. Die Gegenwehr insbesondere kommunistischer Häftlinge führte nicht zum »Opfertausch«, sondern zu einer signifikanten Verbesserung der Überlebenschancen aller Häftlinge. Damit leistet Fings auch einen Beitrag zur Debatte um die Rolle der »Roten Kapos«.<sup>122</sup> Die Grundhaltung der Mehrheitsbevölkerung den KZ-Häftlingen gegenüber war geprägt von einer »starken Ablehnung« und teils »offener Feindschaft«.<sup>123</sup> Dies führt die Autorin zu dem Schluss, dass die »Umgebungsgesellschaft den Bestand des KZ-Systems zu keiner Zeit gefährdet, sondern stabilisiert hat«.<sup>124</sup>

Die Untersuchung demonstriert, dass die Funktionsfähigkeit der Konzentrationslager auch unter der Bedingung kleiner Außenlager und -kommandos und unter den Augen der Öffentlichkeit aufrechterhalten werden konnte. »Wie sehr die deutsche Gesellschaft einen Teil des Lagerzaunes bildete und das KZ-System zementierte«<sup>125</sup> wird besonders im Vergleich mit dem Einsatz in den besetzten Westgebieten deutlich.<sup>126</sup> »Die deutsche Ge-

120 Fings, *Krieg, Gesellschaft und KZ*, S. 13.

121 Ebd., S. 54.

122 Vgl. Lutz Niethammer (Hrsg.), *Der gesäuberte Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald*. Dokumente, Berlin 1994; sowie: *Abgeleitete Macht. Funktionshäftlinge zwischen Widerstand und Kollaboration*, hrsg. von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Bremen 1998.

123 Fings, *Krieg, Gesellschaft und KZ*, S. 147.

124 Ebd., S. 181.

125 Ebd., S. 313.

126 Vgl. zum Einsatz der Baubrigaden in den besetzten Westgebieten Abschnitt IV dieses Forschungsberichts.

sellschaft identifizierte sich mit den Tätern, nicht mit deren Opfern«, so die Autorin.<sup>127</sup> Die Schlussfolgerung, dass die Vorstellung einer statischen und hermetisch abgeschlossenen Lagergesellschaft sich als »Fiktion« erweist, kann überzeugen. Karola Fings' Buch schließt nicht nur diese Lücke der Konzentrationslagerforschung, sondern leistet auch einen wertvollen Beitrag zur Erforschung der deutschen Kriegsgesellschaft, der Rolle der Kommunen im nationalsozialistischen Herrschaftssystem und der Zwangsarbeit im Deutschen Reich und in den besetzten Westgebieten.

Marc Buggeln untersucht in seiner Dissertation unter dem Titel »Arbeit & Gewalt« den Einsatz von KZ-Häftlingen in der deutschen Kriegswirtschaft am Beispiel des Außenlagersystems des KZ Neuengamme. Dieses umfasste im Kriegsverlauf insgesamt 85 über ganz Norddeutschland verteilte Außenlager, die zumeist in unmittelbarer Umgebung wichtiger Rüstungsprojekte errichtet wurden. Etwa 40.000 der insgesamt 50.000 Häftlinge des Lagerkomplexes »Neuengamme« waren nicht im Hauptlager, sondern in einem dieser Nebenlager untergebracht, darunter 13.000 Frauen. In seiner Untersuchung geht Buggeln zentralen Fragen der KZ-Forschung nach: Galt das Prinzip »Vernichtung durch Arbeit« für den Arbeitseinsatz sämtlicher Häftlinge oder kam es auf lokale, möglicherweise auch zufällige Faktoren an? Gab es zwischen SS und Unternehmern Interessenüberschneidungen oder waren ihre Interessen einander diametral entgegengesetzt? Sind die Motive mit den Eckpunkten »Vernichtung und Arbeit« adäquat beschrieben?<sup>128</sup>

Das Außenlagersystem entstand zwar in der zweiten Kriegshälfte, größere wirtschaftliche Bedeutung erlangte es allerdings erst im letzten Kriegsjahr; damit gehört es zu einer Phase, die durch die »Kombination eines sich dem Ende zuneigenden Rüstungszyklus und eines ideologisch extrem hochgerüsteten Freund-Feind-Schemas des bereits im Untergang befindlichen NS-Regimes« gekennzeichnet war.<sup>129</sup> In dem Maße, wie die Mobilisierung ziviler Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener schwieriger beziehungsweise unmöglich wurde, stellten die »KZ-Sklavenarbeiter« ab Frühjahr 1944 das letzte Aufgebot dar. Ideologisch begründete Feinddefinitionen waren für das KZ-System von Beginn an konstitutiv, wobei die Feindschaft gegenüber der Mehrheit der KZ-Häftlinge (politische Gefangene, Zeugen Jehovas, »Kriminelle«, »Asoziale«, Oppositionelle aus den besetzten Ländern) graduell abgestuft war mit der zumindest theoretischen Möglichkeit einer Rehabilitation. Absolut war die Feindschaft hingegen gegenüber Juden sowie Sinti und Roma, die aus Sicht der SS getötet werden *mussten*, während alle übrigen Häftlinge getötet werden *konnten*. Als von April 1944 an jüdische KZ-Häftlinge zur Sklavenarbeit in die KZ-Außenlager des Reichsgebiets gebracht wurden, setzte die SS dieses Tötungsgebot lediglich aus: Sie konnten, aber mussten nicht getötet werden. Die Feindbilder der KZ-Wachmannschaften, deren Verhalten nicht per se auf die Tötung, sondern auf die Terrorisierung der Häftlinge zielte (selbst wenn ihr Tod billigend in Kauf genommen wurde), können die zeitliche Dynamik der Gewalt und des Tötens in den Konzentrationslagern indes nicht erklären, so argumentiert Buggeln überzeugend. Diese lasse sich nur vor dem Hintergrund des Kriegsverlaufs und des Bedarfs an Rüstungsarbeitern verstehen. Damit wendet sich Buggeln gegen die Vorstellung von einer Eigendynamik des Gewalthandelns, die sich »problemlos selbst perpetuierte«. Vielmehr sei Gewalt immer sozial und historisch spezifisch, das jeweilige Gewaltniveau in den KZ-Außenlagern sei daher auch nur kontextualisiert zu verstehen.<sup>130</sup>

Bis 1942 sah die SS-Führung um Heinrich Himmler und Oswald Pohl wenig Sinn darin, gegen die hohe Mortalität in den Konzentrationslagern vorzugehen. Das utilitaristische Interesse der SS-Führung am Einsatz der Häftlinge führte dann dazu, dass die Sterblich-

127 Fings, *Krieg, Gesellschaft und KZ*, S. 313.

128 Buggeln, *Arbeit & Gewalt*, S. 12.

129 Ebd., S. 658.

130 Ebd., S. 659.

keit kurzfristig zurückging. Im Arbeitseinsatz der Häftlinge in der Kriegswirtschaft sah die SS eine Chance, an rüstungswirtschaftlichen Entscheidungsprozessen beteiligt zu werden und damit ihre Macht zu vergrößern. Hierfür war sie bereit, den Terror in den Konzentrationslagern zumindest zu begrenzen, was etwa durch die Einschränkung von Kollektivstrafen und ihre Ersetzung durch exemplarische Bestrafungen einzelner Häftlinge geschah. Dieser Kurswechsel wirkte sich auf die Sterblichkeit massiv aus: Im KZ-System Neuengamme lagen die Todesraten im Zeitraum von Oktober 1943 bis Oktober 1944 mindestens dreimal niedriger als in der vorhergehenden Phase. Anschließend nahm die Mortalität jedoch wie in den meisten übrigen KZ-Komplexen wieder rapide zu. Hierfür waren mehrere Gründe verantwortlich, vor allem aber, dass die SS ständig neue Häftlinge in die KZ-Komplexe des Reichsgebiets brachte, ohne deren Organisationsstrukturen und Versorgungssysteme zu erweitern. Parallel zum Einsetzen der kalten Jahreszeit wurden 1944 die Lebensmittelrationen noch gekürzt. Als Reaktion auf diese Entwicklung schufen SS-Führung und KZ-Kommandanten innerhalb der Konzentrationslager unproduktive »Zonen des Todes«, welche sie von den produktiven Bereichen des KZ-Systems abkoppelten. Im KZ-Komplex »Neuengamme« bildete das Hauptlager das zentrale Kranken- und Sterbelager, in das vor allem zwischen November 1944 und Januar 1945 eine große Zahl kranker Häftlinge aus den Außenlagern transportiert wurde. Dies führte zu einem sprunghaften Anstieg der Todeszahlen im Hauptlager, während sie in vielen Außenlagern im Januar 1945 sogar zurückgingen, bis der Zusammenbruch des Verkehrssystems im Februar 1945 die Transporte in die Hauptlager beendete und eine drastische Zunahme der Sterbefälle auch in den Außenlagern nach sich zog. Die »Logik des Machtausbaus und der Produktion« führte von Herbst 1944 an noch zu Versuchen, den Tod zu steuern; eine »generelle Tendenz«, den Tod aufzuhalten, gab es dagegen weder bei der SS noch in der Rüstungsindustrie, so stellt Buggeln fest.<sup>131</sup> Letztere versuchte im Frühjahr 1945 im Gegenteil, die KZ-Häftlinge an die SS zurückzugeben, um sich der Verantwortung zu entledigen.

Die Rekrutierung von KZ-Häftlingen belegt den ausgeprägten »Arbeitskräfteopportunismus« vieler Unternehmen, die nach 1941 nahmen, wen sie bekommen konnten.<sup>132</sup> Darüber hinaus zeigte sich aber auch bald, dass die gezielte Umstellung bestimmter Fertigungen auf den Einsatz von Häftlingsarbeitern zu Rationalisierungsgewinnen führte, etwa bei den Heinkel-Werken in Oranienburg. Die Erfahrung der so erreichten Produktivitätssteigerung veranlasste die Heinkel-Werke in Rostock und Wien, ebenfalls KZ-Häftlinge anzufordern.<sup>133</sup> Die sich damit eröffnenden »betriebswirtschaftlichen Optimierungsmöglichkeiten«<sup>134</sup> veranlassten auch die Manager des Flick-Konzerns zur »Mitwirkung an dem gigantischen Programm zur Verschleppung, Entrechtung und Misshandlung von Millionen Menschen«.<sup>135</sup>

#### IV. ARBEITEN FÜR DEN BESATZER – ZWANGSARBEIT IN DEN BESETZTEN GEBIETEN

Lange Zeit über richtete sich der Blick deutscher wie ausländischer Historiker fast ausschließlich auf den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte *in Deutschland*, während die (Zwangs-)Arbeit für deutsche Zwecke *außerhalb der Reichsgrenzen* kaum beachtet wur-

<sup>131</sup> Ebd., S. 661.

<sup>132</sup> Grieger, *Industrie*, S. 94.

<sup>133</sup> Lutz Budraß, Der Schritt über die Schwelle. Ernst Heinkel, das Werk Oranienburg und der Einstieg in die Beschäftigung von KZ-Häftlingen, in: Winfried Meyer/Klaus Neitmann (Hrsg.), *Zwangsarbeit während der NS-Zeit in Berlin und Brandenburg. Formen, Funktion und Rezeption*, Potsdam 2001, S. 129–162.

<sup>134</sup> Grieger, *Industrie*, S. 96.

<sup>135</sup> Priemel, *Flick*, S. 507.

de. Es ist bezeichnend, dass Dietrich Eichholtz noch in einem 1999 publizierten Aufsatz mit dem Titel »Unfreie Arbeit – Zwangsarbeit« die Zwangsarbeit in den besetzten Gebieten nicht einmal erwähnt (und das, obwohl der Sammelband in der Reihe »Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa 1939–1945« erschienen ist!).<sup>136</sup>

Zu Beginn des neuen Jahrtausends als wichtiges Desiderat erkannt und benannt<sup>137</sup>, steht die Erforschung der (Zwangs-)Arbeit, die Millionen von Menschen im besetzten Europa für deutsche Zwecke leisteten, noch am Anfang. Das gilt für die deutsche wie für die internationale Forschung<sup>138</sup>, denn auch in den während des Zweiten Weltkriegs von der Wehrmacht besetzten Ländern erwies sich bis in die jüngere Vergangenheit hinein das Interesse an diesem Kapitel der Geschichte als recht gering. Seit einigen Jahren nimmt die Zahl der Forschungsprojekte und Publikationen in diesem Bereich, wenngleich zaghaft, so doch spürbar zu. Was die deutschsprachige Forschung anbelangt, hat das Projekt »Zwangsarbeit im deutschen Kohlenbergbau« des Bochumer Instituts für soziale Bewegungen an dieser Entwicklung einen maßgeblichen Anteil.<sup>139</sup> Jüngst erschienen sind ferner – vornehmlich außerhalb Deutschlands – einige Studien zum Arbeitseinsatz bei der Organisation Todt beziehungsweise bei deutschen Befestigungsbauten in den besetzten Gebieten.<sup>140</sup>

- 136 Dietrich Eichholtz, Unfreie Arbeit – Zwangsarbeit, in: *ders.* (Hrsg.), Krieg und Wirtschaft. Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939–1945 (Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa 1939–1945, Bd. 9), Berlin 1999, S. 129–155.
- 137 Ulrich Herbert, Zwangsarbeit im »Dritten Reich«. Kenntnisstand, offene Fragen, Forschungsprobleme, in: Wilfried Reininghaus/Norbert Reimann (Hrsg.), Zwangsarbeit in Deutschland 1939–1945. Archiv- und Sammlungsgut, Topographie und Erschließungsstrategien, Bielefeld/Gütersloh 2001, S. 16–37, hier: S. 19; Mark Spoerer, Recent Findings on Forced Labor under the Nazi Regime and an Agenda for Future Research, in: *Annali dell’Istituto storico italo-germanico in Trento/Jahrbuch des italienisch-deutschen historischen Instituts in Trient* 28, 2002, S. 373–388, hier: S. 386 f.
- 138 Noch 2006 wurde sie bei der Tagung zum Stand der Zwangsarbeiterforschung in Bonn als ein »noch weitestgehend von der Forschung unerschlossenes Gebiet« bezeichnet; vgl. den Bericht von Carina Haas/Kristina Wißborn/Andreas Pascal zur Tagung »Zwangsarbeiterforschung in Deutschland«, Haus der Geschichte Bonn, 7./8. April 2006, in: *H-Soz-u-Kult*, 14.7.2006, URL: <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=1239>> [12.7.2010]; ganz ähnlich lautete das Fazit des Symposium »Rüstung, Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit im »Dritten Reich«/Armament, War Economy and Forced Labour in the Third Reich«, München, Deutsches Museum, 15./16. März 2007.
- 139 Im Rahmen dieses Projekts stehen folgende Publikationen zu den besetzten Gebieten: Tenfelde/Seidel, Zwangsarbeit im Bergwerk (vgl. darin die Beiträge zu den besetzten Gebieten); Tanja Penter, Zwangsarbeit im Donbass unter stalinistischer und nationalsozialistischer Herrschaft, 1929 bis 1953, in: Seidel/Tenfelde, Zwangsarbeit im Europa des 20. Jahrhunderts, S. 227–252; dies., Zwangsarbeit – Arbeit für den Feind. Der Donbass unter deutscher Okkupation (1941–1943), in: *GG* 31, 2005, S. 68–100; Sabine Rutar, Arbeit und Überleben in Serbien. Das Kupferbergwerk Bor im Zweiten Weltkrieg, in: ebd., S. 101–134. – Jenseits des Projekts »Zwangsarbeit im deutschen Kohlenbergbau« sind zu nennen: Sergey A. Kizima, Forced Labour of Jews on the Territory of Generalbezirk Weißruthenien, in: Heusler/Spoerer/Trischler, Rüstung, Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit, S. 253–262; Karel C. Berkhoff, Harvest of Despair. Life and Death in Ukraine under Nazi Rule, Cambridge, MA/London 2004; Dieter Ziegler (Hrsg.), Zwangsarbeit im Nationalsozialismus in den besetzten Gebieten (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2004, H. 1); für die bis 2000 erschienene Literatur vgl. Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 308–313.
- 140 Roberto Spazzali, Sotto la Todt. Affari, Servizio obbligatorio del lavoro, deportazioni nella zona d’operazioni »Litorale adriatico«, 1943–1945, Gorizia 1998; Bella Guttermann, Jews in the Service of Organisation Todt in the Occupied Soviet Territories, October 1941 – March 1942, in: *Yad Vashem Studies* 29, 2001, S. 65–107; Christian Bougeard, Les chantiers allemands du Mur de l’Atlantique, in: Bernard Garnier/Jean Quellien (Hrsg.), La main d’œuvre française exploitée par le IIIe Reich, Caen 2003, S. 185–218; Peter Gaida, Le »Mur de

Einen wichtigen Beitrag zur Zwangsarbeiterforschung wie auch zur Okkupationsforschung leistet Nathalie Piquets Dissertation, die den nordfranzösischen und belgischen Bergbau unter deutscher Besatzung untersucht und nun als Band 6 der Schriftenreihe des Projekts »Zwangsarbeit im deutschen Kohlenbergbau« publiziert vorliegt.<sup>141</sup> Die Entscheidung, die Kohlereviere Belgiens und Nordfrankreichs – genauer: der nordfranzösischen Departements »Nord« und »Pas-de-Calais« – im Rahmen einer gemeinsamen Studie zu behandeln, ist plausibel und zugleich innovativ. Wie das Nachbarland war die Region Nord/Pas-de-Calais hoch industrialisiert; insbesondere bildete sie das Zentrum der französischen Steinkohleproduktion mit einem Anteil von 60 % an der nationalen Förderung der Vorkriegszeit. Dies weckte in besonderem Maße die Begehrlichkeiten der Besatzungsmacht, die zur Fördererhöhung im nordfranzösischen und belgischen Bergbau auch sowjetische Zwangsarbeiter zum Einsatz brachte, was in den besetzten Westgebieten sonst nur bei Bauvorhaben von Wehrmacht und Organisation Todt üblich war. Darüber hinaus unterstand die Region Nord/Pas-de-Calais nicht wie das übrige besetzte Frankreich dem Militärbefehlshaber in Paris, sondern zusammen mit Belgien dem Militärbefehlshaber in Brüssel. Gleichwohl gibt es bisher kaum Studien, die Belgien und Nordfrankreich gemeinsam untersuchen, sei es als administrative Einheit oder im Stile eines kontrastierenden Vergleichs.

Geleitet wird die Untersuchung von der Frage, welchen Einfluss die deutsche Besatzung auf den nordfranzösischen und belgischen Bergbau hatte und ob sich insbesondere die »Verhältnisse zwischen Staat, Unternehmern und Arbeitern infolge direkter oder indirekter Einflussnahme der Okkupation und der Okkupanten« änderten.<sup>142</sup> Ins Blickfeld rückt damit die Interaktion von Arbeitgebern, Besatzungsbehörden und Arbeiterschaft, während thematisch die Beschäftigungspolitik und besonders der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte im Zentrum stehen.

Die Arbeit ist in vier Teile von sehr unterschiedlicher Länge gegliedert. Während der erste Teil die Entwicklung des nordfranzösischen und belgischen Steinkohlenbergbaus bis zum Zweiten Weltkrieg darstellt, werden im zweiten Teil die Grundzüge des deutschen Besatzungsregimes skizziert. Den Kern der Untersuchung bildet der dritte, bei weitem umfangreichste Teil, der sich den »Arbeitsverhältnisse(n) und Arbeitsbeziehungen im Steinkohlenbergbau« während der Besatzung widmet. Im vierten Teil geht die Autorin in Form eines Epilogs auf die Situation des Bergbaus nach der Befreiung, die Säuberungen und ihre Folgen ein. Skizziert wird hier auch der Masseneinsatz deutscher Kriegsgefangener in den nordfranzösischen und belgischen Gruben – ein Aspekt, den man sich in einer Folgeuntersuchung vertieft wünscht.

Ausführlich untersucht Piquet nicht nur die Lage der ausländischen Arbeitskräfte, sondern auch der einheimischen Bergarbeiter, wobei sie auf Arbeitszeit, Löhne, Strafsystem, Ernährung, Gesundheit und Protestverhalten eingeht. Auf die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen reagierte die Arbeiterschaft in beiden Ländern bereits

---

l'Atlantique« en Aquitaine. Maîtres d'ouvrages et travailleurs forcés au service d'Hitler, in: ebd., S. 285–306; ders., Les camps de travail de l'Organisation Todt en France 1940–1944, in: Christian Chevandier/Jean-Claude Daumas (Hrsg.), Travailler dans les entreprises sous l'Occupation, Besançon 2007, S. 235–255; Fabian Lemmes, Les conditions de travail dans les entreprises françaises du bâtiment et des travaux publics enrôlées dans l'Organisation Todt, in: ebd., S. 211–227; ders., Zwangsarbeit im besetzten Europa. Die Organisation Todt in Frankreich und Italien, 1940–1945, in: Heusler/Spoerer/Trischler, Rüstung, Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit, S. 219–252. Meine Dissertation »Arbeiten für das Reich. Die Organisation Todt in Frankreich und Italien, 1940–1945« (Europäisches Hochschulinstitut Florenz, 2009) wird derzeit für die Publikation überarbeitet.

141 Piquet, Charbon.

142 Ebd., S. 12.

1940/41 – eine Rarität im deutsch besetzten Europa – mit massiven Streiks für bessere Verpflegung und Löhne. Im Gegensatz zu den belgischen Bergwerksleitungen unterstützten die Unternehmer in der Region Nord/Pas-de-Calais die Forderungen ihrer Arbeiter nicht; vielmehr machten sie sich, wie Präfekten und Polizei, zu Komplizen einer Repression, die auch gerade deshalb wesentlich brutaler ausfiel als im Nachbarland. Diese Haltung führte Piquet zufolge in Nordfrankreich zu einer nachhaltigen Verhärtung der Fronten zwischen Arbeiterschaft und Arbeitgebern, die trotz der Verstaatlichung der Gruben 1946 bis weit in die Nachkriegszeit wirksam blieb. Das Verhalten der nordfranzösischen Bergbauunternehmer sei, so schließt die Darstellung, mit dem Begriff »Kollaboration« treffend charakterisiert. Dem ist zweifellos zuzustimmen.

Verfügten die Bergwerksunternehmer gegenüber den Belegschaften durchaus über Handlungsspielräume, hatten sie keinerlei Entscheidungsfreiheit, als die Militärverwaltung Mitte 1942 die Anlegung osteuropäischer Zwangsarbeiter gegen den Willen französischer wie belgischer Verwaltungen und Unternehmen durchsetzte. Als Vorbild dienten den Besatzungsbehörden die Erfahrungen im Ruhrbergbau, aufgrund derer der Einsatz sowjetischer Zwangsarbeiter mittlerweile als »erfolgreiches« und »exportfähiges« Beschäftigungsmodell« galt.<sup>143</sup> So waren Anfang 1943 im belgischen und nordfranzösischen Bergbau rund 16.000 Zwangsarbeiter (sowjetische und serbische Kriegsgefangene sowie ukrainische Zivilarbeiter) beschäftigt, die knapp 5 % der Belegschaften in Nordfrankreich und 2 bis 15 % in den belgischen Revieren ausmachten. Sie erreichten die Arbeitsleistung der Stammebelegschaften indes zu keiner Zeit auch nur annähernd.

Im Vergleich zu den sowjetischen Zwangsarbeitern im deutschen Bergbau waren die Überlebenschancen sowjetischer Zwangsarbeiter in Belgien und Nordfrankreich deutlich besser, obgleich das Unfallrisiko ebenso hoch war und ihre Lebensmittelsätze nominal sogar niedriger lagen. Zurückführen ist dies auf bessere Fluchtchancen, weniger mörderische Ausbeutung der Arbeitskraft und die Unterstützung durch den Widerstand und die einheimische Bevölkerung, die den Zwangsarbeitern überwiegend sympathisierend gegenüberstand. Zwar kam es auch zu gewaltsamen Übergriffen durch Belegschaftsmitglieder, aber nicht zu »exzessiven Gewalttaten« an Zwangsarbeitern<sup>144</sup>, wie sie im Ruhrbergbau belegt sind. Ein Massensterben sowjetischer Zwangsarbeiter wie im Reich blieb daher im nordfranzösischen und belgischen Bergbau aus.<sup>145</sup>

Dieser Befund führt zu einer Kardinalfrage des Zwangsarbeitereinsatzes in den besetzten Gebieten: Ging es Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, die in den okkupierten Territorien für deutsche Zwecke eingesetzt waren, besser oder schlechter als ihren Landsleuten, die im Deutschen Reich arbeiteten? Für den Fall der sowjetischen Zwangsarbeiter in Frankreich und Belgien legen Piquets Ergebnisse nahe: Es ging ihnen besser als in Deutschland. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt Karola Fings in ihrer Studie zu den SS-Baubrigaden für die in Nordfrankreich zum Bau von V-Waffen-Bunkern herangezogenen KZ-Häftlinge der Baubrigade V, die sich zu 60 % aus Sowjetbürgern, zu 30 % aus Polen und zu je 5 % aus Deutschen sowie Tschechen und Jugoslawen zusammensetzte. So scheinen beim Einsatz im besetzten Frankreich vergleichsweise weniger Baubrigadenhäftlinge gestorben zu sein als zuvor beim Einsatz im Reich. Dies führt Fings auf der Basis von Erinnerungsberichten vor allem auf die Hilfsbereitschaft der französischen Zivilbevölkerung zurück – ein Kontrast zum Verhalten der Bevölkerung im Reich, der in Augen des Wirtschafts- und Verwaltungshauptamts der SS »überdeutlich« war.<sup>146</sup> Diese Hilfsbereitschaft erklärt auch teilweise die enorme Zahl der Fluchten (insbesondere der gelunge-

143 Ebd., S. 250.

144 Ebd., S. 281.

145 Vgl. *Seidel*, Ausländerbeschäftigung.

146 *Fings*, Krieg, Gesellschaft und KZ, S. 226.

nen Fluchten), die in der Statistik des für die Baubrigade V zuständigen KZ Buchenwald herausragt.<sup>147</sup>

Auf die Frage, wie die Arbeitsbedingungen für Zwangsarbeiter in den besetzten Gebieten im Vergleich zu denen im Reich zu beurteilen sind, sowie auf die vergleichenden Aspekte der Untersuchung Piquets wird im folgenden Abschnitt zurückzukommen sein. In jedem Fall wird sie die Forschung noch weiter beschäftigen.

Relevant ist die Frage nach der Verwendung von Zwangsarbeitern in den besetzten Gebieten indes nicht nur für den Zweiten, sondern auch für den Ersten Weltkrieg. Wie von Thiel dargelegt wurden von Oktober 1917 bis zum Kriegsende im Operations- und Etappenengebiet des besetzten belgischen Territoriums Zivilisten – insgesamt 60.000 Personen – zwangsweise in »Zivil-Arbeiter-Bataillone« eingegliedert. Diese kamen im okkupierten Gebiet selbst zum Einsatz, zumeist bei Baumaßnahmen des deutschen Heeres. Diese Form des Zwangseinsatzes in den besetzten Gebieten war keinesfalls auf Belgien beschränkt, wie Thiel zu Recht anmerkt.<sup>148</sup> Bekannt ist etwa die Verschleppung von ca. 20.000 Zivilisten aus der Umgebung von Lille an Ostern 1916. Diese wurden von deutschen Soldaten bei Razzien aufgegriffen und zu Erntearbeiten in der weiteren Umgebung ihrer Wohnorte eingesetzt. Zwangsrekrutierungen für Zivil-Arbeiter-Bataillone gab es im Ersten Weltkrieg aber auch auf dem östlichen Kriegsschauplatz, etwa im Bereich des deutschen Oberbefehlshabers Ost. Auch das mit dem Deutschen Reich verbündete Bulgarien setzte in den okkupierten Gebieten Vardar-Makedoniens Zwangsarbeiter ein. Im Gegensatz zum Zwangseinsatz der Belgier erregten die Vorgänge jedoch keine internationale Aufmerksamkeit geschweige denn Proteste.

#### V. ZWANGSARBEIT IM 20. JAHRHUNDERT: NICHTDEUTSCHE KONTEXTE UND VERGLEICHENDE PERSPEKTIVEN

Angesichts des inzwischen fortgeschrittenen Kenntnisstands zum nationalsozialistischen »Ausländereinsatz« gewinnen zunehmend inhaltliche, methodische und konzeptionelle Fragen an Bedeutung, die eine breitere Diskussion und vergleichende Einordnung der NS-Zwangsarbeit innerhalb der Geschichte des 20. Jahrhunderts ermöglichen. Dabei bedeutet Vergleich nicht Gleichsetzung – dies sei vorab betont, um jedwedes Missverständnis zu vermeiden. Zugleich richtet sich der Blick stärker auch auf Zwangsarbeitssituationen und -systeme jenseits der NS-Zwangsarbeit, von denen viele bisher unzureichend oder fast überhaupt nicht untersucht sind. Forschungsbedarf gibt es etwa im Hinblick auf die Rolle von Zwangsarbeit in der stalinschen Sowjetunion, auch wenn insbesondere der GULAG historiografisch kein unbeschriebenes Blatt ist. Zu den Zwangsarbeitslagern des Vichy-Regimes für internierte Ausländer hat vor kurzem Peter Gaida eine Dissertation vorgelegt.<sup>149</sup> Auch die Beschäftigung chinesischer Zivilarbeiter durch die britische und die französische Armee im Ersten Weltkrieg hat jüngst das Interesse der Forschung geweckt.<sup>150</sup> Ver-

147 Ebd., S. 220–228.

148 Thiel, Menschenbassin Belgien, S. 32–34.

149 Peter Gaida, *Camps de travail sous Vichy. Les »Groupes de travailleurs étrangers« (GTE) en France et en Afrique du Nord 1940–1944*, Diss., Universität Bremen/Universität Paris I (Cotutelle), 2008; zu den Internierungslagern Vichys allgemein vgl. Christian Eggers, *Die Internierungslager des Vichy-Regimes. Anspruch und Wirklichkeit eines politischen Programms*, in: Johannes Houwink ten Cate/Gerhard Otto (Hrsg.), *Das organisierte Chaos. »Ämterdarwinismus« und »Gesinnungsethik«*. Determinanten nationalsozialistischer Besatzungsherrschaft, Berlin 1999, S. 231–277; Denis Peschanski, *La France des camps. L'internement, 1938–1946*, Paris 2002.

150 Vgl. oben, Anm. 10.

gleichsweise wenig wissen wir dagegen – insbesondere hierzulande – über die Millionen Menschen, die während des Zweiten Weltkriegs von der japanischen Besatzungsmacht im asiatischen Raum zur Zwangsarbeit eingesetzt wurden.<sup>151</sup> Wenig bekannt ist auch über die Lager in Ostmitteleuropa in der Zeit zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der kommunistischen Machtübernahme – Lager, die immer auch Arbeitslager waren. Für die Tschechoslowakei, genauer: die böhmischen Länder, wird diese Lücke teilweise geschlossen durch eine akribische Studie des tschechischen Historikers Tomáš Staněk, die nun auch in deutscher Übersetzung vorliegt.

Bei Tomáš Staněks Buch »Internierung und Zwangsarbeit«<sup>152</sup> handelt es sich um die Übersetzung einer Untersuchung, die bereits 1996 in tschechischer Sprache erschienen ist.<sup>153</sup> Für die deutsche Fassung wurde sie vom Autor leicht ergänzt und aktualisiert und um eine Einführung von Andreas R. Hofmann mit dem Titel »Das mitteleuropäische Jahrhundert der Lager« erweitert. Die auf der Grundlage einer großen Masse von Akten aus tschechischen Archiven erstellte, weitgehend deskriptive Studie befasst sich mit dem System der Sammel-, Internierungs- und Arbeitslager von 1945 bis 1948, wobei der Schwerpunkt auf der Formierungsphase des Jahres 1945 liegt. Das nach Kriegsende in der Tschechoslowakischen Republik chaotisch entstehende Lagersystem hatte eine nationalitätenpolitische, eine justizielle und eine ökonomische Funktion: Erstens diente es der Sammlung der deutsch- und ungarischsprachigen Bevölkerung zur Vorbereitung ihrer Abschiebung, zweitens der Internierung mutmaßlicher Kriegsverbrecher, Verräter und Kollaborateure, die vor außerordentliche Volksgerichte gestellt werden sollten, und drittens der Unterbringung der arbeitspflichtigen Personen, die außerhalb ihres Wohnorts zur Arbeit eingesetzt wurden.

Um die deutsche Minderheit angesichts des notwendigen wirtschaftlichen Wiederaufbaus bis zu ihrer Abschiebung in größtmöglichem Umfang zur Arbeit einzusetzen, wurden im Sommer 1945 regional und lokal unterschiedliche Arbeitspflichtregelungen für die deutsche Bevölkerung eingeführt. Der Einsatz konnte prinzipiell überall im Land erfolgen; wer nicht in der Nähe des Wohnorts zum Einsatz kam, wurde in Lagern untergebracht. Die Entwicklung verlief vielfach chaotisch, zudem gaben die Zentralbehörden nur Rahmenbestimmungen vor, was den lokalen Stellen und Arbeitgebern breite Handlungsspielräume ließ, etwa beim Entgelt, bei der Arbeitszeit oder bei Disziplinarstrafen. Der Arbeitseinsatz steht nicht im Mittelpunkt von Staněks Untersuchung, weshalb das Thema recht knapp abgehandelt wird und die Arbeits- und Lebensbedingungen nur angedeutet werden. Was jedoch deutlich wird, ist eine große Bandbreite unterschiedlicher Realitäten, die von einer bloßen Arbeitspflicht unter ortsüblicher Entlohnung und weitgehend normalen Lebensbedingungen bis hin zu schwerer, nahezu unentgeltlicher Zwangsarbeit unter widrigsten Lagerbedingungen, schlechter Ernährung, miserablen sanitären Verhältnissen und gewaltsamen Übergriffen durch Wachpersonal oder Betriebsangehörige reichten.<sup>154</sup> Vertiefende Untersuchungen wären hier wünschenswert, die dann auch als Grundlage für Vergleiche dienen könnten.

Vergleiche sind im Rahmen der Zwangsarbeiterforschung im Zeitalter der Weltkriege in unterschiedlicher Form denkbar und möglich. Verglichen werden kann in zeitlicher Hinsicht synchron oder diachron, wobei im zweiten Fall der Vergleich zwischen Erstem

151 Vgl. mit weiterführenden Literaturangaben *Mark Spoerer*, Zwangsarbeitssysteme im Vergleich: Deutschland und Japan im Ersten und Zweiten Weltkrieg, in: *Seidel/Tenfelde*, Zwangsarbeit im Europa des 20. Jahrhunderts, S. 187–226.

152 *Tomáš Staněk*, Internierung und Zwangsarbeit. Das Lagersystem in den böhmischen Ländern 1945–1948, Oldenbourg, München 2007, 390 S., geb., 39,80 €.

153 *Tomáš Staněk*, Tábory v českých zemích 1945–1948 [Die Lager in den böhmischen Ländern 1945–1948], Šenov u Ostravy 1996.

154 *Staněk*, Internierung und Zwangsarbeit, S. 99–110.

und Zweitem Weltkrieg besonders naheliegend ist. In geografischer Hinsicht lassen sich drei Hauptformen des Vergleichs von Zwangsarbeitssystemen, -regimes oder -situationen unterscheiden:

1. Vergleiche zwischen dem Einsatz auf dem Staatsgebiet der Besatzungsmacht und dem Einsatz im besetzten Gebiet (etwa ein Vergleich zwischen dem Einsatz polnischer Kriegsgefangener im Deutschen Reich und bei der Organisation Todt in Norwegen während des Zweiten Weltkriegs);
2. Vergleiche zwischen verschiedenen besetzten Gebieten;
3. Vergleiche zwischen unterschiedlichen Staaten, die ausländische Arbeitskräfte beziehungsweise Zwangsarbeiter eingesetzt haben (zum Beispiel zwischen der Ausländerbeschäftigung in Deutschland und Frankreich während des Ersten Weltkriegs oder zwischen der Zwangsarbeit für das nationalsozialistische Deutschland und für Japan im Zweiten Weltkrieg).

Insbesondere bei mehr als zwei Vergleichsfällen sind selbstverständlich auch Kombinationen dieser drei Hauptformen möglich. Vergleiche sind überdies mit Formen kolonialer Zwangsarbeit sowie mit anderen Formen unfreier Arbeit und Sklaverei möglich und potenziell fruchtbar.<sup>155</sup>

Ein Beispiel für den zweiten Fall – den Vergleich zweier von derselben Besatzungsmacht okkupierter Territorien – stellt die bereits angesprochene Untersuchung Nathalie Piquets zum Kohlenbergbau in Belgien und Nordfrankreich dar.<sup>156</sup> In der kontrastiven Gegenüberstellung der beiden Besatzungskontexte zeigt sich, dass die deutsche Politik in den beiden Kohlerevieren zu höchst unterschiedlichen Ergebnissen führte. Trotz identischer deutscher Ausbeutungsstrategie, die auf einer Steigerung der Förderung durch extensive Ausnutzung der Arbeitskräfte unter weitgehendem Verzicht auf Modernisierung beruhte, brach die Förderung in Belgien um etwa 40% ein, während die nordfranzösischen Gruben das Vorkriegsniveau trotz ähnlich schwieriger Rahmenbedingungen nahezu aufrecht hielten. Auch die Arbeitsbeziehungen entwickelten sich sehr unterschiedlich. Verantwortlich für diese Differenzen macht Piquet vor allem das Verhalten der Bergwerksunternehmer. So militarisierten die Unternehmer in der Region Nord/Pas-de-Calais die Arbeitsbeziehungen mit Hilfe der Besatzungsmacht, übten entsprechend Druck auf Ingenieure und Steiger aus und gingen rücksichtslos mit den Belegschaften um, was dem »üblichen Führungsstil der nordfranzösischen Unternehmer«<sup>157</sup> entsprach und von der Vichy-Regierung gefördert wurde. In Belgien zeigten sich die Unternehmer dagegen wesentlich konzilianter gegenüber den Belegschaften, hielten dem »Druck der Besatzer stand [...], ohne die Bergarbeiterschaft zu drangsalieren«<sup>158</sup>, bemühten sich stärker um zusätzliche Lebensmittel, erhöhten die Arbeitszeiten kaum und unterstützten die illegalen Gewerkschaften. Einen wichtigen Grund für das abweichende Verhalten sieht Piquet in den Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg: Im Gegensatz zu den nordfranzösischen Bergwerksleitungen hatten sich die belgischen Unternehmer nach Kriegsende gegen massive Kollaborationsvorwürfe verteidigen müssen, denen sie nunmehr vorzubeugen suchten.

155 Vgl. etwa den Vergleich zwischen Sklaverei und der Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen bei *Marc Buggeln*, *Were Concentration Camp Prisoners Slaves? The Possibilities and Limits of Comparative History and Global Historical Perspectives*, in: *International Review of Social History* 53, 2008, S. 101–129; vgl. allgemein *Claus Füllberg-Stolberg*, *Zwangsarbeit in der Moderne – Vergleichende Überlegungen*, in: *Zeitschrift für Weltgeschichte* 3, 2002, S. 71–88; sowie *Lutz Raphael*, *Krieg, Diktatur und imperiale Erschließung. Arbeitszwang und Zwangsarbeit 1880 bis 1960*, in: *Elisabeth Herrmann-Otto* (Hrsg.), *Unfreie Arbeits- und Lebensverhältnisse von der Antike bis in die Gegenwart. Eine Einführung*, Hildesheim/Zürich etc. 2005, S. 258–280.

156 *Piquet*, *Charbon*.

157 *Ebd.*, S. 335.

158 *Ebd.*, S. 336.

Ein konzeptionelles Manko der Studie besteht allerdings darin, dass der Vergleich nicht beim Namen genannt wird, obgleich es sich faktisch um einen ebensolchen handelt. So erklärt Piquet in der Einleitung, Belgien und Nordfrankreich »als Einheit« untersuchen zu wollen, um auf diese Weise »die Besatzungsmethoden, aber auch die Reaktionen der Besetzten in einem supranationalen Rahmen zu analysieren und zu differenzieren«.<sup>159</sup> Dessen ungeachtet gewinnt die Untersuchung gerade aus der vergleichenden Gegenüberstellung ihre größte argumentative Kraft.

Ein anderes Ergebnis von Piquets Untersuchung wurde bereits oben in Abschnitt IV diskutiert: Die Arbeits- und (Über-)Lebensbedingungen waren für sowjetische Zwangsarbeiter im belgischen und nordfranzösischen Bergbau besser als in den Gruben des Reichs. Auch bei den KZ-Häftlingen der Baubrigaden scheinen nach Fings' Untersuchung die Überlebenschancen im besetzten Frankreich höher gewesen zu sein als in Deutschland.<sup>160</sup> Kann man diese Ergebnisse verallgemeinern? Wie sind die Arbeits- und Lebensbedingungen für Zwangsarbeiter in den besetzten Gebieten im Vergleich zu denen im Reich zu beurteilen (Vergleichstyp Nr. 1 nach dem obigen Schema)?

Mark Spoerer kommt in einem umfangreichen Artikel, der in dem von Hans-Christoph Seidel und Klaus Tenfelde herausgegebenen Band »Zwangsarbeit im Europa des 20. Jahrhunderts« publiziert ist, zu einem anderen Ergebnis.<sup>161</sup> Synchroner und diachroner Vergleichsebene miteinander kombinierend, untersucht er die »Zwangsarbeiterregimes« Deutschlands und Japans im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Der Schwerpunkt des darstellenden Teils liegt auf Deutschland im Ersten und Japan im Zweiten Weltkrieg, was für den überhaupt nur lückenhaft erforschten und in der deutschen Diskussion weitgehend unbekannteren japanischen Fall besonders verdienstvoll ist. Die anschließende vergleichende Analyse bezieht sich auf die Mortalität als zentralem Indikator für die Härte der Arbeits- und Lebensbedingungen. Insbesondere für den Ersten Weltkrieg führt dies zu innovativen Resultaten. Die Vergleichsergebnisse sprechen gegen einen intrinsischen, »in der Natur des Zwangsarbeitsverhältnisses selbst liegenden Trend zur Totalisierung«.<sup>162</sup> Dagegen stellt Spoerer zwei Kriterien als bedeutsam für Behandlung und Überlebenschancen der Zwangsarbeiter heraus: zum einen ihren Platz innerhalb der jeweiligen »rassi(sti)schen« Hierarchie, die auffällig mit dem Wohlstandsniveau der Herkunftsstaaten der Zwangsarbeiter korreliert; zum anderen das Einsatzumfeld in den beiden Dimensionen »Stadt/Land« und »Inland/besetzte Gebiete«. Dabei kommt die letztgenannte Dimension – Inland/besetzte Gebiete – in der Weise zum Tragen, dass beim Einsatz im besetzten Gebiet die Arbeits- und Lebensbedingungen härter sind und damit die Mortalität höher liegt als beim Einsatz im »Inland«. Konkret bedeutet dies: Ein sowjetischer Zwangsarbeiter hatte statistisch höhere Überlebenschancen im »Reichseinsatz« als beim Zwangsarbeitseinsatz auf einer Wehrmachtsbaustelle in den besetzten sowjetischen Gebieten.

Wie lässt sich dieser Befund mit den referierten, zumindest auf den ersten Blick konträren Ergebnissen von Piquet und Fings in Einklang bringen, nach denen sowjetische Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge im besetzten Frankreich und Belgien bessere Überlebenschancen hatten als im Reich? Gilt der von Spoerer aufgezeigte Zusammenhang nur für solche okkupierte Territorien, die, wie die Sowjetunion, einer rücksichtslosen Raub- und Vernichtungspolitik ausgesetzt waren und denen ein dauerhafter Helotenstatus zugeacht war, nicht aber für Territorien, mit denen der Besatzer vergleichsweise milde verfuhr? In der Tat bezieht sich Spoerer im Fall Deutschlands im Zweiten Weltkrieg nur auf die Besatzungsherrschaft in Osteuropa, nicht auf Westeuropa. Folgte der Einsatz in okkupierten Drittstaaten – etwa der sowjetischer Kriegsgefangener in Frankreich – generell

<sup>159</sup> Ebd., S. 16.

<sup>160</sup> Fings, Krieg, Gesellschaft und KZ; vgl. oben Abschnitt IV.

<sup>161</sup> Spoerer, Zwangsarbeitssysteme.

<sup>162</sup> Ebd., S. 221.

einer anderen Logik? Sind derlei Generalisierungsversuche überhaupt sinnvoll? Spoerers Beitrag liefert neben interessanten Einzelergebnissen zahlreiche Ansatzpunkte zur Diskussion und für die weitere Forschung.

Neben Spoerers Artikel enthält der Band »Zwangsarbeit im Europa des 20. Jahrhunderts«, der teils der kollektiven Erinnerung an Zwangsarbeit, teils vergleichenden Aspekten gewidmet ist, drei weitere Beiträge, die NS-Zwangsarbeit in Bezug zu anderen Zwangsarbeitsformen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts setzen. Jochen Oltmer befasst sich mit Zwangsmigrationen in den beiden Weltkriegen (nicht »im 20. Jahrhundert«, wie es im Titel des Aufsatzes etwas überzogen heißt). Dabei unterscheidet er drei Typen kriegsbedingter Zwangswanderungen, die einander überschneiden und wechselseitig beeinflussen: erstens Fluchtbewegungen und Evakuierungen aus den Kampfzonen, zweitens Vertreibungen, Massenausweisungen und Umsiedlungen von Teilen eigener oder fremder Bevölkerungen zur Herrschaftssicherung, drittens Deportationen oder Internierungen zum Zwecke kriegswirtschaftlicher Zwangsarbeit. In beiden Weltkriegen erwies sich das Deutsche Reich als »Motor und Zentrum der europäischen Zwangsmigrationen«. <sup>163</sup> Neben der Zwangsarbeit in Deutschland wird auch der Zwangsarbeitseinsatz in Frankreich während des Ersten Weltkriegs angerissen. Zwar ist der Artikel über weite Strecken eher deskriptiv-kompilativ als im eigentlichen Sinne vergleichend, dessen ungeachtet liefert er besonders durch die Einordnung der Zwangsarbeit in eine Typologie der Zwangsmigrationen eine interessante Perspektivierung.

Jörg Osterloh betrachtet vergleichend Lebensbedingungen und Arbeitseinsatz der Kriegsgefangenen im »Dritten Reich« und in der Sowjetunion, genauer: der Kriegsgefangenen des deutsch-sowjetischen Kriegs. Er zeigt, dass trotz zahlreicher Parallelen wie mangelhafter Unterbringung und Versorgung und unmenschlichen Bedingungen des Arbeitseinsatzes die Kriegsgefangenenpolitiken beider Staaten sich grundlegend voneinander unterschieden. Das nationalsozialistische Deutschland stellte bereits bei der Planung des Angriffs- und Vernichtungskriegs die erwarteten sowjetischen Gefangenen außerhalb des Kriegsvölkerrechts; deren katastrophale Lebensbedingungen entsprangen keinem Notstand, sondern Kalkül. Die Sowjetunion war dagegen zur weitgehenden Einhaltung völkerrechtlicher Bestimmungen gewillt, allerdings ohne dass diese kontrollierbar oder »eintragbar« sein sollten, und orientierte ihre Richtlinien an den Grundsätzen der von ihr nicht unterzeichneten Genfer Konvention. Dass die Anordnungen meist nur auf dem Papier bestanden, war in erster Linie der Verwüstung des Landes und dem allgemeinen Mangel, nicht aber ideologischen Motiven und einem Vernichtungswillen geschuldet. <sup>164</sup>

Eine besondere diachrone Vergleichskonstellation liegt schließlich beim Beitrag von Tanja Penter vor: Sie untersucht für den Donbass – dem vor dem Zweiten Weltkrieg wichtigsten Kohlrevier der Sowjetunion – die regionale Bedeutung von Zwangsarbeit über zwei Systemwechsel hinweg von 1929 bis 1953. Sowohl für die stalinistische als auch nationalsozialistische Herrschaft stellt Penter eine Multifunktionalität der Zwangsarbeit fest, die nicht nur wirtschaftlichen Zielen, sondern auch der Bestrafung, Kontrolle und »Erziehung« diene. Auch scheint in beiden Fällen die Tolerierung von Grauzonen und Freiräumen zur Systemstabilisierung beigetragen zu haben. Indes war das sowjetische System durchlässiger und von einer viel stärkeren Annäherung der Lebensumstände »freier und unfreier« Arbeitskräfte sowie zwischen Sowjetbürgern und Ausländern geprägt. <sup>165</sup>

163 Jochen Oltmer, Krieg, Migration und Zwangsarbeit im 20. Jahrhundert, in: Seidel/Tenfelde, Zwangsarbeit im Europa des 20. Jahrhunderts, S. 131–153, hier: S. 152.

164 Jörg Osterloh, Die Lebensbedingungen und der Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen im »Dritten Reich« und in der Sowjetunion, in: Seidel/Tenfelde, Zwangsarbeit im Europa des 20. Jahrhunderts, S. 155–186.

165 Penter, Zwangsarbeit im Donbass.

Es zeigt sich, dass der Fokus des Bandes doch enger ist, als es der Titel »Zwangsarbeit im Europa des 20. Jahrhunderts« erwarten lässt: Dreh- und Angelpunkt bleibt die Zwangsarbeit im »Dritten Reich«, und die Vergleichsfälle entstammen sämtlich der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Dass die vorgestellten Ansätze fruchtbar sind, demonstriert das Buch indes allemal. Es wird zugleich deutlich, dass gerade die vergleichende Forschung zur Zwangsarbeit vielfach erst am Anfang steht und es bis zu einer Geschichte der »Zwangsarbeit im Europa des 20. Jahrhunderts« noch ein weiter Weg ist.

#### VI. NS-ZWANGSARBEIT UND EHEMALIGE ZWANGSARBEITER NACH 1945: REPATRIERUNG, ERINNERUNG, WIEDERGUTMACHUNG

Je besser die Zwangsarbeit im »Dritten Reich« untersucht ist, desto stärker rücken ihre Folgen und Nachwirkungen nach dem Zweiten Weltkrieg ins Blickfeld der geschichtswissenschaftlichen Forschung. Vermehrt zum Gegenstand der Untersuchung werden damit das Schicksal der ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter nach der Befreiung, ihre Repatriierung und Wiedereingliederung in die Herkunftsgesellschaften, der politische und gesellschaftliche Umgang mit dem Thema in Deutschland und in den anderen europäischen Ländern von 1945 bis heute, die Entwicklung der historischen und juristischen Aufarbeitung, des Erinnerns und Gedenkens, der offiziellen Geschichts- und Erinnerungspolitik in Europa sowie die Maßnahmen zur Entschädigung und Wiedergutmachung bis hin zur Arbeit der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«.

Ungleich weniger erforscht als die Zwangsarbeit der Jahre 1938/39 bis 1945 sind die Wochen und Monate, die ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter nach Kriegsende als »Displaced Persons« in Deutschland oder in Drittstaaten verbrachten, sowie ihre Repatriierung und Reintegration. Der Leidensweg war für viele – insbesondere sowjetische – Zwangsarbeiter mit der deutschen Kapitulation keineswegs vorüber. Bei der Rückkehr in ihre Heimatländer wurden sie oft mit Misstrauen beäugt, da sie für den Feind gearbeitet hatten.<sup>166</sup> Dieses Stigma und der latente Kollaborationsverdacht haften ihnen – auch in Westeuropa<sup>167</sup> – jahrzehntelang an und führten vielerorts, wenn nicht zu einer Tabuisierung, so doch zu einer Verdrängung dieser Episode der Vergangenheit in der individuellen und/oder kollektiven Erinnerung, teilweise auch zu massiven Diskriminierungen.

Besonders hart traf es die ehemaligen sowjetischen Zwangsarbeiter, deren Repatriierung Ulrike Goeken-Haidl in einer umfangreichen Dissertationsschrift aufgearbeitet hat.<sup>168</sup> Gemäß dem Befehl 270 vom August 1941 wurden Rotarmisten, die in deutsche Kriegsgefangenschaft gerieten, von sowjetischer Seite als Vaterlandsverräter betrachtet und mit der Todesstrafe bedroht. Insgesamt verurteilten sowjetische Militärgerichte fast eine Million Soldaten als »Verräter«, 157.000 von ihnen zum Tode. Darüber hinaus standen auch ehemalige zivile Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter (die »Ostarbeiter«) – ebenso wie die Zivilbevölkerung in den zeitweise von der Wehrmacht besetzten sowjetischen Gebieten – unter kollektivem Kollaborationsverdacht. Zum Ende des Zweiten Weltkriegs befanden sich gut 5,5 Millionen sowjetische Staatsbürger in Mittel- und Westeuropa, sei es als Kriegsgefangene, zivile Zwangsarbeiter oder Angehörige der deutschen Wehrmacht und ihrer Hilfsformationen, 2,5 Millionen von ihnen in den von den westlichen Alliierten

166 Vgl. die Länderberichte in von Plato/Leh/Thonfeld, Hitlers Sklaven.

167 Für Frankreich, Belgien und die Niederlande untersucht dies Pieter Lagrou, *The Legacy of Nazi Occupation. Patriotic Memory and National Recovery in Western Europe, 1945–1965*, Cambridge/New York 1999.

168 Ulrike Goeken-Haidl, *Der Weg zurück. Die Repatriierung sowjetischer Kriegsgefangener und Zwangsarbeiter während und nach dem Zweiten Weltkrieg*, Klartext, Essen 2007, 573 S., kart., 39,90 €.

befreiten Gebieten. Auf der Konferenz von Jalta hatte die Sowjetunion gegenüber den USA und Großbritannien die obligatorische Repatriierung sämtlicher sowjetischer Staatsbürger durchgesetzt. Gemäß dieser Vereinbarung wurden in der Folgezeit etwa 2,3 Millionen Menschen zurückgeführt (um diese geht es in Goeken-Haidls Untersuchung zentral), lediglich im Fall der Balten, Westukrainer und Westweißrussen aus den 1939 von der Sowjetunion besetzten Gebieten kamen die Westalliierten den sowjetischen Forderungen nicht nach. Die Repatrianten wurden nach ihrer Überstellung an die sowjetischen Streitkräfte sämtlich durch Filtrationslager geschleust und verhört. Viele von ihnen mussten anschließend jahrelang in Arbeitsbataillonen der Armee oder des Volkskommissariats des Inneren (NKVD) Zwangsarbeit leisten. Zudem kam es ein bis zwei Jahre nach der Befreiung zu einer erneuten Verhaftungswelle unter den inzwischen nach Hause zurückgekehrten Repatrianten, denen zumeist »Spionage für den Westen« oder pauschal »anti-sowjetische Tätigkeit« vorgeworfen wurde. Viele sowjetische Staatsbürger versuchten sich aufgrund der erwarteten Konsequenzen der Repatriierung zu entziehen.

Bis Ende der 1980er Jahre erschienen Arbeiten zur Repatriierung sowjetischer Displaced Persons (DPs) ausschließlich im Westen, gestützt auf die Auswertung britischer und amerikanischer Akten und auf Zeitzeugenbefragungen. Im Zentrum dieser politisch und moralisch zumeist hoch aufgeladenen Publikationen stehen die Rückkehrunwilligen; angeprangert wird vor allem ein Versagen von Amerikanern und Briten, die Hunderttausende Menschen gegen ihren Willen skrupellos an die Sowjets ausgeliefert und somit die westlichen Freiheitsideale »verraten« hätten.<sup>169</sup> In der Sowjetunion publizierte 1990 Viktor N. Zemskov einen ersten wissenschaftlichen Aufsatz über die Organisation der Rückführung und die Filtrationslager.<sup>170</sup> Der Geograf Pavel Polian legte 1996 eine erste größere Studie vor<sup>171</sup>, die einige Jahre später in gekürzter und überarbeiteter Fassung auch in deutscher Übersetzung erschien.<sup>172</sup> Die Untersuchung hat das unbestreitbare Verdienst, zum ersten Mal umfassend auf das Schicksal dieser »Opfer zweier Diktaturen« aufmerksam zu machen. Als Beitrag zur wissenschaftlichen Diskussion leidet sie indes an einem doppelten Manko: Zum einen werden die Quellen ganz überwiegend ohne Angaben der archivalischen Fundstellen zitiert, zum anderen beruht die Darstellung des Schicksals der Repatriierten nach ihrer Rückkehr in den sowjetischen Einflussbereich einzig auf der Auswertung von 103 Fragebögen, die ehemalige Repatrianten in den Jahren 1989 bis 1992 ausfüllten.

Ulrike Goeken-Haidl hat für ihre Untersuchung nun umfangreiches Material aus amerikanischen, russischen und weißrussischen Archiven zusammengetragen. Die Arbeit verfolgt zwei unterschiedliche Stoßrichtungen. Der erste Teil befasst sich mit den interalliierten Verhandlungen in der Endphase des Kriegs, den Interessen und der Motivation der britischen und amerikanischen Verantwortlichen und der Organisation der Repatriierung im sowjetischen Machtbereich und leistet damit einen Beitrag zur Erforschung des beginnenden Ost-West-Konflikts. Im Gegensatz zu den älteren Interpretationen Nicholas

169 Vgl. insb. *Nicholas Bethell*, *The Last Secret. Forcible Repatriation to Russia 1944–7*, London 1974, dt.: *Das letzte Geheimnis. Die Auslieferung russischer Flüchtlinge an die Sowjets durch die Alliierten 1944–47*, Frankfurt am Main/Berlin etc. 1975; sowie *Nikolai Tolstoy*, *Victims of Yalta*, London 1977, dt.: *Die Verratenen von Jalta. Englands Schuld vor der Geschichte*, München 1978.

170 *Viktor N. Zemskov*, *K voprosu o repatriacii sovetskich graždan 1944–1951 gody* [Zur Frage der Repatriierung sowjetischer Staatsbürger 1944–1951], in: *Istorija SSSR* 4, 1990, S. 26–41.

171 *Pavel Polian*, *Žertvy dvuch diktatur. Ostarbajtery i voennoplennye v Tret'em Rejche i ich repatriacija* [Opfer zweier Diktaturen. Ostarbeiter und Kriegsgefangene im Dritten Reich und ihre Repatriierung], Moskau 1996.

172 *Ders.*, *Deportiert nach Hause. Sowjetische Kriegsgefangene im »Dritten Reich« und ihre Repatriierung*, München 2001; vgl. auch *ders.*, *Die Deportation der Ostarbeiter im Zweiten Weltkrieg*, in: *Andreas Gestrich* (Hrsg.), *Ausweisung und Deportation*, Stuttgart 1995, S. 115–140.

Bethells und Nikolai Tolstoys stellt die Autorin vor allem pragmatische Gründe heraus, die die Westalliierten trotz humanitärer Bedenken zur weitgehenden Erfüllung der sowjetischen Forderung nach einer Repatriierung aller ihrer Staatsbürger bewogen. Vor allem ist die Sorge um das Schicksal der 350.000 in sowjetischer Hand befindlichen amerikanischen, britischen und französischen Kriegsgefangenen zu nennen. Hinzu kam, dass viele Militärs, darunter Oberbefehlshaber General Dwight D. Eisenhower, die Massen der befreiten sowjetischen Kriegsgefangenen und zivilen Zwangsarbeiter als erhebliche Belastung ihrer Ressourcen betrachteten.<sup>173</sup>

Der zweite, kürzere Teil des Buchs widmet sich dem Schicksal der Repatrianten nach ihrer Überstellung an die sowjetischen Behörden: der Praxis der Filtration, dem (Zwangs-)Arbeitseinsatz und der Reintegration. Da die sowjetische Nachkriegsökonomie unter enormem Arbeitskräftemangel litt, trat neben die Intention, die »Vaterlandsverräter« zu bestrafen, schon bald das Ziel ihrer ökonomischen Ausnutzung. Bereits 1944 hatten die Volkskommissariate für Industrie Arbeitskräfte beim NKVD regelrecht »bestellt«. Im August 1945 wurden auf Befehl des Staatlichen Verteidigungskommissariats GOKO 360.000 ehemalige Kriegsgefangene zu sogenannten Arbeitsbataillonen zusammengefasst und auf mehrere Industriezweige verteilt, nachdem einige Volkskommissariate entsprechende »Bestellungen« aufgegeben hatten. Bis April 1946 wurden gut 600.000 Personen in die Arbeitsbataillone überführt.

Die Arbeits- und Lebensbedingungen beschreibt Goeken-Haidl als »völlig unzureichend«. Im Braunkohlentagebau Borodinski etwa (in der sibirischen Region Krasnojarsk gelegen) lebte das dort angelegte Arbeitsbataillon in »engen, dunklen Erdhöhlen ohne Bettzeug und bei unzureichender Ernährung zusammengepfercht«. Zu den miserablen Arbeits- und Lebensbedingungen der Repatrianten trugen offenbar auch der schlechte Kommunikationsfluss und die schlechte Organisation maßgeblich bei. So wurden immer wieder Unternehmen, obgleich sie selbst Kontingente angefordert hatten, vom Eintreffen der Bataillone überrascht, ohne dass sie irgendwelche Vorbereitungen getroffen hätten. Indes blieben auch in der Folgezeit die Anstrengungen von Lagerleitungen, lokalen Parteiorganisationen und zuständigen Volkskommissariaten, eine Verbesserung der – von humanitären Gesichtspunkten ganz abgesehen – ökonomisch dysfunktionalen Bedingungen zu erreichen, vergleichsweise gering.<sup>174</sup> Mit dem Schicksal der repatriierten sowjetischen Kriegsgefangenen und zivilen Zwangsarbeiter befasst sich auch ein von Forschern des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung herausgegebener Sammelband, dessen Erscheinen für 2010 angekündigt ist.<sup>175</sup>

Die Geschichte der NS-Zwangsarbeit ist auch eine Geschichte jahrzehntelangen Schweigens, Desinteresses und Verdrängens. Dies gilt, obschon aus unterschiedlichen Gründen und mit gewissen Nuancen, sowohl für die »Tätergesellschaften«, allen voran die bundesdeutsche, als auch für die »Opfergesellschaften« in West- und Osteuropa. Dass in der Bundesrepublik seit den 1980er Jahren allmählich ein öffentliches Bewusstsein für die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter als Opfer des Nationalsozialismus entstand, ist neben der beginnenden historischen Aufarbeitung nicht zuletzt lokalen Initiativen zu verdanken. Um eine solche Initiative handelt es sich im Fall des »Vereins Walerjan Wróbel Verein Zwangsarbeit e. V.« in Bremen, dessen Tätigkeit im bereits angesprochenen Band »Vergessene Opfer« dargelegt wird.<sup>176</sup>

173 Goeken-Haidl, Der Weg zurück, S. 138.

174 Ebd., S. 504–506.

175 Peter Ruggenthaler/Walter Iber (Hrsg.), Hitlers Sklaven – Stalins »Verräter«. Aspekte der politisch-administrativen Repressionen an Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Historischer Kontext – Weiterführende Forschungen – Eine Zwischenbilanz, Innsbruck 2010.

176 Vgl. oben Abschnitt III, Unterabschnitt »Lokalstudien«.

Benannt ist der Verein nach einem jungen polnischen Zwangsarbeiter, der im Frühjahr 1941 mit 16 Jahren nach Bremen kam. Nachdem er in einer Scheune Feuer gelegt hatte – aus Heimweh und in der naiven Hoffnung, man werde ihn zur Strafe nach Hause schicken –, wurde Walerjan Wróbel ins KZ Neuengamme gebracht, später vom Landgericht Bremen in einem Sondergerichtsverfahren »als Volksschädling« zum Tode verurteilt und im August 1942 hingerichtet.<sup>177</sup> Der Verein »Walerjan Wróbel« gründete sich im Jahr 1990, um an das Schicksal der zahlreichen in Bremen eingesetzten Zwangsarbeiter zu erinnern, die Aufarbeitung der Geschichte der Zwangsarbeit zu unterstützen und ehemalige Zwangsarbeiter beim Besuch ihrer damaligen Arbeitsstätten und Lager zu betreuen. Im vorliegenden Band legt der Verein über sein Engagement Rechenschaft ab. Dank der Einrichtung eines Hilfsfonds für ehemalige Zwangsarbeiter durch Senat und Bürgerschaft der Stadt Bremen in den Jahren 1998/99 konnte der Verein insbesondere seit dieser Zeit eine Vielzahl von Besuchs- und Begegnungsprogrammen organisieren, die in dem Buch dokumentiert sind. Das Urteil des Landgerichts Bremen gegen Walerjan Wróbel wurde in den 1990er Jahren auf Betreiben des Rechtsanwalts Heinrich Hannover aufgehoben.<sup>178</sup> Im August 2007 wurde anlässlich des 65. Jahrestags von Wróbel's Hinrichtung der Deichweg in Lesumbrok in »Walerian-Wróbel-Weg« umbenannt.

Der Umgang mit dem Thema »NS-Zwangsarbeit« nach 1945 ist in der jüngeren Vergangenheit verstärkt selbst zum Gegenstand wissenschaftlicher Studien geworden. So befasst sich der erste Teil des erwähnten Bandes »Zwangsarbeit im Europa des 20. Jahrhunderts« unter der Überschrift »Bewältigung« mit Fragen der Aufarbeitung und kollektiven Erinnerung von NS-Zwangsarbeit, und zwar sowohl in der »Tätergesellschaft« – was hier im Wesentlichen heißt: in Westdeutschland (Beiträge von Lutz Niethammer, Hubert Schneider, Susanne-Sophia Spiliotis und Constantin Goschler) – als auch in den »Opfergesellschaften« am Beispiel der Sowjetunion (Pavel Polian) und Jugoslawiens (Sabine Rutar).<sup>179</sup>

Lutz Niethammer verbindet in seinem Artikel über »Wahrheitskommissionen im Vergleich« die Frage, warum die deutsche Regierung im Gegensatz zur österreichischen und schweizerischen im Zuge der Entschädigungs- und Restitutionsdebatte keine unabhängige Historikerkommission einsetzte, mit einer vergleichenden Betrachtung der in den vergangenen 30 Jahren weltweit – in der Regel im Rahmen postdiktatorischer Transitionen – geschaffenen Wahrheitskommissionen. In diesen sieht Niethammer eine »Voraussetzung (und manchmal auch ein[en] Ersatz) für die Ausbildung postdiktatorischer zeitgeschichtlicher Aufklärung und Gedenkkultur«<sup>180</sup>, insofern liegt ihre Bedeutung weniger auf juristischem als auf zeitgeschichtlichem Gebiet. Während in Österreich und der Schweiz ein »erhebliches Defizit an Wissen und öffentlichem Problembewusstsein« bestand, schien in Deutschland die Einsetzung einer Wahrheitskommission entbehrlich zu sein – auch wenn eine solche, retrospektiv betrachtet, »noch viel zu tun gehabt« hätte, wie Niethammer (selbst)kritisch einräumt.<sup>181</sup> Dieses Fehlen werde jedoch durch die beispiellose »Mobilisierung des öffentlichen Gedächtnisses« und den »zivilgesellschaftliche[n] Entwicklungs-

177 Die Geschichte Wróbel's wurde in den 1980er Jahren von Christoph Schminck-Gustavus aufgearbeitet, vgl. *Christoph Schminck-Gustavus*, Das Heimweh des Walerjan Wróbel. Ein Sondergerichtsverfahren 1941/42, Bonn 1986, und wenig später von Rolf Schübel verfilmt: Das Heimweh des Walerjan Wróbel, Deutschland 1990, 94 min.

178 Vgl. *Heinrich Hannover*, Der Justizmord an einem »Volksschädling«. Der Fall Walerjan Wróbel, in: *ders.*, Die Republik vor Gericht 1975–1995. Erinnerungen eines unbequemen Rechtsanwalts, Berlin 2001, S. 279–306.

179 *Seidel/Tenfelde*, Zwangsarbeit im Europa des 20. Jahrhunderts; zum zweiten, vergleichenden Teil des Bandes siehe oben Abschnitt V.

180 *Lutz Niethammer*, Wahrheitskommissionen im Vergleich. Haben wir bei der Zwangsarbeiterentschädigung den Wahrheitsauftrag verfehlt?, in: *Seidel/Tenfelde*, Zwangsarbeit im Europa des 20. Jahrhunderts, S. 19–38, hier: S. 33 f.

181 *Ebd.*, S. 37.

grad der zeitgeschichtlichen Gedenkkultur in Deutschland [...] in freier Initiative« kompensiert.<sup>182</sup>

Mit dem Verhältnis der jüdischen Displaced Persons zur deutschen Bevölkerung nach 1945 beschäftigt sich Hubert Schneider, vornehmlich am Beispiel des Lagers Landsberg am Lech, das Ende 1945 zu einem Lager ausschließlich für jüdische DPs wurde. In einer Atmosphäre wechselseitigen Misstrauens wurden die Displaced Persons von der lokalen Bevölkerung vor allem als Bedrohung, Konkurrenten auf dem Wohnungsmarkt und – ohne nachweisbaren Realitätsbezug – als notorische Plünderer und Schwarzmarkthändler wahrgenommen. Individuelle Begegnungen haben in der von Ablehnungsmustern und negativen Stereotypen dominierten lokalen Erinnerung keinen Raum; in Erinnerung geblieben sind die DPs im Wesentlichen als Belastung der Nachkriegszeit und ob ihrer schon zeitgenössisch neidvoll beäugten besseren Versorgung durch die Amerikaner.<sup>183</sup>

Mit der Erinnerung an Deportation und Zwangsarbeit in den »Opfergesellschaften« setzen sich die Beiträge Pavel Polians zur Sowjetunion und Sabine Rutars zu Jugoslawien auseinander. Polian unterscheidet und beziffert zunächst acht Gruppen repatriierter Sowjetbürger und untersucht anschließend, welchen Niederschlag die Erfahrungen ehemaliger Kriegsgefangener und »Ostarbeiter« in der sowjetischen Literatur und Geschichtswissenschaft hatten. In Schulbüchern und Nachschlagewerken verschwiegen, fanden sie eine erste autobiografisch-literarische Verarbeitung in der »Tauwetterperiode« der 1950er Jahre beziehungsweise in den 1970er Jahren. Die sowjetische Geschichtswissenschaft »verpasste« jedoch diese günstigen Phasen und nahm sich dieser beiden Opfergruppen erst zu Beginn der 1990er Jahre an.<sup>184</sup> Zu ähnlichen Ergebnissen kommt Sabine Rutar bei ihrer Untersuchung des jugoslawischen Falls unter besonderer Berücksichtigung Serbiens und Sloweniens. Entsprechend der staatslegitimierenden »Meistererzählung« vom siegreichen Volksbefreiungskrieg unterschied die offizielle Erinnerungspolitik der Nachkriegszeit nur zwischen »Helden« und »Verrätern« und schuf damit ein Schwarz-Weiß-Schema, in dem abweichende Kriegserfahrungen wie die ehemaliger Zwangsarbeiter keinen Platz hatten. Zudem stand, so Rutar, die Rolle von Zwangsarbeit beim wirtschaftlichen Wiederaufbau der Entwicklung eines öffentlichen Gedächtnisses an NS-Zwangsarbeit entgegen. Da sich nach dem Zerfall Jugoslawiens das Interesse in den Nachfolgestaaten vor allem auf die kommunistische Vergangenheit richtete, bleibt für Erforschung und Erinnerung der NS-Zwangsarbeit nach wie vor wenig Raum.<sup>185</sup>

Aus unterschiedlicher Perspektive befassen sich Susanne-Sophia Spiliotis und Constantin Goschler mit der Geschichte der Zwangsarbeiterentschädigung, die, so Spiliotis, vor allem »die Geschichte ihrer Verzögerung« ist. Spiliotis zeichnet den Weg zur Gründung der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft nach und interpretiert diese nicht zuletzt als Ergebnis eines mit einem Generationswechsel verbundenen Bewusstseinswandels in den Vorstandsetagen der Unternehmen, der schließlich zur Übernahme kollektiver »moralischer Verantwortung« führte – bei fortdauernder Ablehnung der Anerkennung individueller Schuld im juristischen Sinne.<sup>186</sup> Hierin erkennt die Autorin einen Paradigmen-

182 Ebd., S. 38.

183 Hubert Schneider, Jüdische Displaced Persons in Deutschland nach 1945. Selbstverständnis und Wahrnehmung durch die deutsche Bevölkerung, in: Seidel/Tenfelde, Zwangsarbeit im Europa des 20. Jahrhunderts, S. 39–57.

184 Pavel Polian, Die Erinnerung an die Deportationen während der deutschen Besatzung in der Sowjetunion, in: Seidel/Tenfelde, Zwangsarbeit im Europa des 20. Jahrhunderts, S. 59–73.

185 Sabine Rutar, Heldentum, Verrat und Arbeit in Jugoslawien. Arbeitseinsatz im sozialistischen Kontext, in: Seidel/Tenfelde, Zwangsarbeit im Europa des 20. Jahrhunderts, S. 75–101.

186 Susanne-Sophia Spiliotis, Zeit der Verantwortung. Zur Geschichte der Zwangsarbeiterentschädigung durch die deutsche Wirtschaft, in: ebd., S. 103–114; vgl. auch dies., Verantwortung und Rechtsfrieden. Die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft, Frankfurt am Main 2003.

wechsel hin zur »Konstruktion der Privatwirtschaft als moralische Größe mit kollektiver Vergangenheit und Zukunft«. <sup>187</sup> Ob die Unternehmen wirklich auf eine kollektive Lösung setzten, »um den Kreis von Leistungsberechtigten so weit wie möglich zu ziehen« <sup>188</sup>, ist indes mindestens mit einem Fragezeichen zu versehen. Schließlich gestattete gerade die These der kollektiven Verantwortung den Unternehmen, einer Feststellung individueller Schuld zu entgehen und Verantwortung wie Kosten möglichst breit zu verteilen und in hohem Maße zu sozialisieren. <sup>189</sup>

In den Augen Constantin Goschlers, der die Zwangsarbeiterentschädigung im weiteren Kontext der Wiedergutmachungspolitik seit 1945 betrachtet, stützt das Konzept der kollektiven Verantwortung die seit den frühen 1950er Jahren vertretene »Werkzeugtheorie«, der zufolge die deutsche Wirtschaft lediglich ein passives Instrument in den Händen des NS-Staats gewesen sei. Im Gegensatz zu Spiliotis sieht er daher eine große Kontinuität in den von Wirtschaftsseite vertretenen Auffassungen. Verantwortlich für die Wandlungen der Entschädigungspolitik sind demnach die Veränderungen im »politischen Feld der Zwangsarbeiterentschädigung«, die die grundlegenden außen- und innenpolitischen Veränderungen der Bundesrepublik seit 1949 spiegeln. Im Zeitverlauf zeigt sich zum einen eine Entwicklung von Lohnforderungen und Schmerzensgeld zur »abstrahierte[n] allgemeine[n] Anerkennung des Leidens der Zwangsarbeiter«, zum anderen von individuellen materiellen Leistungen zu einer Mischung aus pauschalisierten Geldzahlungen und symbolischer Anerkennung. <sup>190</sup>

Nachdem die Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« ihre primäre Mission – die Auszahlung von rund 4,36 Milliarden Euro an ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter der als entschädigungsberechtigt definierten Kategorien – im Juni 2007 abgeschlossen hat <sup>191</sup>, wird sie nun selbst zum Gegenstand eines größeren wissenschaftlichen Forschungsprojekts. Das seit Kurzem unter der Leitung von Constantin Goschler an der Ruhr-Universität Bochum durchgeführte Projekt »Geschichte der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« und ihrer Partnerorganisationen« hat sich zum Ziel gesetzt, die Frage der zeithistorischen Einordnung dieses Unternehmens zu beantworten und die von ihm geschaffenen neuen Formen der internationalen Zusammenarbeit beim Umgang mit historischem Unrecht zu ergründen. Es widmet sich in insgesamt zehn Teilprojekten drei thematischen Schwerpunkten: 1. der Entschädigungspraxis »als Begegnungsgeschichte und Lernprozess«, 2. den Ergebnissen der Entschädigung sowie 3. den politischen und kulturellen Folgewirkungen der Entschädigung. Diese Aspekte werden einerseits im Kontext der jahrzehntelangen Auseinandersetzung um die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter der deutschen Kriegswirtschaft untersucht, andererseits will das Projekt auch einen Beitrag zur weltweit geführten Debatte über *transitional justice* und die Möglichkeit einer rechtlichen Bewältigung historischen Unrechts leisten. <sup>192</sup>

187 Spiliotis, *Zeit der Verantwortung*, S. 114.

188 Ebd., S. 108.

189 So auch die Kritik von Spoerer, *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz*, S. 263.

190 Constantin Goschler, *Die Auseinandersetzung um die Entschädigung der Zwangsarbeiter zwischen Kaltem Krieg und Globalisierung*, in: Seidel/Tenfelde, *Zwangsarbeit im Europa des 20. Jahrhunderts*, S. 115–130, hier: S. 129.

191 Vgl. Jansen/Saathoff, *Gemeinsame Verantwortung*; Saathoff, Vorwort, in: *Geraubte Leben*, S. 11–13; ders., Vorwort des Vorstandes der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«, in: von Plato/Leh/Thonfeld, *Hitlers Sklaven*, S. 5–7.

192 Vgl. die Projektskizze auf der Internetseite des Lehrstuhls für Zeitgeschichte der Ruhr-Universität Bochum, URL: <<http://www.ruhr-uni-bochum.de/lehrstuhl-ng2/forschung/evz.html>> [26.4.2010].

## VII. SCHLUSSBETRACHTUNG

Betrachtet man die jüngeren Forschungsarbeiten zum Einsatz ausländischer Arbeitskräfte und zur Zwangsarbeit im Ersten und Zweiten Weltkrieg, so fällt auf, dass die Frage der Definition von Zwangsarbeit kaum diskutiert wird und insgesamt nur eine sehr untergeordnete Rolle spielt. Sofern sie überhaupt gestellt wird, werden ihr meist nur wenige Sätze in der Einleitung gewidmet; Anlass zu kontroversen Debatten scheint sie dagegen kaum noch zu geben.<sup>193</sup> Neben einer (durchaus nicht unangebrachten) Tendenz zum Pragmatismus ist dies vor allem darauf zurückzuführen, dass sich in der Definitionsfrage in den letzten Jahren ein weitgehender Konsens herausgebildet hat. So legen die meisten Autoren von Studien zum nationalsozialistischen »Ausländereinsatz« explizit oder implizit die von Mark Spoerer – für Zwangsarbeit im »Dritten Reich« – vorgeschlagene Definition zugrunde, die im Einzelnen leicht abgewandelt oder ergänzt wird.

In Anlehnung an die von dem Sozialwissenschaftler Albert Hirschman (in völlig anderem Zusammenhang) entwickelten Konzepte *exit* und *voice*<sup>194</sup> sieht Spoerer für Zwangsarbeit unter nationalsozialistischer Herrschaft zwei Merkmale als konstituierend an: zum einen die rechtliche Unauflöslichkeit des Arbeitsverhältnisses auf absehbare Zeit (das heißt das Verwehren der Option *exit*), zum anderen die fehlende oder nur eingeschränkt gegebene Möglichkeit, formal bestehende Rechte einzuklagen, Ansprüche geltend zu machen und ganz allgemein die Arbeits- und Lebensbedingungen auf formellem oder informellem Wege positiv zu beeinflussen (Fehlen von *voice*).<sup>195</sup> Das erste Merkmal lässt sich auch als »Zwang zur Arbeit« bezeichnen, wobei dieser Zwang in aller Regel außerökonomischer Natur ist (etwa in Form von Arbeitspflichtverordnungen oder Gewaltanwendung). Diese Definition ist im Übrigen durchaus kompatibel mit marxistisch inspirierten Definitionen unfreier Arbeit unter nationalsozialistischer Herrschaft<sup>196</sup>, für die das Verwehren des Rückzugs aus dem Arbeitsverhältnis ebenfalls das zentrale Kriterium darstellt.<sup>197</sup> Sie

193 Vgl. dagegen den 2004 publizierten Forschungsbericht von Klein, Neue Literatur zur Zwangsarbeit, welcher die Definitionsfrage in großer Ausführlichkeit behandelt.

194 Albert O. Hirschman, *Exit, Voice, and Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organizations, and States*, Cambridge, MA 1970.

195 Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 11–19; ders., Recent Findings on Forced Labor, S. 375–380; ders./Jochen Fleischhacker, Forced Laborers in Nazi Germany. Categories, Numbers, and Survivors, in: *Journal of Interdisciplinary History* 33, 2002, H. 2, S. 169–204, hier: S. 173 f.; ähnlich auch Ulrich Herbert, Zwangsarbeiter im »Dritten Reich«. Ein Überblick, in: Klaus Barwig/Günter Saathoff/Nicole Weyde (Hrsg.), *Entschädigung für NS-Zwangsarbeit. Rechtliche, historische und politische Aspekte*, Baden-Baden 1998, S. 17–32, hier: S. 17.

196 Vgl. dagegen Ralph Klein, der einen fundamentalen Gegensatz zwischen Spoerers Zwangsarbeitsdefinition und der marxistischen begründeten Definition Karl-Heinz-Roths herausstellt; Klein, Neue Literatur zur Zwangsarbeit.

197 So fasst Karl-Heinz Roth in Anlehnung an marxistische Forschungen über den kolonialen Kapitalismus unfreie Arbeitsverhältnisse als »durch eine doppelte Enteignung der unmittelbaren Produzenten konstituiert« auf: 1. zum einen durch ihre »Expropriation von den Produktions- bzw. Subsistenzmitteln«, 2. zum anderen durch die »Eliminierung des Warencharakters ihrer freien Arbeitskraft«, das heißt durch die Beseitigung der Zugangs- beziehungsweise Rückzugsrechte zum/vom Arbeitsmarkt. Während das erste Kriterium auf jede abhängige Lohnarbeit in einer kapitalistischen Wirtschaft zutrifft, ist das zweite das entscheidende Merkmal unfreier Arbeit und führt nach Roth zu einer »Subproletarisierung«. Die »unfreie Arbeit« ist nach dieser Definition weiter gefasst als »Zwangsarbeit« in Spoerers oder Herberts Verständnis. Sie umfasst ein »breites ausdifferenziertes Spektrum von »gebundener Arbeit« (Kontraktarbeit, Schuldknechtschaft, gelenkte Wanderarbeit mit Kasernierungszwang usw.)« und schließt während der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft auch größere Teile der reichsdeutschen Bevölkerung mit ein (Arbeitsdienst, Landhilfe, Pflichtjahr und anderes); vgl. Karl-Heinz Roth, *Unfreie Arbeit im Deutschen Herrschaftsbereich 1930–1945. Historische Grundlinien und*

unterscheiden sich von nichtmarxistischen Definitionen im Wesentlichen in der Beurteilung der Frage, ob das Zwangsverhältnis primär ökonomisch oder nicht ökonomisch begründet ist. Zu den beiden von Spoerer angeführten Minimalkriterien können weitere Merkmale treten, die den Zwangscharakter gegebenenfalls verstärken (Art der Rekrutierung, Grad der Missachtung von Alter, Geschlecht und körperlicher Eignung beim Arbeitseinsatz, Überlebenschancen). Sie erlauben uns, zwischen verschiedenen harten Zwangsarbeiterschicksalen zu differenzieren – oder, wenn man so will: Kategorien von Zwangsarbeitern zu unterscheiden –, sind jedoch zur grundsätzlichen Abgrenzung der Zwangsarbeit von freier Arbeit nicht unbedingt notwendig.<sup>198</sup>

Diese auf zwei Minimalkriterien beruhende Begriffsbestimmung von Zwangsarbeit hat sich in zahlreichen Untersuchungen zum »Ausländereinsatz« in der deutschen Kriegswirtschaft des Zweiten Weltkriegs bewährt. Als weniger günstig haben sich demgegenüber komplexe, eine Vielzahl von Kriterien umfassende und stark deskriptiv angelegte Definitionsversuche erwiesen.<sup>199</sup> In den hier betrachteten Untersuchungen deutet sich darüber hinaus an: Auch bei einer Ausweitung des Forschungsfelds auf die von Deutschland besetzten Gebiete, auf die Ausländerbeschäftigung im Ersten Weltkrieg und möglicherweise darüber hinaus scheint sich eine an Spoerer angelehnte Begriffsbestimmung gerade aufgrund ihres vergleichsweise offenen Charakters zu bewähren, denn sie gibt eine brauchbare Arbeitsdefinition an die Hand, die als analytisches Instrument grundsätzlich auch auf Situationen jenseits des »Reichseinsatzes« im Zweiten Weltkrieg anwendbar ist. Wie weit sich ihr Anwendungsfeld im Einzelnen sinnvoll ausweiten lässt, müssen weitere Untersuchungen zeigen.

Welche Perspektiven ergeben sich aus den dargelegten Entwicklungen und den vorgestellten Untersuchungen für die Forschung? Was den »Ausländereinsatz« in der deutschen Kriegswirtschaft des Zweiten Weltkriegs betrifft, so erzeugen die Fülle der Publikationen der vergangenen zehn Jahre, die mit ihnen erreichte Forschungsdichte und die gleichzeitige Unübersichtlichkeit vor allem einen Bedarf an Synthesen, die die Ergebnisse der vielen Einzeluntersuchungen für bestimmte Problemfelder bündeln. Dagegen sind angesichts des erreichten Forschungsstands revolutionäre Ergebnisse zur Zwangsarbeit im Altreich während der Jahre 1939 bis 1945 eher nicht mehr zu erwarten, auch wenn noch einige bedeutende Desiderate bestehen (etwa für die Bauwirtschaft, zum Teil auch für die Land- und Hauswirtschaft), so dass und man mit derlei Prognosen stets vorsichtig sein sollte.

Methodenfragen, in: »Räder müssen rollen für den Sieg«. Zwangsarbeit im »Dritten Reich«, Stuttgart 2000, S. 27–44, hier: S. 28 f.; in diesem Sinne auch *Eichholtz*, Unfreie Arbeit.

198 Spoerer selbst unterscheidet beim Kriterium *voice* zwei Subkategorien: A. Bestand die Möglichkeit, rechtliche Standards geltend zu machen beziehungsweise einzuklagen?; B. Bestanden Möglichkeiten, auf die eigenen Arbeits- und Lebensbedingungen nennenswert Einfluss zu nehmen beziehungsweise die eigenen Interessen in irgendeiner Form zu artikulieren? Als weiteres Kriterium nennt er die Überlebenswahrscheinlichkeit der Arbeiter. Diese zusätzlichen Kriterien dienen nicht der prinzipiellen Abgrenzung der Zwangsarbeit von freier Arbeit, sondern der Differenzierung zwischen verschiedenen Kategorien von Zwangsarbeitern. So unterscheidet Spoerer zwischen »Zwangsarbeitern« im engeren Sinn (wenn weder *exit* noch A, jedoch B gegeben), »Sklavenarbeitern« (wenn weder *exit* noch A noch B gegeben) und »less-than-slaves« (wenn weder *exit* noch A noch B gegeben, außerdem geringe Überlebenschancen). Der letztgenannte Begriff ist gewählt in Anlehnung an *Benjamin B. Ferencz*, *Less than Slaves. Jewish Forced Labor and the Quest for Compensation*, Cambridge, MA 1979. – *Laura Hilton* und *John Delaney* halten als Definitionsmerkmale von »coerced labour« fest: 1. »involuntary placement process«; 2. »compulsory labour registration and work assignment«; 3. »frequent disregard of skills, age and gender in assignment of tasks«; vgl. *Hilton/Delaney*, *Forced Foreign Labourers*, S. 86.

199 Vgl. weiter oben meine Ausführungen zu Rawes Arbeitsdefinition in Abschnitt III, Unterabschnitt »Die Beseitigung »blinder Stellen«: Kommunen, Kirchen und Kohlenbergbau«.

Dessen ungeachtet sind der Bedarf an Forschungen und die Perspektiven für grundlegend neue Erkenntnisse a priori am größten in den skizzierten Bereichen, die über den Rahmen des Deutschen Reichs der Jahre 1938/39 bis 1945 hinausweisen: 1. Dies gilt zunächst für die von der Wehrmacht besetzten Gebiete im Zweiten Weltkrieg, 2. dann für das Deutsche Reich und die deutsch besetzten Territorien im Ersten Weltkrieg, 3. ferner für die Verwendung von ausländischen Arbeitskräften und Formen von Zwangsarbeit durch die deutschen Verbündeten wie auch durch die deutschen Kriegsgegner in beiden Weltkriegen (etwa Japan im Zweiten Weltkrieg, das Vichy-Regime, Frankreich im Ersten Weltkrieg, Bau der Burma-Straße 1937/38), 4. schließlich – über den unmittelbaren Kontext der Weltkriege hinaus – für die Verwendung von Zwangsarbeit in den Kolonien, in der stalinschen Sowjetunion vor und nach dem Zweiten Weltkrieg sowie im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg in Ostmitteleuropa.

Um es auf einen Nenner zu bringen: Die fruchtbarste Perspektive für die Forschung zur NS-Zwangsarbeit besteht meines Erachtens in ihrer Erweiterung hin zu einer Erforschung von Ausländerbeschäftigung und Zwangsarbeit im Zeitalter der Weltkriege. Diese bringt nicht nur eine inhaltliche Ausweitung, sondern auch eine methodische Erweiterung im Sinne einer stärkeren Nutzung des Vergleichs (auch zu anderen Formen unfreier Arbeit) und transnationaler Ansätze mit sich. Die Frage nach Transferprozessen und transnationalen Verflechtungen, die im Rahmen dieses Forschungsberichts nur vereinzelt angeklungen ist, kann dabei in viererlei Hinsicht Aufschlüsse liefern, und zwar 1. über den Transfer kolonialer Praktiken nach Europa, insbesondere auf die europäischen Kriegsschauplätze (mittlerweile viel diskutiert in der Genozidforschung, jedoch noch kaum in der Forschung zur Zwangsarbeit), 2. über den Ideen- und Erfahrungstransfer vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg, 3. über den Transfer von Erfahrungen, Konzepten und Praktiken vom Reichsgebiet in die besetzten Gebiete und umgekehrt, 4. schließlich auch über die wechselseitige Rezeption und Beeinflussung zwischen einzelnen Staaten im Hinblick auf Konzepte und Praktiken der Arbeitskräftelenkung, Ausländerbeschäftigung, Dienstpflicht und Zwangsarbeit.<sup>200</sup>

Am Ende dieser Ausführungen soll ein Plädoyer dafür stehen, die Erforschung von »Ausländereinsatz« und Zwangsarbeit nicht tendenziell von der allgemeinen Arbeiter-, Sozial- und Gesellschaftsgeschichte abzukoppeln. Viele der besprochenen Studien haben gezeigt, dass die Untersuchung von Ausländerbeschäftigung und Zwangsarbeit im Zeitalter der Weltkriege gerade dann besonders aussagekräftig und ertragreich ist, wenn sie breit kontextualisiert wird und in eine Betrachtung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der deutschen beziehungsweise der einheimischen Zivilbevölkerung eingebettet ist. In diesem Sinne ist Zwangsarbeiterforschung keine selbstreferenzielle Spezialdisziplin, sondern Teil der Sozial- und Besatzungsgeschichte im Zeitalter der Weltkriege.

200 Für die Arbeitsdienste im nationalsozialistischen Deutschland und den USA untersucht diese Frage *Kiran Klaus Patel*, *Soldaten der Arbeit. Arbeitsdienste in Deutschland und den USA 1933–1945*, Göttingen 2003; vgl. auch *ders.*, »All of this helps us in planning«. Der New Deal und die nationalsozialistische Sozialpolitik, in: *Martin Aust/Daniel Schönplug* (Hrsg.), *Vom Gegner lernen. Feindschaften und Kulturtransfers im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts*, Frankfurt am Main 2007, S. 234–252; *Norbert Götz/Kiran Klaus Patel*, *Facing the Fascist Model. Discourse and the Construction of Labour Services in the USA and Sweden in the 1930s and 1940s*, in: *Journal of Contemporary History* 41, 2006, S. 57–73.